

## II. REGIERUNG

---



## RESSORTBERICHT

**Ressortinhaber: Regierungschef Otmar Hasler**

*Im Berichtsjahr hat die neue Regierung ihre Tätigkeit aufgenommen. Im ersten Jahr der Mandatsperiode 2005/2009 standen im Ressort Präsidium verschiedene Gesetzesvorhaben im Vordergrund, so unter anderem die Erarbeitung eines neuen Personalrechts, die Revision des Gerichtsorganisationsgesetzes, die Schaffung eines Richterdienstgesetzes sowie eine umfangreiche Abänderung des Gesetzes über das öffentliche Auftragswesen. Aus Anlass der zehnjährigen EWR-Mitgliedschaft legte die Regierung einen umfassenden Erfahrungsbericht vor. Ein wichtiges Organisationsprojekt, nämlich die Auslagerung der staatlichen Briefmarkenstellen zur Liechtensteinischen Post AG, konnte zum Abschluss gebracht werden. Die Regierung beschloss ausserdem die Fortsetzung der Regierungs- und Verwaltungsreform. Im Rahmen eines «Tages der offenen Tür» kamen rund 3 000 Besucherinnen und Besucher ins Regierungsgebäude und besuchten weitere Bauten im Regierungsviertel. Die Erarbeitung des Regierungsprogrammes 2005 - 2009 beschäftigte die Regierungsmitglieder in der zweiten Hälfte des Berichtsjahres.*

### Neue Regierung im Amt

Im Anschluss an die Landtagswahl vom 11./13. März 2005 wurde eine neue Regierung gewählt, welche am 21. April 2005 vereidigt wurde. Im Anschluss an die Vereidigung fand die erste Regierungssitzung statt, an welcher traditionsgemäss der Ressortplan genehmigt, die Geschäfte auf die einzelnen Regierungsmitglieder verteilt und die Mitarbeiter der Regierung, die Sekretariatsmitarbeiterinnen sowie die Räumlichkeiten zugeteilt wurden. Gemäss dem neuen Ressortplan wurden die ressortmässig zu behandelnden Aufgaben auf 15 Ressorts verteilt. Die Regierung hat die Ressorts wie folgt auf die einzelnen Regierungsmitglieder verteilt:

#### **Regierungschef Otmar Hasler**

- Präsidium
- Finanzen
- Bauwesen

#### **Regierungschef-Stellvertreter Dr. Klaus Tschüscher**

- Wirtschaft
- Justiz
- Sport

#### **Regierungsrätin Rita Kieber-Beck**

- Äusseres
- Kultur
- Familie und Chancengleichheit

#### **Regierungsrat Hugo Quaderer**

- Bildung
- Soziales
- Umwelt, Raum, Land- und Waldwirtschaft

#### **Regierungsrat Dr. Martin Meyer**

- Inneres
- Gesundheit
- Verkehr und Kommunikation

Die Regierungsmitglieder erarbeiteten gemeinsam in der zweiten Hälfte des Jahres ein Regierungsprogramm für die Mandatsperiode 2005 - 2009. Das Regierungsprogramm lag Ende Jahr vor. Die Präsentation in der Öffentlichkeit wurde für anfangs 2006 vorgesehen.

### Regionale Regierungstreffen

Die neue Regierung hat die Tradition früherer Regierungen zur Durchführung von regelmässigen Regierungstreffen mit den benachbarten Kantons- und Bundesländer-Regierungen fortgesetzt. So stattete die Regierung im Berichtsjahr den Regierungen des Kantons Graubünden und St. Gallen sowie des Bundeslandes Vorarlberg und des Bundeslandes Tirol Besuche ab. Zu einem offiziellen Besuch weilte die Regierung des Kantons Appenzell Ausserrhoden im Fürstentum Liechtenstein. Diese Regierungstreffen dienten vor allem der Kontaktpflege sowie der Erörterung gemeinsam interessierender Fragen. Der Regierungschef nahm wie in den Vorjahren an den beiden Regierungschef-Treffen der internationalen Bodenseekonferenz teil.

### 10 Jahre EWR- Mitgliedschaft

Am 1. Mai 2005 konnte Liechtenstein auf 10 Jahre Mitgliedschaft im europäischen Wirtschaftsraum (EWR) zurückblicken. Die Regierung nahm dies zum Anlass den Landtag und die liechtensteinische Bevölkerung in einem umfassenden Bericht über die Erfahrungen der EWR-Mitgliedschaft zu informieren. Nach 10 Jahren EWR-Mitgliedschaft hat die Regierung eine positive Gesamtbilanz gezogen.

### Neues liechtensteinisches ESA-Kollegiumsmitglied

Auf Vorschlag der liechtensteinischen Regierung wurde Kurt Jäger zum neuen liechtensteinischen Mitglied im ESA-Kollegium ernannt. Aufgabe der EFTA-Überwachungsbehörde ESA ist es, die ordnungsgemässe Umsetzung von EWR-Recht in nationales Recht zu überwachen.

### Interpellationsbeantwortungen

Die Regierung beantwortete im zurückliegenden Jahr zwei Interpellationen des Landtages, einerseits betreffend die Zusammenarbeit zwischen Landesfürst und Regierung und andererseits betreffend Fahrzeuge der Landesverwaltung. Beide Interpellationsbeantwortungen wurden vom Landtag zur Kenntnis genommen.

### Ausgabe von Jubiläumsmünzen

Die Regierung hat beschlossen, anlässlich des Jubiläums «200 Jahre Souveränität des Fürstentums Liechtenstein» im Jahre 2006 Jubiläumsmünzen auszugeben. Geplant ist die Herausgabe einer Goldmünze mit einer Auflage von 10 000 Stück und einer Silbermünze mit einer Auflage von 15 000 Stück. Im Hinblick auf die Gestaltung der Münzen wurde ein Wettbewerb mit drei liechtensteinischen grafischen Ateliers durchgeführt. Die Münzen enthalten auf der Vorderseite das Bildnis des Fürsten

Johann I., welcher zu den 16 Gründungsmitgliedern des Rheinbundes zählte, sowie die Farben des Fürstentums und auf der Rückseite das grosse Staatswappen sowie die Landesfarben. Die Jubiläumsmünzen werden am 12. Juli 2006, dem Tag der Souveränität, ausgegeben.

## **Tag der offenen Tür im Regierungsviertel**

Aus Anlass des 100-jährigen Bestehens des Regierungsgebäudes lud die Regierung die Bevölkerung und alle weiteren Interessierten zu einem «Tag der offenen Tür» ins Regierungsviertel ein. Neben dem Regierungsgebäude konnten auch das Landesarchiv, das Landesmuseum und das Rheinbergerhaus besichtigt werden. Ein besonderes Erlebnis bot der Gang über die provisorische Fussgängerverbindung zwischen dem Regierungsgebäude und dem Landesmuseum, was einen Blick auf die Baustelle des neuen Landtagsgebäudes erlaubte. Im Foyer des Landesmuseums war eine Ausstellung mit Plänen und Modellen zur baulichen Gestaltung des Regierungsviertels zu besichtigen. Rund 3000 Personen nutzten die Möglichkeit zur Besichtigung der verschiedenen Bauten im Regierungsviertel.

## **Kommissionen, Beiräte, Stiftungsräte**

Im Berichtsjahr lief die Mandatsperiode verschiedener gesetzlich vorgesehener Kommissionen, Beiräte und Stiftungsräte ab, welche von der Regierung neu zu bestellen waren:

- Maturakommission
- Kommission für Chancengleichheit
- Hochschulrat
- Kommission zur Förderung von Investitionen in der Landwirtschaft
- Kommission für Ingenieure und Architekten
- Kommission für die Ausrichtung von Bewirtschaftungsbeiträgen zur Erhaltung der Magerwiesen
- Jagdbeirat
- Prüfungskommission für Wirtschaftsprüfer
- Hauptwahl- bzw. Hauptabstimmungskommissionen Oberland und Unterland
- Stiftungsrat der Stiftung Liechtensteinischer Entwicklungsdienst
- Stipendienkommission
- Landesalpenkommission
- Berufsbildungsrat
- Leistungskommission gemäss Verordnung zum Krankenversicherungsgesetz
- Schulzahnpflegekommission
- Prüfungskommission für die Prüfung der fachlichen Eignung zur Führung eines Güter- und Personenkraftverkehrsunternehmens
- Kommission für Unfallverhütung im Strassenverkehr

## **Personalangelegenheiten**

Die damit beauftragte Arbeitsgruppe legte dem Ressort Präsidium Ende des Berichtsjahres den Entwurf für einen Vernehmlassungsbericht zum neuen Personalrecht

vor. Im Anschluss an die legistische Überarbeitung werden Bericht und Gesetzesvorlage der Regierung zur Durchführung einer Vernehmlassung anfangs 2006 vorgelegt.

Die Regierung hat dem Landtag wie jedes Jahr einen Bericht und Antrag zum Bedarf an Stellen bei der Regierung, der Landesverwaltung, den Gerichten und dem Landtagssekretariat zugestellt. Darin beantragte sie für das Jahr 2006 die Schaffung von zwei neuen Stellen und die Umwandlung von 6.50 nichtständigen Stellen in ständige Stellen. Unter Berücksichtigung dieser Stellenenerweiterung und der Auslagerung von 12.45 bewilligten Stellen der Postwertzeichenstelle und des Amtes für Briefmarkengestaltung zur Liechtensteinischen Post AG reduzierte sich der Stellenplan auf insgesamt 718.55 Stellen.

Im Berichtsjahr schrieb die Regierung erstmals zwei Ausbildungsplätze für Richteramtswarter aus. Damit soll interessierten liechtensteinischen Juristinnen und Juristen mit Rechtsanwaltsbefähigung die Möglichkeit geboten werden, die Qualifikation für eine künftige Tätigkeit als Landrichter oder Landrichterin zu erwerben.

Im Jahre 2004 war das Gleichstellungsbüro auf Beschluss des Landtages zur Stabsstelle für Chancengleichheit erweitert worden. Die bisherige Leiterin des Gleichstellungsbüros wurde von der Regierung zur Leiterin der Stabsstelle für Chancengleichheit bestellt.

Die Regierung beauftragte im September eine Projektgruppe mit der Revision des Gesetzes über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal. Mit der Revision dieses Gesetzes soll die langfristige Finanzierung der Renten sichergestellt und es sollen die bisherigen Lücken und Schwachstellen beseitigt werden.

Die Regierung hat dem Landtag einen Bericht und Antrag zur Leistung eines Sonderbeitrages von 2.5 % der versicherten Besoldungen an die Pensionsversicherung für das Staatspersonal unterbreitet. Gemäss Gesetz übernimmt das Land gegenüber der Pensionsversicherung für das Staatspersonal die Finanzierungsgarantie. Die Dienstgeber sind verpflichtet, einen Sonderbeitrag zu leisten, wenn dies nach der finanziellen Lage der Pensionsversicherung notwendig ist.

## **Abstimmungs- und Wahlergebnisse im Landeskanal**

Die heute vorhandenen Lösungen für die Veröffentlichung der Abstimmungs- und Wahlergebnisse über den Landeskanal und über das Internet werden technisch so weiterentwickelt, dass sie von verschiedenen Personen und unabhängig von externen Fachleuten ortsunabhängig bedient werden können. Das Redaktionsteam «Landeskanal» wurde beauftragt, eine entsprechende Ausschreibung vorzubereiten.

## **Berichte und Anträge der Regierung an den Landtag im Internet**

Am 18. November wurde das Verwaltungsportal der Landesverwaltung um eine weitere attraktive Applikation

erweitert. Über die Internetadresse [www.bua.llv.li](http://www.bua.llv.li) sind fortan die Berichte und Anträge der Regierung an den Landtag, welche öffentlich zugänglich sind, über das Internet abrufbar. Auf diese Weise können Berichte und Anträge der Regierung zu Gesetzesvorlagen, Finanzbeschlüssen, Staatsverträgen oder parlamentarischen Eingängen über verschiedene Suchkriterien gezielt abgefragt, gespeichert sowie ausgedruckt werden. Zurzeit sind alle Berichte und Anträge der Jahrgänge ab dem Jahr 2000 bis heute über das Internet abrufbar.

### **Neues Erscheinungsbild**

Die Regierung hat auf anfangs 2006 die Einführung eines neuen Erscheinungsbildes bei den Broschüren und Informationsmaterialien der Regierung und Landesverwaltung beschlossen. Der zur Realisierung gelangende Gestaltungsvorschlag ging aus einem Wettbewerb hervor, welcher von der Regierung im Hinblick auf die Neugestaltung des Erscheinungsbildes von Regierung und Landesverwaltung durchgeführt worden ist. Zu einem späteren Zeitpunkt ist vorgesehen, dass neue Erscheinungsbild auch auf die Briefschaften der Landesverwaltung auszudehnen.

### **Qualitätsmanagement**

Im Berichtsjahr haben sämtliche Stellen der Landesverwaltung eine Selbstbewertung nach dem EFQM-Modell im Rahmen eines vereinfachten Verfahrens (mittels Fragebogen) durchgeführt. Die Stellen wurden beauftragt, innert zwei Monaten nach Abschluss des Selbstbewertungsprozesses mindestens zwei in der Prioritätsmatrix aufgeführte Verbesserungspotentiale bekannt zu geben, welche im laufenden bzw. im nächsten Jahr von der jeweiligen Stelle selbstständig umgesetzt werden. Der TQM-Lenkungsausschuss wurde beauftragt, der Regierung zum gegebenen Zeitpunkt einen Antrag in Bezug auf die Anerkennung/Würdigung von besonders innovativen und effizienten Verbesserungsmassnahmen der Stellen zu unterbreiten.

### **Reorganisation von Regierung und Landesverwaltung**

Die Fortsetzung der Arbeiten zur Reorganisation von Regierung und Landesverwaltung auf der Grundlage der Vorarbeiten einer Arbeitsgruppe aus dem Jahre 2004 wurde von der Regierung im September beschlossen. Im Vordergrund steht die Entlastung der Regierung, die Schaffung neuer organisatorischer Strukturen im Umfeld der Regierung sowie die bessere Abgrenzung der Zuständigkeiten und Kompetenzen zwischen den Regierungsressorts und den Stellen.

### **Zusammenführung von Philatelie und Post**

Die Regierung hat dem Landtag eine Abänderung des Postgesetzes unterbreitet, mit der die gesetzlichen Voraussetzungen für die Auslagerung der staatlichen Briefmarkenstellen zur Post AG geschaffen wurden. Mit der Auslagerung des Amtes für Briefmarkengestaltung und der Postwertzeichenstelle zur liechtensteinischen Post AG soll die Philatelie trotz sinkender Verkaufserlöse für

die Zukunft gesichert werden. Der Landtag hat die entsprechende Gesetzesänderung verabschiedet, sodass die Zusammenführung der Philatelie unter dem Dach der Post per 1. Januar 2006 erfolgen kann.

### **Projektmanagement in der Landesverwaltung**

Die Regierung hat anfangs Jahr den Schlussbericht des Projektteams zur Weiterentwicklung des Projektmanagements in der Landesverwaltung zur Kenntnis genommen. Sie genehmigte eine Richtlinie zur Durchführung von künftigen Projekten in der Landesverwaltung. Die Regierungs- und Stellen wurden beauftragt, diese Richtlinie bei der Durchführung von künftigen Projekten zu beachten. Die Umsetzung dieses Projektes soll im Frühjahr 2006 einer Evaluation unterzogen werden.

### **Mobilitätsmanagement für die Landesverwaltung**

Die Regierung hat beschlossen für die liechtensteinische Landesverwaltung ein betriebliches Mobilitätsmanagement einzuführen. Das entsprechende Projekt soll aus Lenkungs- und aus Förderungsmassnahmen bestehen. Als Lenkungsmassnahme soll sowohl für die Benutzung von Kunden- wie auch von Mitarbeiterparkplätzen eine Gebühr erhoben werden. Die damit erzielten Einnahmen werden zweckgebunden eingesetzt, indem die Benutzung alternativer Verkehrsmittel für den Arbeitsweg mit gezielten Massnahmen gefördert wird.

### **Staat und Kirche**

Die Diskussion in der Arbeitsgruppe «Staat und Kirche» hatte aufgezeigt, dass die Schwierigkeiten einer Reform hauptsächlich bei den Themen der Kirchengüter und der Kirchenfinanzierung liegen, und das betrifft vor allem die Gemeinden und die Katholische Kirche. Deshalb hatte die Regierung Herrn Dr. Herbert Wille beauftragt, ein Grundlagen- und Diskussionspapier zur Kirchenfinanzierung auf Gemeindeebene zu erstellen.

Dieses Papier wurde mit den Gemeindevorstehern des Landes im Januar 2005 erörtert und in der Folge konnten die Arbeiten von Dr. Herbert Wille fortgeführt und vertieft werden. Bis Ende 2005 waren die Arbeiten soweit fortgeschritten, dass zu einer zweiten Diskussionsrunde mit den Gemeindevorstehern eingeladen werden konnte, welche dann im Januar 2006 stattfand. Es liegt nun an den einzelnen Gemeinden, die geschichtliche Entwicklung und heutige Situation der Kirchengüter genauer zu überprüfen, damit für eine eventuelle Neuregelung eine gesicherte Ausgangslage besteht.

Auf Regierungsseite liegt die Priorität nunmehr in der Aufbereitung und Bewertung von verschiedenen rechtlichen Fragen im Zusammenhang mit einer Neuordnung des Verhältnisses zwischen Staat und Religionsgemeinschaften. Dafür ist eine Verfassungsänderung notwendig.

### **Ausländerrecht und Flüchtlingswesen**

Am 1. Januar 2005 trat die total revidierte Personenverkehrsverordnung in Kraft. Neu werden schweizerische

Staatsangehörige in ausländerrechtlichen Belangen den EWR-Staatsangehörigen weitestgehend gleichgestellt. Diese Gleichstellung ist das Ergebnis des Abschlusses der Personenverkehrsverhandlungen mit der Schweiz. Die Rechtsstellung von liechtensteinischen Staatsangehörigen in der Schweiz richtet sich zukünftig nach dem Freizügigkeitsabkommen der Schweiz mit der EU; sie geniessen in der Schweiz die volle Freizügigkeit.

Die Revision der Personenverkehrsverordnung diente zudem der vollständigen Umsetzung des EWR-Acquis. Im Zuge der Revision wurden Bestimmungen zur Integration in die Personenverkehrsverordnung aufgenommen.

Im Berichtsjahr wurden die Arbeiten zur Schaffung eines biometrischen Reisepasses vorangetrieben. Der heute verwendete maschinenlesbare Reisepass soll um einen Chip ergänzt werden, auf welchem biometrische Daten, wie das Gesichtsbild, gespeichert sind. Bis zum Ende des Berichtsjahres konnte die entsprechende Gesetzesvorlage zur Abänderung des Heimatschriftengesetzes erarbeitet werden.

Am 29. September 2005 wurde das trilaterale Abkommen zwischen Österreich, der Schweiz und Liechtenstein betreffend den gegenseitigen Austausch von Daten in Asylangelegenheiten unterzeichnet. Mit dem Abkommen wird eine Rechtsgrundlage für den Austausch von personenbezogenen Daten im Asylbereich auf dem Amtshilfegeweg geschaffen. Der Landtag erteilte dem Abkommen in seiner Dezembersitzung die Zustimmung.

Wie in den vergangenen Jahren hat die Regierung auch im Berichtsjahr verschiedene Wiederaufbauprojekte, vor allem im Kosovo und in Bosnien-Herzegowina, mit namhaften Beiträgen unterstützt. Im Dezember 2005 erteilte die Regierung insgesamt 34 Personen, die sich seit Jahren als Asylsuchende in Liechtenstein aufgehalten hatten, eine humanitäre Aufenthaltsbewilligung.

## Öffentliches Auftragswesen

Im Berichtsjahr hat die Regierung dem Landtag die zwei Stellungnahmen zu den in der ersten Lesung aufgeworfenen Fragen betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Vergabe öffentlicher Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge (Gesetz über das Öffentliche Auftragswesen, ÖAWG) und der Schaffung des Gesetzes über die Vergabe öffentlicher Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung (Gesetz über das Öffentliche Auftragswesen im Bereich der Sektoren, ÖAWSG) unterbreitet. Der Landtag hat die beiden Gesetzesvorlagen in zweiter Lesung behandelt und verabschiedet. Sie werden am 1. Januar 2006 in Kraft treten. Eine wesentliche Neuerung beinhaltet die Erhöhung der Schwellenwerte bezüglich Direktvergaben von CHF 30 000.– auf neu CHF 50 000.–, womit die Position des einheimischen Gewerbes gestärkt wird. Des Weiteren wird unter anderem neu das Zuschlagskriterium der Lehrlingsausbildung eingeführt. Schliesslich fliessen die gemachten Erfahrungen aus der Praxis in die Gesetze ein. Gleichzeitig wurden die beiden

Verordnungen zu den obgenannten Gesetzen durch die Regierung verabschiedet und in Kraft gesetzt.

## Gerichtsorganisation

Im Jahre 2005 wurden die Arbeiten zur Umsetzung der Soll-Organisation der Gerichte, deren Notwendigkeit sich aus der im Jahre 2003 durchgeführten Organisationsanalyse ergab, fortgesetzt. Die wesentlichen Aufgaben betrafen die Überarbeitung der internen Zuständigkeitsordnung, die Erarbeitung einer Projektgrundlage für die Vereinheitlichung der gerichtlichen Abläufe, die Bereinigung der Stellenbeschreibungen. Im Weiteren wurden auf der Grundlage der Ergebnisse der Organisationsanalyse der Gerichte zwei Gesetzesvorlagen für ein Gerichtsorganisationsgesetz und ein Richterdienstgesetz erarbeitet. Beide Vorlagen wurden Ende des Berichtsjahres in eine Vorvernehmlassung gegeben. Die ordentliche Vernehmlassung soll anfangs 2006 durchgeführt werden.

In Bezug auf die Entschädigung der nebenamtlichen Richter und Mitglieder von Beschwerdekommissionen besteht heute eine unübersichtliche Situation. Es gibt nur rudimentäre gesetzliche Grundlagen, welche auf einer nicht nachvollziehbaren Systematik aufbauen. Die Regierung hat deshalb beschlossen, im Rahmen eines Gesetzes ein neues System vorzuschlagen, welches eine Entschädigung der effektiv aufgewendeten Stunden für die Bearbeitung von Geschäftsfällen vorsieht. Daneben soll es auch weiterhin Sitzungsgelder und Präsidialentschädigungen geben. Der entsprechende Gesetzesentwurf wurde im Berichtsjahr in eine Vernehmlassung gegeben.

Gestützt auf das Rechtsanwaltsgesetz hat die Regierung im Jahre 2002 die Verordnung über das Gerichtspraktikum erlassen. Für Praktikanten bei der Staatsanwaltschaft existieren bis heute keine Ausführungsbestimmungen. Die Regierung hat deshalb beschlossen, die Verordnung über das Gerichtspraktikum mit entsprechenden Bestimmungen für die Staatsanwaltschaft zu ergänzen. Sie hat einen Verordnungsentwurf im Berichtsjahr in die Vernehmlassung gegeben.

## AMTSSTELLEN

### Amt für Personal und Organisation

**Amtsleiter: Peter Mella**

*Neben dem Tagesgeschäft, das einen immer grösseren Umfang einnimmt, ist ein wesentlicher Teil der Aufgaben des Amtes für Personal und Organisation Projektbezogen.*

*Im Personalbereich galt es, das neue Besoldungssystem in der Umsetzung zu optimieren. Daneben war die Mitarbeit bei der Erarbeitung eines neuen Personalrechtes gefragt.*

*Die neu geschaffene Abteilung Organisationsentwicklung wurde bereits mit einigen wichtigen Projekten beauftragt.*

Vorrangig sind die Arbeiten am weiteren Ausbau des Verwaltungsportales zu nennen. Ein grosses und sehr komplexes Projekt ist in diesem Zusammenhang der Aufbau einer Public Key Infrastructure (PKI). Diese Infrastruktur ist die Voraussetzung für die Realisierung der weiteren Ausbaustufen des Verwaltungsportales ([www.llv.li](http://www.llv.li)) und damit eines direkten elektronischen Verkehrs mit der Landesverwaltung. Eine weitere Voraussetzung wird im Rahmen des Projekts Enterprise Content Management (ECM) geschaffen. Hier geht es eigentlich um das papierlose Büro und damit die elektronische Abbildung der Verwaltungsprozesse.

Die Informatikabteilung hat wohl am meisten Projekte zu bearbeiten. Das grösste Projekt, nämlich die Neurealisierung einer Lösung für die Steuerverwaltung, konnte im vorgesehenen Budgetrahmen abgewickelt werden. Weitere wichtige Projekte betrafen das Öffentlichkeitsregister sowie die Abteilung Arbeit beim Amt für Volkswirtschaft. Im Kommunikationsbereich sind der Anschluss an das Switch-Hochschulnetz sowie die Erweiterung der Telefoninfrastruktur zu nennen.

Bei der Raumbedarfsplanung konnte in Zusammenarbeit mit dem Hochbauamt ein Zwischenbericht über die Entwicklung der Landesverwaltung erarbeitet und der Regierung zur Genehmigung vorgelegt werden. Darin sind Vorschläge für die Zentralisierung der Landesverwaltung enthalten. Im Berichtsjahr gab es wieder etliche Verlagerungen, die immer mit sehr grossem Aufwand verbunden sind. Arbeitsintensiv waren auch die Vorbereitungs- und Planungsarbeiten für das Justizgebäude.

Im Versicherungsbereich wurde ein grosses Projekt, nämlich die Neuausschreibung aller Versicherungsverträge des Landes Liechtenstein erfolgreich abgeschlossen. Die Erarbeitung der Ausschreibungsunterlagen sowie der Zuschlagskriterien war sehr anspruchsvoll und arbeitsintensiv.

Amtsintern stand das Berichtsjahr im Zeichen einer Wachablösung. Vier MitarbeiterInnen gingen in Pension. Es wurden nicht alle Stellen neu besetzt. Zusammen mit den ungeplanten Abgängen sowie den neuen Stellen werden aber insgesamt sieben neue MitarbeiterInnen in das Team zu integrieren sein.

## Personalwesen

### Stellenplan 2005

Für das Jahr 2005 bewilligte der Landtag die Schaffung der folgenden Stellen:

0.50	Amt für Gesundheitsdienste
1.00	Grundbuch- und Öffentlichkeitsregisteramt
0.75	Hochbauamt
1.00	Regierung nachgeordnete Stellen
1.00	Amt für Umweltschutz
6.00	Landespolizei
<b>10.25</b>	<b>Total</b>

Ausserdem wurden 0.20 Ausgleichsstellen geschaffen.

### Personalbestand per 31.12.2005

Übersicht Personalbestand	Stellen	Personen	Männer	Frauen
(Ständige Stellen, Ausgleichsstellen, Nicht-ständige Stellen)				
Stabsstellen der Regierung inkl. Sekretariate	55.80	78	34	44
Landesverwaltung	610.20	713	437	276
Gerichte	52.00	58	26	32
Landtagssekretariat	4.50	6	2	4
<b>Zwischensumme 1</b>	<b>722.50</b>	<b>855</b>	<b>499</b>	<b>356</b>
Anstalten und Stiftungen	25.60	38	11	27
Übrige	1.20	3	1	2
<b>Zwischensumme 2</b>	<b>28.60</b>	<b>41</b>	<b>12</b>	<b>29</b>
Ausbildung	56.80	57	28	29
Hilfskräfte	104.60	127	55	72
<b>Zwischensumme 3</b>	<b>161.40</b>	<b>184</b>	<b>83</b>	<b>101</b>
<b>Total</b>	<b>910.70</b>	<b>1080</b>	<b>594</b>	<b>486</b>

Unter dem nichtständigen Personal werden jene Personen geführt, die ein zeitlich befristetes Arbeitsverhältnis haben. Nach Überprüfung der einzelnen Bereiche wurde ein genereller Beschluss für die Weiterbeschäftigung dieser Angestellten bis Ende 2005 gefasst.

## Personaladministration

### Personalselektion

Im Berichtsjahr wurden 68 (61) Stellen ausgeschrieben. Auf diese Ausschreibungen sind insgesamt 979 (1486) Bewerbungen eingegangen. Nach Vorabklärungen und dem Ausscheiden einzelner Bewerbungen wurden mit 208 (330) Personen Gespräche geführt.

## **Ausgleichsstellen**

Per Ende 2005 sind von 22.10 bewilligten Ausgleichsstellen 18.20 Stellen mit 22 Personen besetzt. Die Gesamtzahl der besetzten Ausgleichsstellen hat sich von 13.70 Stellen (Stand 31.12.2004) um 4.50 Stellen bzw. um 5 Personen erhöht.

## **Diverse Praktika**

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 58 (22) PraktikantInnen (zwischen einem Monat und einem Jahr) sowie 18 (23) FerialpraktikantInnen (zwischen zwei und sechs Wochen) beschäftigt. Bei den PraktikantInnen handelte es sich in der Regel um StudentInnen, die während oder nach dem Studium ein Praktikum zu absolvieren hatten, ausser den kaufmännischen Praktikanten, die für ein Jahr angestellt werden.

Im Berichtsjahr haben ausserdem 24 (16) Personen ein Gerichtspraktikum absolviert.

## **Projekte im Personalbereich**

### **Kinderbetreuung in der Landesverwaltung**

Die Kindertagesstätte der Landesverwaltung verfügt über eine Betreuungskapazität von 10 Plätzen. Die Kinder werden von zwei ausgebildeten Kleinkindererzieherinnen und zwei Auszubildenden (Lehrtochter/Praktikantin) betreut. Das Team wird seit einem Jahr von einer Köchin (40 %-Pensum) unterstützt.

Im Gegensatz zu den Vorjahren war die KITA in 2005 nicht voll ausgelastet. Dies ist auf den ersten «Generationenwechsel» bei den Kindern zurückzuführen. Mehrere Kinder, die seit dem Babyalter betreut wurden, haben im August 2005 das Kindergarten- resp. Schulalter erreicht und sind deshalb im Sommer aus der KITA ausgetreten. Insgesamt teilten sich durchschnittlich 21 Kinder die 10 Betreuungsplätze.

Die Vollausslastung der letzten zwei Jahren hat gezeigt, dass das Gebäude für die vorgesehenen 10 Betreuungsplätze bei einer länger andauernden Vollausslastung zu klein ist. Obwohl nicht alle Kinder gleichzeitig in der Kindertagesstätte sind, benötigt doch jedes seinen eigenen Garderobenplatz sowie Stauraum für die benötigten Utensilien. Das Amt für Personal wird im Jahre 2006 in Zusammenarbeit mit dem Hochbauamt ein neues Gebäude für die Kindertagesstätte suchen. Vorerst sollen jedoch die Erfahrungen der letzten Jahre ausgewertet und die Ausrichtung der Kinderbetreuung in der LLV überprüft und optimiert werden.

### **Totalrevision des Beamtengesetzes – Neues Personalgesetz**

Das Amt für Personal und Organisation war in der Arbeitsgruppe vertreten, die von der Regierung den Auftrag hatte, einen Entwurf für ein neues Personalrecht zu erarbeiten. Bis zum Herbst 2005 konnte der Entwurf eines neuen Gesetzes sowie ein Vernehmlassungsbericht erstellt werden. Die Regierung beauftragte dann den

Rechtsdienst mit der legistischen Überprüfung. Die Vernehmlassung bei den interessierten Kreisen ist im Frühjahr 2006 geplant.

### **Elektronisches Zutritts- und Zeiterfassungssystem**

Das elektronische Zutritts- und Zeiterfassungssystem ist heute bis auf wenige Ausnahmen (z.B. Werkbetriebe) in allen landeseigenen Gebäuden sowie in den Gebäuden mit langfristigen Mietverträgen installiert. Das System wird ausserdem beim Landesmuseum, der Landesbibliothek und der Finanzmarktaufsicht Liechtenstein eingesetzt. 2002 wurden die Systeme «Zeiterfassung» und «Zutrittskontrolle» getrennt und dadurch die Systemkapazität verdreifacht. Aufgrund der hohen Kosten wurde auf einen Wartungsvertrag mit der Firma BIXI AG verzichtet. Da das System seit 10 Jahren besteht, sind nun vermehrt technische Unterhaltsarbeiten nötig, um die Funktionstüchtigkeit zu erhalten.

2003 wurde die Eignungsabklärung des Produkts «Web GeminiTIME» der BIXI AG für die Landesverwaltung positiv abgeschlossen. Beim Produkt «Web GeminiTIME» handelt es sich um einen virtuellen Zeiterfassungsleser, mit dem (via Internet-Explorer) Abfragen, Erfassungen und Bewilligungen von Zeitbuchungen direkt im Zeiterfassungssystem möglich sind. Neben der papierlosen Erfassung von Zeitbuchungen durch die MitarbeiterInnen wird auch die Absenzverwaltung und -kontrolle für die Vorgesetzten vereinfacht und übersichtlicher gestaltet. Das ursprünglich auf 2004 vorgesehene Pilotprojekt im Amt für Personal und Organisation konnte wegen anderen Projekten im Personalbereich erst im Jahre 2005 gestartet werden. Das Pilotprojekt ist positiv verlaufen. Web GeminiTIME soll deshalb in der Landesverwaltung flächendeckend eingesetzt werden.

### **TQM - Vereinfachtes Verfahren - Pilotversuch im Amt für Personal und Organisation**

Im Rahmen des generellen TQM-Projektes wurde auch ein vereinfachtes Verfahren für die Durchführung einer Selbstbewertung in den Amtsstellen in Auftrag gegeben. Das Amt für Personal und Organisation war Pilotamt für dieses Verfahren. Verschiedene Verbesserungs- und Änderungsvorschläge konnten dabei eingebracht werden. Die im Rahmen der Selbstbewertung festgestellten Verbesserungspotenziale innerhalb des Amtes wurden bewertet und eine Rangliste erstellt. Anschliessend wurden die Massnahmen definiert und das weitere Vorgehen festgelegt. Die Themen wurden dann in einzelnen Arbeitsgruppen bearbeitet.

### **Leistungsdialog «eFocus»**

Die Personalbewertungen konnten per Ende September 2005 erfolgreich abgeschlossen werden. Insgesamt wurden wiederum über 800 Leistungsdialoge durch die Vorgesetzten durchgeführt.



### Besoldungen/Teuerung

Nebst den individuellen Gehaltsanpassungen kann die Regierung beim Landtag eine Anpassung des Teuerungsausgleichs beantragen. Mit der Gewährung eines Teuerungsausgleichs von 1 % per 1. Januar 2005 wurde die Teuerung auf den Indexstand von 103.3 Punkten ausgeglichen. Der gemäss Besoldungsgesetz Art. 28 zur Berechnung der Teuerung massgebliche Stand des Landesindexes für Konsumentenpreise des Monats August 2005 entsprach 104.3 Punkten, womit die Teuerung seit dem letzten Ausgleich knapp unter 1 % blieb. Aufgrund der aktuellen Budgetsituation, welche gemäss Besoldungsgesetz Art. 27 zu berücksichtigen ist, entschied die Regierung, im Voranschlag 2006 auf einen Antrag für einen Teuerungsausgleich zu verzichten.

### Veranstaltungen

Im Berichtsjahr wurden vom Amt für Personal und Organisation folgende Veranstaltungen organisiert:

- Skitag der Landesverwaltung am 5. März 2005 in St. Anton
- Konferenz der AmtsstellenleiterInnen am 14. Januar 2005, 25. August 2005 und 23. Dezember 2005
- Klausurtagung in Galtür am 29. und 30. September 2005
- Pensionistentreffen am 20. September 2005
- Verwaltungsabend der Landesverwaltung in der Jenny Spörry-Halle in Vaduz am 2. Dezember 2005

### Personalinformation

#### FLip - Die Personalzeitschrift



Die Personalzeitschrift FLip ist turnusgemäss im Dreimonatsrhythmus erschienen. Die Aufgabenvielfalt der Landesverwaltung widerspiegelt sich in der Themenwahl. Mittler-

weile geht die Personalzeitschrift in den 11. Jahrgang und ist aus der Informationslandschaft der Landesverwaltung nicht mehr wegzudenken.

#### Rundschreiben

Wichtige Informationen wurden im Intranet veröffentlicht und am Personal-Informationssystem ausgehängt.

#### Amtliche Kundmachungen

Im Auftrag der Regierung und der Amtsstellen (ohne Landgericht und Grundbuch- und Öffentlichkeitsregisteramt) wurden 822 (855) Amtliche Publikationen in den beiden Landeszeitungen veröffentlicht.

## Aus- und Weiterbildung

### Allgemeines

Die Regierung hat in den letzten Jahren auf einschneidende Budgetkürzungen bei der Aus- und Weiterbildung verzichtet. Dank dieser klaren antizyklischen Haltung konnte die Landesverwaltung im Ausbildungsbereich trotz den wirtschaftlich schlechteren Zeiten einen guten Standard halten und ihrer Pflicht als Arbeitgeberin zur systematischen und kontinuierlichen Aus- und Weiterbildung der Mitarbeitenden nachkommen.

Das heutige Konzept der Aus- und Weiterbildung wurde im Jahre 2000 von der Regierung bewilligt und in den letzten Jahren sukzessive umgesetzt. Mit der bevorstehenden Einführung eines Qualitätsmanagements in der Landesverwaltung sollte auch der noch fehlende Baustein, das Führungsleitbild der Landesverwaltung, in absehbarer Zeit vorliegen. Daraus werden weitere Anforderungen an die Aus- und Weiterbildung abzuleiten und umzusetzen sein.

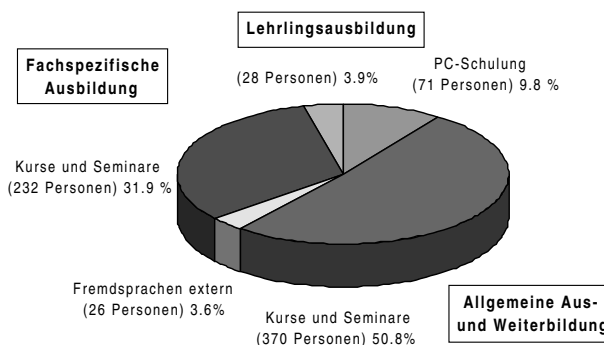
### Teilnehmerkreis

In der Landesverwaltung wurden im Berichtsjahr gesamthaft 3 876 (4 025) Weiterbildungstage absolviert. Dies ergibt durchschnittlich 3.85 (4.23) Weiterbildungstage pro MitarbeiterIn.

Insgesamt haben 602 (703) MitarbeiterInnen (277 Mitarbeiterinnen und 325 Mitarbeiter) die Angebote der allgemeinen und fachspezifischen Aus- und Weiterbildung genutzt. Im Weiteren standen 26 (26) Lehrlinge in Ausbildung an verschiedenen Berufsschulen.

Die Gesamtzahl von 725 (900) absolvierten Ausbildungseinheiten können wie folgt den verschiedenen Bereichen der Aus- und Weiterbildung zugeordnet werden.

### Ausbildungseinheiten aufgeteilt in die Fachbereiche:

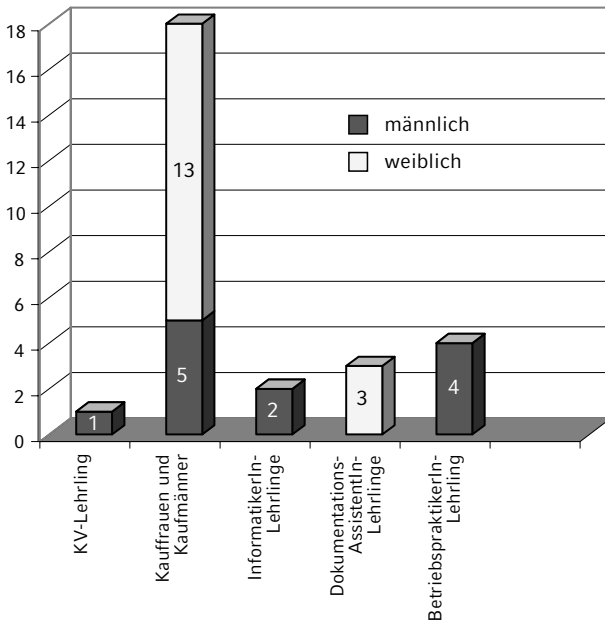


### Fachspezifische Aus- und Weiterbildung

Im Berichtsjahr wurden für 232 verschiedene MitarbeiterInnen (78 Mitarbeiterinnen und 154 Mitarbeiter) fachspezifische Kurse und Seminare sowie Fremdsprachenkurse bewilligt. Zusätzlich wurden für einzelne MitarbeiterInnen für die Arbeitsbewältigung fachspezifische Ausbildungen und Lehrgänge bewilligt.

## Lehrlingswesen

Mit Ende der ersten Hälfte des Berichtsjahres absolvierten sieben der acht angetretenen Lehrlinge ihre Lehrabschlussprüfungen. In der zweiten Hälfte des Jahres wurden 9 neue Lehrverträge abgeschlossen. D.h. seit Sommer 2005 werden bei der Landesverwaltung 28 Lehrlinge - in folgenden Berufen - ausgebildet:



Im Sommer des Berichtjahres erlangten erstmals drei Kaufleute (RKG) ihren Fähigkeitsausweis «Kauffrau/Kaufmann E-Profil».

Während der Lehre finden jeweils drei Lehrlingslager statt (Ausnahme Informatiklehrlinge, diese durchlaufen zweimal die Arbeitswoche).

### Einführungswoche:

Im ersten Lehrjahr findet für alle im Rahmen der Einführungswoche ein Lager statt. Im Berichtsjahr führte diese Reise nach Bignasco im Maggiatal.

### Arbeitswoche:

Im zweiten Lehrjahr leisten die Lehrlinge einen freiwilligen Arbeitseinsatz, letztmals in Appenzell. Bei einer jungen Bauernfamilie wurden auf einem Waldstück Aufräumarbeiten erledigt.

### Lehrabschlussreise:

Eine Abschlussreise mit allen Lehrabschlusslehrlingen findet jeweils im dritten Lehrjahr statt. Das Reiseziel wird von den Lehrlingen selber bestimmt. Letztmals ging die Reise nach Barcelona.

Jede Amtsstelle, welche Lehrlinge ausbildet, hat eine zuständige ausbildungsverantwortliche Person. Den Ausbildungsverantwortlichen/BerufsbildnerInnen wurde im Berichtsjahr das zweitägige Seminar «Wie Sie als Berufsbildner mit Lehrlingen Konflikte erfolgreich lösen»

angeboten. Das Seminar wurde von René Hungerbühler durchgeführt und 11 TeilnehmerInnen nahmen dieses Weiterbildungsangebot wahr.

Im Berichtsjahr absolvierten 21 SchülerInnen eine 1-tägige Schnupperlehre als Kauffrau/Kaufmann, zwei als BetriebspraktikerIn und zwei als Informations- und DokumentationsassistentIn. Das BIZ veranstaltete Infoabende unter Einbezug von Verwaltungslehrlingen und LehrlingsbetreuerIn zu verschiedenen Lehrberufen.

Von den LehrabgängerInnen konnten ein Kaufmann, ein Kaufmännischer Angestellter und ein Informations- und Dokumentationsassistent als Aushilfen bei der Liechtensteinischen Landesverwaltung weiterbeschäftigt werden. Eine Lehrabgängerin konnte in ein fixes Anstellungsverhältnis übernommen werden und zwei weitere konnten die Möglichkeit einer befristeten Anstellung von zwei bzw. drei Jahren nutzen.

## Versicherungswesen

### Neuabschluss der Versicherungsverträge

Mit Bericht und Antrag vom 16. Dezember 2004 setzte das Amt für Personal und Organisation die Regierung darüber in Kenntnis, dass auf Ende 2005 alle Versicherungsverträge auslaufen. Dieses Vorgehen war geplant, damit alle Verträge neu ausgeschrieben bzw. neu verhandelt werden können. Betroffen sind die folgenden Versicherungsverträge:

- Obligatorische Unfallversicherung, samt Zusatzversicherungen und Schülerunfallversicherung
  - All-Risk (Gebäude/Fahrhabe-) Versicherung
  - Transportversicherung
  - Betriebshaftpflichtversicherung
  - Organhaftpflichtversicherung
  - Motorfahrzeug-Flottenvertrag und Dienstfahrtenkasko
- Mit RA 2004/3384 vom 21. Dezember 2004 nahm die Regierung die Vorgehensweise bei der Ausschreibung der einzelnen Policen zur Kenntnis und beschloss, dass die im Jahre 2005 ablaufenden Verträge nach Möglichkeit im Rahmen von Verhandlungsverfahren unter allen im Land ansässigen Versicherungsunternehmen neu vergeben werden. Das Amt für Personal und Organisation wurde in Zusammenarbeit mit der Stabsstelle für öffentliches Auftragswesen mit der Durchführung beauftragt.

Um die an einem Versicherungsvertrag interessierten Versicherungsunternehmen auf einen einheitlichen Informationsstand zu bringen sowie zum Zweck der Abklärung von allfälligen Unklarheiten vor Ort, fand am 9. Mai 2005 eine Informationsveranstaltung statt. Zu dieser Veranstaltung wurden alle in Liechtenstein konzessionierten Versicherungsgesellschaften eingeladen. Die Versicherungsgesellschaften hatten dann Gelegenheit, ihre Ergänzungen oder Fragen einzubringen, sodass diese in die Ausschreibung aufgenommen werden konnten. Das Amt für Personal und Organisation stand den Gesellschaften in der Folge auch im Zuge der Offertstellung für ergänzende Fragen zur Verfügung.

Die Auswertung der eingegangenen Offerten erfolgte unter Anwendung der im Rahmen des Gesetzes über das Öffentliche Auftragswesen festgelegten Bewertungskriterien.

In der Sitzung vom 20. September 2005 (RA 2005/2185-0270) nahm die Regierung das Resultat der Ausschreibung der Versicherungspolizen zur Kenntnis. Die Policen wurden gestützt auf das Gesetz über das Öffentliche Auftragswesen (ÖAWG) sowie die dazugehörige Verordnung (ÖAWV) vergeben. Das Amt für Personal und Organisation wurde mit den entsprechenden Vertragsverhandlungen beauftragt.

Die neuen Versicherungsverträge sind auf den 1. Januar 2006 in Kraft getreten.

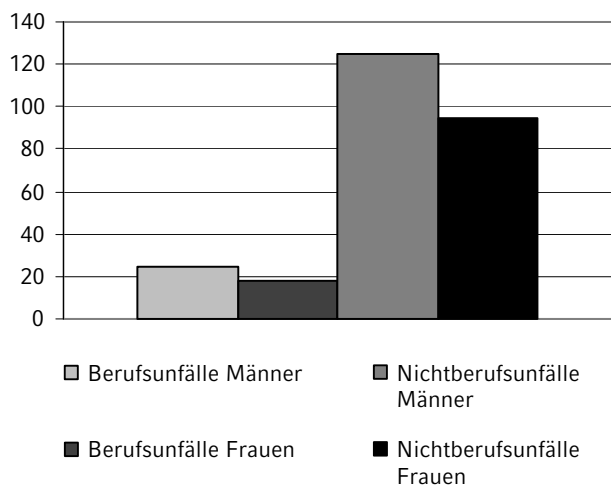
### Kollektiv-Unfallversicherung

Die Statistik zeigt folgendes Bild:

#### Unfallstatistik 2005

Art der Unfälle	2004	2005	Veränderung abs.
Berufsunfälle Männer	36	25	-11
Berufsunfälle Frauen	8	18	10
Nichtberufsunfälle Männer	125	118	-7
Nichtberufsunfälle Frauen	99	95	-4
<b>Total Berufsunfälle</b>	<b>44</b>	<b>43</b>	<b>-1</b>
<b>Total Nichtberufsunfälle</b>	<b>224</b>	<b>213</b>	<b>-11</b>

Die Zahl der Unfälle hat im vergangenen Jahr erfreulicherweise wieder abgenommen.



### Sachversicherungen

#### Schadenstatistik 2005

Art der Schäden	2004	2005	Veränderung abs.
Dienstfahrten-Kasko	3	10	7
Gebäude-Fahrhabe (All-Risk)	0	2	2
Haftpflichtversicherung	3	3	0
Motorfahrzeug- Flottenversicherung	2	1	-1
<b>Total</b>	<b>8</b>	<b>16</b>	<b>8</b>

### Organisation der Amtsstellen

#### Verwaltungsorganisation

Der revidierte Bericht der Arbeitsgruppe wurde von der Regierung zur Kenntnis genommen und die Arbeitsgruppe wurde mit der Ausarbeitung von Alternativen zu bestimmten Punkten beauftragt. Diese Arbeiten konnten bis Ende Jahr nicht mehr abgeschlossen werden.

#### Umsetzung des neuen Lohnsystems

Die für die Umsetzung des neuen Lohnsystems notwendige Informatik musste zusammen mit der Herstellerfirma des Personalinformationssystems von Grund auf aufgebaut und an den Bedürfnissen der Landesverwaltung ausgerichtet werden.

Nachdem die ersten beiden Phasen (d.h. Umstellung der massgebenden Löhne auf die Systematik gemäss neuem Lohnsystem sowie Durchführung der Systemlohnrunde) bereits im Jahr 2004 erfolgreich erledigt werden konnten, stand mit der eigentlichen Leistungslohnrunde anfangs 2005 die dritte und letzte Phase zur erstmaligen Durchführung an.

Diese Phase umfasste die Aufteilung des vom Landtag bewilligten Lohnerhöhungsbudgets auf die einzelnen Organisationseinheiten, die Ermittlung von Lohnerhöhungsvorschlägen pro Mitarbeitenden, die Sichtung und allfällige Anpassung dieser Vorschläge durch die Vorgesetzten in den Amtsstellen, die daran anschliessende Lohninformation sowie das abschliessende Controlling.

#### Verwaltungsportal [www.llv.li](http://www.llv.li)

Im Jahr 2005 wurde für die nachstehenden Amtsstellen ein Detailauftritt auf dem Portal der Liechtensteinischen Landesverwaltung [www.llv.li](http://www.llv.li) realisiert bzw. der Auftritt im Sinne einer besseren Kundenorientierung überarbeitet:

- Amt für Auswärtige Angelegenheiten ([www.aaa.llv.li](http://www.aaa.llv.li))
- Amt für Gesundheitsdienste ([www.agd.llv.li](http://www.agd.llv.li))
- Amt für Lebensmittelkontrolle und Veterinärwesen ([www.alkvw.llv.li](http://www.alkvw.llv.li))
- Amt für Wohnungswesen ([www.aww.llv.li](http://www.aww.llv.li))
- Amt für Zivilschutz und Landesversorgung ([www.azslv.llv.li](http://www.azslv.llv.li))
- Amt für Zollwesen ([www.azw.llv.li](http://www.azw.llv.li))

- Bauadministration ([www.ba.llv.li](http://www.ba.llv.li))
- Dienststelle für Sport ([www.ds.llv.li](http://www.ds.llv.li))
- Finanzkontrolle ([www.fk.llv.li](http://www.fk.llv.li))
- Hochbauamt ([www.hba.llv.li](http://www.hba.llv.li))
- Landwirtschaftsamt ([www.lwa.llv.li](http://www.lwa.llv.li))
- Stabsstelle Finanzen ([www.sf.llv.li](http://www.sf.llv.li))
- Stabsstelle für Chancengleichheit ([www.scg.llv.li](http://www.scg.llv.li))
- Stabsstelle für Kulturfragen ([www.skf.llv.li](http://www.skf.llv.li))
- Tiefbauamt ([www.tba.llv.li](http://www.tba.llv.li))

Es kann zusammenfassend festgehalten werden, dass per Ende 2005 nahezu alle Amtsstellen mit einem Detailauftritt auf dem Verwaltungsportal [www.llv.li](http://www.llv.li) vertreten sind und die ersten beiden Portal-Ausbaustufen «Publishing» und «Interaktion» somit praktisch abgeschlossen sind.

Zusätzlich zu den vorstehenden Amtsstellenauftritten sowie den eher amtsstellenspezifischen Angeboten (wie z.B. Berufsbilderverzeichnis, Medieneinladungen, Register der Datensammlungen oder Soziallexikon) wurde das Verwaltungsportal um folgende zentrale Dienstleistungen erweitert:

- Einbau der Applikation «Berichte und Anträge (BuA) der Regierung an den Landtag» ([www.bua.llv.li](http://www.bua.llv.li))
- Einbau der Applikation [www.gesetze.li](http://www.gesetze.li) sowie entsprechende Umstellung sämtlicher relevanter Links
- Erstellung der Applikation «Vornamen» ([www.vornamen.llv.li](http://www.vornamen.llv.li))
- Ausbau und Überarbeitung des Newsletter-Services ([www.newsletter.llv.li](http://www.newsletter.llv.li))

Im Hinblick auf den langfristigen Ausbau und die Weiterentwicklung des Portals wurde Ende 2005 ein umfassendes Portal-Review gestartet, das aus einer Online-Kundenbefragung sowie einer Benchmark-Analyse bestand. Die Resultate sollen Aufschluss über die zukünftigen Schwerpunkte geben und fliessen entsprechend in die Projektplanung ein.

## Interne Organisation Amt für Personal und Organisation

Die im Vorjahr neu geschaffene Abteilung Organisationsentwicklung musste personell entsprechend dotiert werden. Die Stellen wurden ausgeschrieben, konnten aber im Berichtsjahr nicht mehr besetzt werden. Das Ausscheiden eines Gruppenleiters bei der Informatik wurde zum Anlass genommen, die Organisationsstruktur dieser Abteilung zu analysieren. Die Informatikabteilung war in den letzten Jahren stark gewachsen. Ausserdem hatten sich auch das Umfeld und die Ausrichtung der Informatik verändert.

Dem wurde mit organisatorischen Anpassungen Rechnung getragen. Neben der Schaffung einer zusätzlichen Gruppe war ein wesentliches Element der Aufbau neuer Stabsstellen. Eine dieser Stabsstellen ist für Projektleitungen zuständig, während sich die andere vorwiegend mit Sicherheitsfragen und technologischen Entwicklungen befasst. Die Gruppenleiter- sowie die Stabsstellen konnten im Laufe des Jahres besetzt werden.

Eine weitere Änderung zeichnete sich bei der Abteilung Besoldungsadministration/Versicherungen ab.

Der bisherige Stelleninhaber wird aus gesundheitlichen Gründen andere Aufgaben übernehmen. Die Stelle wurde ausgeschrieben und wird im Frühjahr 2006 besetzt werden.

Ausser diesen ungeplanten Abgängen gingen im Laufe des Jahres vier verdiente MitarbeiterInnen in Pension. Auch hier wurde die Gelegenheit genutzt, organisatorische Anpassungen sowohl im Bereich Einkauf als auch beim Schalter/Empfang vorzunehmen. Die Stellen konnten auf Anfang 2006 besetzt werden.

## Durchgeführte Stellenzuordnungen

Im Jahr 2005 wurden Stellenüberprüfungen in folgenden Bereichen durchgeführt:

- Amt für Soziale Dienste
- Abteilung Strassenunterhalt des Tiefbauamtes
- Amt für Zivilschutz und Landesversorgung
- Abteilungsleiter des Amtes für Volkswirtschaft
- Aufsichtspersonal im Liechtensteinischen Landesmuseum, im Wohnmuseum Schellenberg sowie im Postmuseum

Der umfassende Ansatz wird so weit als möglich angewendet, damit der Quervergleich bestmöglichst berücksichtigt werden kann.

## Public Key Infrastructure (PKI)

Auf Ende 2005 konnten die beiden Portal-Ausbaustufen «Publishing» und «Interaktion» praktisch abgeschlossen werden. Damit die daran anschliessenden Ausbaustufen «Transaktion» und «Integration» und das damit verbundene Endziel der vollständigen elektronischen Abwicklung von Verwaltungsprozessen möglichst rasch realisiert werden können, sind im Jahr 2005 bereits die dafür notwendigen Grundlagenarbeiten angegangen worden.

Eine der unabdingbaren Voraussetzungen für die Realisierung dieses Ziels ist, dass die Identität des Kunden (z.B. Bürger mit in- oder ausländischer Staatsbürgerschaft oder Firmen) auf elektronischem Wege eindeutig festgestellt werden kann und somit eine vertrauliche, gesicherte und rechtlich verbindliche Kommunikation zwischen den Kunden und der Verwaltung sowie innerhalb von Behörden nach standardisierten Prozeduren stattfinden kann. Im Zusammenhang mit dieser Themenstellung tauchen immer wieder die Begriffe «Public-Key-Infrastruktur» oder kurz «PKI» auf.

Im PKI-Bereich ist zu Beginn des Jahres 2005 eine Arbeitsgruppe unter der Leitung des Amtes für Personal und Organisation eingesetzt worden, die mit der Erarbeitung eines Detailkonzeptes beauftragt wurde. Da die PKI-Thematik äusserst vielfältig ist und somit verschiedenste Themengebiete der Verwaltung wie z.B. Recht, Organisation oder Technik betroffen sind, hat die Arbeitsgruppe im Herbst 2005 einen Zwischenbericht bei der Regierung eingereicht, der konkrete Aufträge zu den einzelnen Schwerpunktthemen sowie dazugehörige Grundsätze enthält.

### Enterprise Content Management (ECM)

Ende 2004 wurde ein Vorprojekt zum Thema «Enterprise Content Management (ECM)» gestartet. ECM umfasst den gesamten Lebenszyklus von Informationen in einem Unternehmen, d.h. von deren Erzeugung, über die Bearbeitung bis zur Bereitstellung sowie der abschliessenden Archivierung bzw. Vernichtung.

Das Amt für Personal und Organisation leitete die entsprechende Arbeitsgruppe, in der neben drei Pilotamtsstellen auch Vertreter aus dem Datenschutz- sowie Archiv-Bereich vertreten waren. Der Schlussbericht wurde der Regierung von der Arbeitsgruppe im Herbst 2005 übergeben.

Der Schlussbericht sieht vor, dass die verwaltungsweit geltenden Erkenntnisse in einem nächsten Arbeitsschritt konkretisiert und die notwendigen organisatorischen, technischen und applikatorischen Vorabklärungen mit Hilfe eines Prototypings gezielt in einer Amtsstelle durchgeführt werden sollen. Oberstes Ziel des Prototypings ist es, eine abschliessende Aussage darüber machen zu können, ob und wie ein ECM-System verwaltungsweit eingeführt werden kann.

### Schaffung einer unabhängigen Finanzmarktaufsicht

Das Amt für Personal und Organisation war in der Projektgruppe vertreten und damit am Aufbau beteiligt. In der Schlussphase war das Amt für den Aufbau der Infrastruktur verantwortlich. Innerhalb der vorgegebenen Termine mussten die räumlichen und technischen Rahmenbedingungen für die neue Behörde geschaffen werden. Das Mietobjekt inkl. Technik und Ausstattung konnte der Finanzmarktaufsicht termingerecht übergeben werden. Erfreulicherweise lagen die effektiven Kosten für die mieterseitigen Anpassungen 10% unter dem Kostenvoranschlag. Die MitarbeiterInnen erhielten neue Dienstverträge und wurden per 1.1.2005 von der neuen Behörde übernommen.

Zwischen der Liechtensteinischen Landesverwaltung und der Finanzmarktaufsichtsbehörde wurde eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen. Darin sind die gegenseitig zu erbringenden Leistungen im Detail beschrieben.

### Neulösung «Stellenbeschreibungen»

Aufgrund der Erfahrungen mit dem bisherigen Lösungsansatz auf der Basis von WinWord-Vorlagen sowie der Tatsache, dass keine Softwareprodukte auf dem Markt sind, welche die zu beachtenden Bedürfnisse abdecken, wurde ein Gesamtkonzept für die Erstellung einer informatikgestützten Stellenbeschreibungs-Lösung erarbeitet.

Die neue Stellenbeschreibungs-Lösung wird im Frühjahr 2006 verwaltungsweit eingeführt und anschliessend laufend auf weitere Einsatzbereiche sowie Funktionalitäten geprüft und allenfalls erweitert.

### Rechtsgrundlagen «Zentrale Personenverwaltung»

In Zusammenarbeit mit dem technischen Verantwortlichen, einem Vertreter des Ressorts Justiz sowie dem Datenschutzbeauftragten wurden Entwürfe für ein Gesetz sowie einer Verordnung für die zentrale Personenverwaltung der Liechtensteinischen Landesverwaltung erstellt.

### Einkauf

Obwohl es während des Jahres zu vielen ungeplanten Zügeleien und damit verbundenen Anschaffungen gekommen war, konnten die Budgetvorgaben eingehalten werden. Dies war nur möglich durch die Verwendung und Anpassung bestehenden Mobiliars und äusserste Zurückhaltung bei der Anschaffung von neuem Mobiliar.

Mit der Gewerbe- und Wirtschaftskammer wurden verschiedene Sitzungen abgehalten. Es war vorgesehen, ähnlich wie bei den Garagisten auch im Bereich der Sektion Grafik/Druckerei Richtlinien für die Auftragsvergabe zu erarbeiten. Es konnten zwar Vorschläge erarbeitet werden, bis Ende Jahr lag aber noch kein bereinigtes Papier vor.

Das Amt für Personal und Organisation war auch in der Arbeitsgruppe vertreten, die sich mit einem neuen Erscheinungsbild für die Landesverwaltung befasste. Der Regierung konnten entsprechende Vorschläge unterbreitet werden. Aus Kostengründen wurde jedoch vorläufig auf die Umsetzung verzichtet und die Arbeitsgruppe damit beauftragt, kostengünstigere Alternativen vorzuschlagen. Für den Bereich der Broschüren soll das neue Erscheinungsbild aber ab Januar 2006 Gültigkeit haben. Dafür mussten die entsprechenden Gestaltungsrichtlinien erarbeitet werden.

Der Bereich Einkauf stand im Zeichen einer «Wachablösung». Der langjährige Einkäufer der Landesverwaltung, Herr Kurt Marxer, ging auf Ende 2005 in Pension. Der Bereich ist neu der Abteilung Organisationsentwicklung zugeordnet, womit sich auch die Aufgaben geändert haben. Gleichzeitig wurden auch die verschiedenen Schnittstellen analysiert und teilweise neu definiert.

Nachdem der Papierverbrauch in den Jahre 2003 und 2004 in etwa gleich geblieben war, ist er im Jahr 2005 erfreulicherweise gesunken und liegt bei 82% des Vorjahres. Dies ist vor allem auf die steigende Akzeptanz der Dienstleistungsempfänger zurückzuführen, Informationen direkt über das Verwaltungsportal abzurufen. Der Verbrauchsanteil von Recyclingpapieren gegenüber den Spezialpapieren hält das hohe Niveau der Vorjahre.

	2002		2003		2004		2005	
	kg	%	kg	%	kg	%	kg	%
Recycling	53 498	81.4	54 324	73.5	52 314	71.3	44 292	72.8
Andere	12 258	18.6	19 636	26.5	21 685	29.6	16 475	27.2
<b>Total</b>	<b>65 756</b>		<b>73 960</b>		<b>73 355</b>		<b>60 767</b>	

**Raumbedarfsplanung**

**Generelle Raumbedarfsplanung**

Die Regierung beauftragte eine Arbeitsgruppe mit der Erarbeitung eines Berichts über den Raumbedarf der Landesverwaltung. Darin sollten die Schwerpunkte und Massnahmen für die nächsten Jahre dargestellt werden. Grundlage des Berichts war der vom Landtag genehmigte Hochbautenbericht. Darin wurde grundsätzlich festgelegt, dass es in den nächsten Jahren vor allem darum geht, die bestehenden Gebäude zu optimieren und nach Möglichkeit die Landesverwaltung zu zentralisieren. Die Raumbedarfsplanung hat natürlich einen engen Zusammenhang mit der Regierungs- und Verwaltungsorganisation, sodass diese beiden Projekte sehr gut koordiniert werden müssen.

Die Arbeitsgruppe konnte der Regierung bis Ende Jahr einen Grundsatzbericht inklusive Massnahmenkatalog vorlegen.

**Justizgebäude**

Nachdem die Baubewilligung endlich erteilt war, konnte die Baukommission ihre Arbeit aufnehmen und sich an die Detailplanung machen. Baubeginn war im Januar und die Arbeiten schritten in den folgenden Monaten zügig voran.

In verschiedenen Sitzungen wurden in der Baukommission Ausführungspläne erarbeitet und Entscheidungen vor allem im Bereich der Sicherheit gefällt. Wesentlich war auch die Bemusterung der verwendeten Materialien. Mit zunehmendem Baufortschritt mussten die Ausschreibungsunterlagen genehmigt und verschiedene Details festgelegt werden. Der Bezug des Mietobjekts ist im Frühjahr 2007 geplant.

**Haus Risch**

Durch den Auszug des Amtes für Finanzdienstleistungen sowie der Stabsstelle für Sorgfaltspflichten, die neu Bestandteil der unabhängigen Finanzmarktaufsicht bilden, wurden die entsprechenden Flächen im Haus Risch frei. Diese wurden verschiedenen MitarbeiterInnen der Regierung sowie der Stabsstelle für Datenschutz zugeteilt. Der verbleibende Raum wurde dem Amt für Volkswirtschaft zugesprochen. Durch die personelle Aufstockung der Abteilung Arbeit musste diesem Amt mehr Raum zur Verfügung gestellt werden

**Regierungsgebäude**

Aufgrund der beengten räumlichen Verhältnisse im Regierungsgebäude übersiedelten die Stabsstelle für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit sowie das Presse- und Informationsamt in das Schädlerhaus.

**Haus Greber**

Im Haus Greber war ein Teil der MitarbeiterInnen der Regierung sowie die Stabsstelle für Datenschutz untergebracht. Durch die Übersiedlung in das Haus Risch

wurden die Flächen nicht mehr benötigt, sodass dieses Mietobjekt aufgelassen wurde.

**Verlagerungen von Amtsstellen**

Im abgelaufenen Jahr fanden folgende Verlagerungen von Amtsstellen resp. Optimierungen innerhalb von Amtsstellen statt:

– Umzug Mikroverfilmung	Grundbuch- und Öffentlichkeitsregisteramt
– Einrichten Scan-Service	Grundbuch- und Öffentlichkeitsregisteramt
– Umzug AVW von Container in Haus Risch	Arbeitsicherheit und Energiefachstelle
– Umzug AVW von AHV Gebäude in Container	Abteilung Statistik
– Umzug AVW AHV Gebäude EG	Abteilung Wirtschaft
– Umzug AVW AHV Gebäude, 1. Stock und EG	Abteilung Arbeitsvermittlung
– Umzug Postgebäude Triesen	Schulpsychologischer Dienst
– Umzug Postgebäude Vaduz, 3. OG in Engländerbau	Amt für Briefmarkengestaltung
– Einrichten und Umzug Postgebäude Schaan	Landesphysikus und SPMD Leiter
– Ausräumen Weilemann Schaan	Historiker Kommission
– Umbau Real Überbauung	Amt für Personal und Organisation Erdgeschoss und Informatik-Abteilung
– Einrichten von 9 Reserveplätzen	Grundbuch- und Öffentlichkeitsregisteramt
– Umbau Einrichtungen Regierungsgebäude	Regierungsräte
– Umzug Haus Risch, 1. Stock	Staatsanwaltschaft, Empfang, Archiv, Schreibstelle
– Ergänzung Haus Risch, 1. Stock	Staatsanwaltschaft Bibliotheksraum
– Ausräumen und neu einrichten Haus Lampert	Diverse Büros Amt für Auswärtige Angelegenheiten
– Vorbereitung Provisorium Landesarchiv	Ausräumen Lager Mehrzweckgebäude Triesen

**Informatik**

**EDV-Gesamtlösung für die Abteilung Arbeit des Amtes für Volkswirtschaft**

Nach der öffentlichen Ausschreibung für eine neue EDV-Gesamtlösung der Abteilung Arbeit wurde im Berichtsjahr nach einem umfangreichen Auswahlverfahren der Auftrag vergeben.

Im Zeitraum vom März bis Juli 2005 wurde basierend auf dem ausgeschriebenen Pflichtenheft und in Zusammenarbeit mit den betroffenen Fachstellen des Amtes für Volkswirtschaft eine umfangreiche Systemspezifikation erstellt. Die anschliessenden Realisierungsarbeiten verliefen planmässig. Gegenwärtig wird die Lösung von der Abteilung Arbeit des Amtes für Volkswirtschaft getestet.

### **EDV-Lösung zur Unterstützung der Baubewilligungsverfahren beim Amt für Umweltschutz**

Im Rahmen des Verfahrens für Baugesuche werden die Bauakten im Amt für Umweltschutz von den jeweiligen Sachbearbeitern geprüft. Falls erforderlich werden Bewilligungen erteilt bzw. verweigert. Nach Abschluss des Bauvorhabens werden allfällige Auflagen kontrolliert. Zur Unterstützung dieser Geschäftsprozesse wurde eine EDV-Lösung realisiert, welche eine effizientere Bearbeitung der einzelnen Fälle erlaubt und die Auskunftsbereitschaft gegenüber Gemeinden, Bauherrschaften, Architekten etc. wesentlich verbessert.

### **Beschaffung eines hydrologischen Datenmanagementsystems beim Amt für Umweltschutz**

Das Amt für Umweltschutz hat das Messstellennetz des Grundwasserkatasters überarbeitet. Um die Fülle der Daten effizienter verwalten und aussagekräftig auswerten zu können, wurde ein datenbankbasiertes, hydrologisches Datenmanagementsystem beschafft.

### **Erweiterung der EDV-Lösung «Designregister» beim Amt für Volkswirtschaft**

Neue Anforderungen machten die Überarbeitung der bestehenden Softwarelösung für die Verwaltung der Designmarken notwendig. Im Zuge der Erweiterungen wurde die Applikation auch auf eine aktuelle Datenbank-Plattform migriert.

### **Anpassung der Geschäftslösung beim Amt für Wohnungswesen**

Aufgrund der Abänderung des Wohnbauförderungsgesetzes musste die bestehende Geschäftslösung beim Amt für Wohnungswesen angepasst bzw. erweitert werden.

### **Erweiterung der FAK/FABER-Schnittstelle bei der EDV-Lösung für die Motorfahrzeugkontrolle**

Aus Zeit- und Kostengründen wurde bei der Einführung des Führerscheins im Kreditkartenformat (FAK) auf eine umfassende Ausgestaltung der Schnittstelle zum Schweizerischen Fahrberechtigungsregister (FABER) verzichtet. Die rudimentäre Funktionalität der Schnittstelle erlaubte es bislang nicht, den Datenbestand zwischen der Motorfahrzeugkontrolle und FABER fehlerfrei abzugleichen. Die realisierte Erweiterung ermöglicht nun eine aktuelle und vollständige Synchronisation der Daten.

### **Arbeitsgruppe «Zentrale Personenverwaltung (ZPV)»**

Für die Sicherstellung der Konformität des Systems der Zentralen Personenverwaltung zu den Bestimmungen des Datenschutzes setzte die Regierung Ende 2003 eine Arbeitsgruppe ein. Im Berichtsjahr wurden für die Daten der zentralen Personenverwaltung die jeweiligen Dateneigentümer ermittelt. Um Zugriff auf diese Daten zu erhalten, ist nun ein entsprechendes Bewilligungsverfahren eingeführt worden. Ein grundlegendes Bearbeitungsreglement ist in Arbeit.

### **Erweiterung der Softwarelösung «Gebäudeinformationssystem» bei der Liegenschaftsverwaltung**

Infolge der stetig wachsenden Sicherheitsanforderungen beim Gebäudeunterhalt wurde das bestehende Gebäudeinformationssystem um ein elektronisches Sicherheitshandbuch erweitert. Die Integration des Handbuchs mit detaillierten Anleitungen zu den einzelnen Tätigkeiten unterstützt die Liegenschaftsverwaltung. Die verschiedensten Unterhaltstätigkeiten am Bau wurden standardisiert und können den Mitarbeitenden anhand von Anwendungsbeispielen genau aufgezeigt werden.

### **Öffentlichkeitsregister**

Im Jahr 2004 wurde im Grundbuch- und Öffentlichkeitsregisteramt die Handelsregisterlösung «HRWin» eingeführt. Mit HRScan/ELAR wurde eine Ergänzung zu HRWin realisiert. Diese ermöglicht die Digitalisierung aller Dokumente des Handelsregisters und den Aufbau eines elektronischen Archivs. Das Projekt wurde im Berichtsjahr technisch abgeschlossen. Das Einscannen der Dokumente ist sehr aufwändig und wird noch längere Zeit in Anspruch nehmen.

### **Grundbuch**

Als Erweiterung der bestehenden Geschäftsapplikation des Grundbuches wurde das Modul «Beleg Integration» realisiert. Mit Hilfe dieser Software wird die Digitalisierung von Grundbuchbelegen ermöglicht.

### **Security Assessment der IT-Infrastruktur**

Die Sicherheitsrisiken in der Informationstechnologie (IT) wachsen stetig. Hinzu kommt, dass man heute in einer vernetzten Welt operieren muss und sich die IT längst nicht mehr von ihrer Umgebung abschotten lässt. Umso wichtiger ist deshalb, das Sicherheitsdispositiv auf diese Gegebenheiten auszurichten. Tools wie Virenschutz, Intrusion Detection oder Firewalls im Einsatz zu haben, ist heute unerlässlich.

Ebenso unerlässlich ist es, von Zeit zu Zeit zu überprüfen, ob die Sicherheitseinrichtungen die erwünschte Wirkung zeigen und Angriffe wirksam abwehren. Aus diesem Grund wurde im Berichtsjahr ein umfangreicher Security-Audit durchgeführt. Das Ziel des Audits war, etwaige Lücken und mögliche Angriffspunkte in den Sicherheitssystemen aufzuspüren, so dass sie anschliessend gezielt geschlossen werden konnten.

### **Ausländer- und Passamt**

Zur Schaffung einer neuen Passgeneration unter Einschluss mindestens eines biometrischen Erkennungsmerkmals wurde von der Regierung im September 2004 eine Arbeitsgruppe bestellt. Die Abteilung Informatik ist in dieser Arbeitsgruppe vertreten und unterstützt das Ausländer- und Passamt unter anderem bei der Evaluation der technischen Einrichtung.

Die Fachapplikation des Ausländer- und Passamts wurde um diverse Sicherheitschecks erweitert. Wegen

der neuen Personenverkehrsordnung musste der Druck der Bewilligungspapiere angepasst werden.

### **Geschäftsapplikation für das Zivilstandesamt**

Im Berichtsjahr wurde das Pflichtenheft für die Phase II der neuen Geschäftslösung erstellt. Folgende Bereiche sind durch die Phase II abgedeckt:

- Alle zusätzlichen bis anhin manuell erfassten Ereignisse werden im System erfasst.
- Alle Scheine, Meldungen und Formulare werden elektronisch erstellt.
- Geschäftsregeln werden durch die Applikation automatisch überprüft.

Der Start für die Realisierung erfolgte Ende 2005. Abschluss der Arbeiten und Einführung sind im 1. Quartal 2006 geplant.

### **Liechtensteinische Transporterhebung**

Die Erhebung wird seit dem 1. Januar 2005 durchgeführt. Die gemäss EWR-Abkommen an Eurostat, dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften, zu liefernden Daten wurden fristgerecht übermittelt.

Um den anspruchsvollen Terminplan, nämlich den Start der Erhebung am 1. Januar 2005, nicht zu gefährden, enthielt das damalige Pflichtenheft nur die Software für das zum Vorbedrucken des Fragebogens, die Erfassung der Daten, das Mahnwesen und die Datenlieferung an Eurostat. Auf die Software zur Erstellung einer nationalen statistischen Publikation wurde zum damaligen Zeitpunkt verzichtet.

Die im Berichtsjahr neu erstellte Software liefert nun die notwendigen Auswertungen für die Erstellung einer statistischen Publikation über die Gütertransporte auf der Strasse. Die Software wurde im Berichtsjahr realisiert und zum grössten Teil ausgetestet. Der Produktivstart ist Anfang 2006 geplant.

### **Erweiterung und Migration der Geschäftslösung beim Amt für Soziale Dienste**

Neue Anforderungen machten eine grössere Überarbeitung der seit Jahren im Einsatz stehenden Geschäftslösung beim Amt für Soziale Dienste erforderlich. Die Softwarelösung entsprach zudem nicht mehr dem aktuellen Systemstandard der Landesverwaltung. Nebst der Realisierung der Erweiterungen wurde die Lösung deshalb auch auf eine aktuelle Systemumgebung migriert.

### **Clusterverserver für die Datei- und Programmablage**

Das aus dem Jahr 1999 stammende System für die Datei- und Programmablageinfrastruktur wurde durch einen neuen Clusterverserver ersetzt. Im Sinne einer Hardwarekonsolidierung wurde ein weiteres Ablagesystem auf das neue System migriert, was zu erheblichen Kosteneinsparungen im Bereich von Softwarelizenzen und Wartung führte.

### **Neue EDV-Lösung für die Steuerverwaltung**

Die Arbeiten an der neuen EDV-Lösung für die Steuerverwaltung sind im Berichtsjahr gut vorangeschritten.

Sowohl die Module für die «Direkten Steuern» wie auch für die «Mehrwertsteuer» konnten im Berichtsjahr in den produktiven Betrieb überführt werden. Damit konnte eines der grössten Projekte der Informatik im vorgesehenen Budgetrahmen abgewickelt werden.

## **Kommunikation**

### **Neue Mail-Firewall**

Durch den Einsatz einer neuen Mail Firewall Appliance konnte die Flut von Spam-Mails drastisch eingeschränkt werden. Die gleichzeitige Integration des Virenschutzes auf der Mail Firewall ermöglichte es, ein bestehendes Schutzsystem abzulösen, was zu entsprechenden Einsparungen bei der Lizenzierung führte.

### **Ausbau Kommunikationsnetzwerk**

Für den Anschluss der Server im Rechenzentrum wurde ein neues Netzwerkmodul für den Serverzugriff realisiert. Mit den neuen Komponenten können die Server mit einer Bandbreite von bis zu 1000 Megabit/s (Gigabit Ethernet) an das Kommunikationsnetz angeschlossen werden. Bisher war eine maximale Integration von 100 Megabit/s möglich. Das neue Servermodul ist redundant ausgelegt, so dass beim Ausfall einer Komponente der Betrieb des Rechenzentrums weiterhin gewährleistet ist.

Gegen Ende des Berichtsjahres wurde mit der Erneuerung des Kommunikationsnetzes der Landespolizei begonnen. Die neue Lösung basiert auf Netzwerkkomponenten, wie sie in den vergangenen Jahren bei der Modernisierung des Kommunikationsnetzwerkes verwendet wurden.

### **Erweiterung Telefonie-Infrastruktur**

Die Realisierung des im Vorjahr konzeptionierten Ausbaus der Telefonie-Infrastruktur wurde in Angriff genommen. Das neue System ist betriebsbereit und wurde zusammen mit den vorhandenen Teilnehmervermittlungsanlagen an das Kommunikationsnetz angeschlossen. Die Migration auf das neue System ist für das Jahr 2006 geplant. Dabei wird auch das vorhandene Vermittlungs- und Gebührendatenerfassungssystem ersetzt werden. Bei einzelnen Liegenschaften werden erstmals IP-Telefongeräte, welche direkt an das Kommunikationsnetzwerk angeschlossen werden, eingesetzt. Somit kann zukünftig der gesamte Gesprächsverkehr zusammen mit den Daten über ein und dasselbe Netz übertragen werden, was den Einsatz eines separaten Sprachnetzwerkes hinfällig macht.

### **Verlegung von Glasfaserverbindungen**

Durch den geplanten Abbruch des Archivgebäudes wurde die Verlegung mehrerer Glasfaserverbindungen, über welche heute diverse Liegenschaften der Landesverwaltung in das Daten- und Sprachnetz integriert sind, notwendig. Durch eine Leitungsverlegung konnten die



betroffenen Liegenschaften rechtzeitig vom derzeitigen Verteilerpunkt losgelöst und über die bestehenden Netzwerkbackbone-Knoten wieder eingebunden werden.

#### **Anschluss an das Switch-Hochschulnetzwerk**

Die Stiftung Switch (Swiss Education & Research Network) betreibt ein stabiles, leistungsfähiges und modernes Netzwerk für die schweizerische Lehre und Forschung, basierend auf eigener Glasfaser-Infrastruktur. Dieses Netzwerk mit Anschluss an weitere Forschungsnetze weltweit (GEANT, Abilene, ESnet, CANARIE) wurde um den Ostring erweitert um weitere Hochschulen integrieren und das Netzwerk noch stabiler ausgestalten zu können.

Die günstige Gelegenheit zur Integration der Hochschule Liechtenstein durfte nicht verpasst werden. Das Switch-Hochschulnetzwerk ermöglicht nun einen schnellen, zuverlässigen und kostengünstigen Anschluss an das Internet für die Hochschule Liechtenstein, die Landesverwaltung und die an das Schulnetz angeschlossenen Institutionen.

#### **Anschluss an das «Carrier-Netzwerk» der Bundesverwaltung**

Im Zuge der Modernisierung der Netzwerkinfrastruktur sowie der notwendigen Kosteneinsparungen wurde von der Bundesverwaltung ein «Carrier-Netzwerk» flächendeckend über die ganze Schweiz realisiert.

Über ein und dasselbe Carrier-Netzwerk können physisch über dieselben Datenverbindungen mehrere logisch getrennte Netzwerke betrieben werden. Neu wird jeder Kanton über zwei schnelle Glasfaserverbindungen an das Carrier-Netz angeschlossen werden. Dieser schnelle, redundante Anschluss ermöglicht die Verwendung von diversen Bundesapplikationen, sowie von kantonalen und polizeilichen Anwendungen über die «freigeschalteten» Netzwerke der Bundesverwaltung.

Die Umschaltung der Landesverwaltung auf das Carrier-Netz mit Mietleitungen wurde bereits vollzogen, die Vorbereitungen für den Anschluss mit redundanten Glasfaserverbindungen wurden getroffen. Für den neuen zentralen, redundanten Anschluss wurde das Gebäude der Landespolizei gewählt.

---

## **Presse- und Informationsamt**

---

**Amtsleiterin: Daniela Clavadetscher**

*Neben der Information der Öffentlichkeit über behördliche Aktivitäten und Massnahmen, der Durchführung von Medienanlässen und der Betreuung von Medienschaffenden gehört die Organisation des Staatsfeiertages am 15. August zu den Hauptaufgaben des Presse- und Informationsamtes.*

## **Arbeitsbereich Redaktion**

### **Pressemitteilungen**

Im Jahr 2005 wurden 623 (2004: 730) Pressemitteilungen verschickt. Die Pressemitteilungen werden über eine Web-Maske direkt in ein Satellitennetz eingespeist. So können die Pressemitteilungen zeitgleich an die Redaktionssysteme von mehr als 330 tagesaktuellen Medien geschickt werden.

### **Liechtenstein-Pressebulletin**

Das Liechtenstein-Pressbulletin wurde im 14. Erscheinungsjahr 22 (23) Mal herausgegeben. Es erscheint alle 14 Tage - mit Ausnahme der Sommermonate - und enthält die wichtigsten Pressemitteilungen als Rückblick. Unter den rund 400 (340) Empfängern des Bulletin befinden sich die für Liechtenstein akkreditierten Botschaften und Konsulate, die diese regelmässige Liechtenstein-Information sehr schätzen. Seit Januar 2005 wird das Liechtenstein Pressebulletin auch via Internet-Newsletter verschickt. Von dieser Möglichkeit machen rund 150 Bulletin-Empfänger Gebrauch.

## **Arbeitsbereich Medienbetreuung**

### **Mediengespräche und Medienkonferenzen**

Das Presse- und Informationsamt organisierte im Berichtsjahr 15 (30) Mediengespräche der Regierung und 49 (56) Medienkonferenzen. Die Mediengespräche finden in der Regel jeweils am Tag nach der Regierungssitzung statt und dienen der Information über wichtige Beschlüsse der Regierung und über weitere aktuelle Themen. Die Medienkonferenzen hingegen sind jeweils einem bestimmten Schwerpunktthema gewidmet und werden im Anlassfall durchgeführt.

### **Interviews und Fototermine**

Das Presse- und Informationsamt konnte im Berichtsjahr insgesamt 11 (25) Interviews mit Mitgliedern des Fürstenhauses und der Regierung vermitteln. Bei 53 (55) offiziellen Anlässen wurden den Medien Fototermine angeboten. Zusätzlich hat das Presse- und Informationsamt bei offiziellen Anlässen Fotografen engagiert und die Fotos via Internet zugänglich gemacht.

### **Medienbesuche und -anlässe**

In Kooperation mit dem Liechtensteiner Presseclub (LPC) hat das Presse- und Informationsamt am 8. und 9. September im Vorfeld des «Liechtenstein Dialogue» eine Medien-Reise nach Liechtenstein durchgeführt und am 21. November eine Medienreise nach Bern anlässlich des ersten offiziellen Arbeitsbesuchs von Erbprinz Alois organisiert. Weiters wurde der LPC bei der Durchführung des Medien-Neujahrsempfangs am 5. Januar unterstützt.

Wichtige und herausragende Medienanlässe stellten das Medien-Sommertreffen am 29. Juni und der Medien-Jahresabschluss am 21. Dezember 2005 dar. Diese jährlich

wiederkehrenden Anlässe bieten den teilnehmenden Regierungsmitgliedern Gelegenheit, in ungezwungener Atmosphäre über Schwerpunkte der Regierungsarbeit zu informieren.

## Arbeitsbereich Beobachtung der Liechtenstein-Berichterstattung

### Schwerpunkte der Berichterstattung in ausländischen Medien

Die ausländischen Medien befassten sich im Jahr 2005 u.a. mit folgenden Schwerpunktthemen: Landtagswahl 2005, Ergebnisse der Untersuchungen der Unabhängigen Historikerkommission Liechtenstein Zweiter Weltkrieg und Initiative «Schutz des Lebens».

### Pressespiegel

Im Berichtsjahr wurden 169 (146) tagesaktuelle Pressespiegel erstellt und intern (Landtag und Regierung) verteilt. Der Pressespiegel enthält eine Zusammenstellung der wichtigsten, für Liechtenstein relevanten Meldungen des Tages in der ausländischen Presse.

Die Presseauschnitte werden auf vertraglicher Basis von Medienbeobachtungsfirmen in elektronischer Form geliefert. Die Presseauschnitte werden innerhalb der Landesverwaltung via Intranet zur Verfügung gestellt.

## Arbeitsbereich Landeskanaal

Am Landeskanaal wurden im Berichtsjahr folgende Sendungen ausgestrahlt (in Klammer die Anzahl der Ausstrahlungen): Europäisches Jahr der Erziehung durch Sport (4), Wahlsendung mit Landtagskandidaten (7), Wahlsendung mit Regierungschef-Kandidaten (7), Papstbesuch von 1985 (1) anlässlich des Todes von Papst Johannes Paul II., Staatsfeiertagsansprachen (2). Im Auftrag des Landtagssekretariats wurden die Landtagseröffnung und die Landtagssitzungen als Tonsendungen mit Standbildern live übertragen.

Am 26. November, am «Tag der offenen Tür» im Regierungsviertel, erhielten interessierte Besucherinnen und Besucher einen Einblick in die Arbeitsabläufe beim Landeskanaal.

## Arbeitsbereich Informationsvermittlung

Rund 1 150 (870) Anfragen unterschiedlichster Art, zwei Drittel davon elektronisch, gelangten an das Presse- und Informationsamt. Der Hauptteil der Anfragen wurde direkt beantwortet. Rund ein Drittel der Anfragen wurde durch die Weiterleitung an das fachlich zuständige Amt einer Beantwortung zugeführt. Die meisten Anfragen kamen aus Deutschland, gefolgt von Anfragen aus Liechtenstein, der Schweiz und den USA.

## Arbeitsbereich öffentliche Veranstaltungen

Zu den Hauptaufgaben des Presse- und Informationsamtes gehört die Organisation des Staatsfeiertages. Dieser Grossanlass, der vom Organisationskomitee unter dem Vorsitz der Leiterin des Presse- und Informationsamtes im Zentrum von Vaduz durchgeführt wird, verzeichnet jeweils über 30 000 Besucherinnen und Besucher und stellt somit den grössten Anlass in Liechtenstein dar. Im Berichtsjahr war der Staatsfeiertag von regnerischem und kühlem Wetter geprägt. Erst im Verlaufe des Nachmittags besserte sich das Wetter, so dass das Volksfest im Zentrum von Vaduz mit einem breit gefächerten Angebot an Musik, Unterhaltung und kulinarischen Genüssen wiederum zu begeistern vermochte und der Publikumsandrang im Vergleich zum Vorjahr nur unwesentlich geringer ausfiel. Um die Sicherheit der Fahrgäste der Liechtenstein Busse zu verbessern, wurden die Haltestellen von und nach Schaan und Unterland vom Altenbach in die Herrengasse verlegt.

Die Leiterin des Presse- und Informationsamtes wirkt seit 2004 im Organisationskomitee «200 Jahre Souveränität 1806-2006» mit und hat in diesem Zusammenhang die Projektleitung für den «Tag der Souveränität» am 12. Juli 2006, dem Hauptanlass im Jubiläumsjahr, übernommen. Im Berichtsjahr wurde das Konzept für den «Tag der Souveränität» zur Umsetzungsreife entwickelt.

## Interne Organisation

Anfangs Mai zügelte das Presse- und Informationsamt ins Schädler Haus, da die Büros im Regierungsgebäude für die Mitarbeiter der Regierung benötigt wurden.

---

## Ausländer- und Passamt

---

**Amtsleiter: mag. oec. HSG Hans Peter Walch**

*Eine Analyse des am 31.12.2005 beim Ausländer- und Passamt (APA) verzeichneten Bestands von 21 759 bewilligten oder gemeldeten ausländischen Staatsangehörigen aus 102 Nationen belegt einerseits eindrücklich die Attraktivität des Arbeitsplatzes Liechtenstein und gibt andererseits einen Einblick in die Tätigkeitsbereiche des APA.*

*Beinahe 7000 (6912 am 31.12.2005) österreichische Staatsangehörige kommen als Grenzgänger tagtäglich nach Liechtenstein, Menschen aus weiter entfernten Ländern kommen zu Studienzwecken, im Familiennachzug oder zum Stellenantritt nach Liechtenstein; das APA erteilt an verschiedenste Personen Bewilligungen und Meldebestätigungen von kurzer und längerer Dauer. Insgesamt haben im abgelaufenen Jahr 53 Personen unterschiedlichster Herkunft beim APA ein Asylgesuch gestellt; das APA hat zu untersuchen, ob Gründe für eine Asylgewährung vorliegen*

oder nicht. Das APA organisiert auch zweimal jährlich das aufgrund des EWR-Abkommens festgelegte Auslosungsverfahren.

Ein weitere Aufgabe des APA ist die Ausstellung von Reisepässen, Identitätskarten und anderen Ausweisschriften. Ein eigentliches Projekt mit ansehnlichen Anforderungen bildet die Ausgabe von qualitativ einwandfreien biometrischen Pässen ab Herbst 2006.

Mit der im Berichtsjahr letztmaligen Möglichkeit, eine Saisonier-Bewilligung in eine 5-jährige Aufenthaltsbewilligung umzuwandeln, gehört das Saisonier-Statut endgültig der fremdenrechtlichen Geschichte an. Obwohl die Erteilung von Kurzaufenthaltsbewilligungen an EWR-Staatsangehörige mengenmässig beschränkt bleibt, hat der Arbeitnehmer das Recht, seine Familie sofort nach Liechtenstein mitzubringen und - wohl das wichtigste Recht aus Arbeitnehmersicht - er kann jederzeit den Arbeitsplatz wechseln.

Mit 1. Januar 2005 traten die neuen Regelungen mit der Schweiz bezüglich der künftigen Ausgestaltung des Personenverkehrs in Kraft.

24 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, davon arbeiten 6 in Teilzeit, erledigen die ihnen von der Regierung und vom Landtag übertragenen Aufgaben. Das APA will bewusst auch jungen Menschen eine Ausbildungsmöglichkeit geben: Einen Teil der Lehre zur kaufmännischen Büroangestellten im Rahmen des Ausbildungskonzeptes der Landesverwaltung absolvierte eine Person, dazu kam als Ferienvertretung eine Praktikantin.

## Ausweisschriften

### Liechtensteinische Reisepässe

Im Jahr 2005 wurden 3.141 maschinenlesbare Reisepässe ausgestellt. Die grünen Pässe gehören seit dem 30. April 2005 endgültig der Vergangenheit an. Da diese mit technisch einfachen Mitteln personalisiert werden können, finden sie nur noch vorübergehend Einsatz auf den schweizerischen Vertretungen für Notfälle, d.h. wenn einem liechtensteinischen Staatsangehörigen sein Pass im Ausland abhanden kommt. In solchen Fällen ist das grössere Fälschungsrisiko vertretbar, diese Pässe werden dann auch nur für eine kurze Zeit, üblicherweise für die benötigte Zeit der Heimreise, ausgestellt.

### Schweizer Pässe und Identitätskarten

Seit Januar 2003 werden die Anträge für Schweizer Reisepässe im Ausländer- und Passamt EDV-technisch erfasst. Es kommt neu zu einem Quervergleich der bereits im Computer gespeicherten Daten einer Person und den Daten auf dem Heimatschein. Die beim Ausländer- und Passamt hinterlegten Heimatscheine werden in jedem einzelnen Fall eigens für diesen Zweck ausgehoben. Allfällige Korrekturen werden dadurch unverzüglich im Programm vorgenommen.

Gleichzeitig werden seit Januar 2003 ebenfalls Anträge für Schweizer Identitätskarten beim Ausländer- und Passamt in Liechtenstein entgegengenommen. Bisher mussten diese Anträge bei der Einwohnerkontrolle in Buchs gestellt

werden. Die Bearbeitung der Anträge für die Identitätskarten erfolgt analog derjenigen für die Schweizer Pässe.

### Liechtensteinische Vertretungen im Ausland

Die liechtensteinischen Vertretungen im Ausland - damit sind auch die schweizerischen Botschaften und Konsulate gemeint, die die liechtensteinischen Interessen im Ausland wahrnehmen - verfügen nicht über die notwendige Infrastruktur, um selber Reisepässe auszustellen. Trotzdem wurden im Jahr 2005 in 7 besonders dringenden Fällen Notpässe ausgestellt. Die Regelung, dass im Ausland gestellte Passanträge von Liechtensteinerinnen und Liechtensteinern via Liechtensteinischer Vertretung, Eidgenössischem Departement für Auswärtige Angelegenheiten und via Liechtensteinischer Botschaft, Bern, zum Ausländer- und Passamt gelangen, wird also in den meisten Fällen eingehalten.

### Liechtensteinische Identitätskarten

Die liechtensteinischen Identitätskarten in Kreditkartenformat werden in der Schweiz hergestellt. Zwischen der Antragsstellung des Kunden und der Zustellung der Karten an den Kunden liegen ca. 10 Arbeitstage. Das Ausländer- und Passamt verfügt nicht über die nötige Infrastruktur, um die Karten selbst herzustellen. In 12 besonders dringenden Fällen, in denen die 10-Tages-Frist nicht abgewartet werden konnte, wurden Identitätskarten in Papierform ausgestellt. Diese durch das Heimatschriftengesetz ermöglichte Praxis muss aufgrund der verschärften Sicherheitsbestimmungen bei Ausweispapieren künftig aufgegeben werden.

### Einige Zahlen im Vergleich

Ausgestellte...	2002	2003	2004	2005
FL Reisepässe, inkl. Verlängerungen im Jahr	3 888	3 590	6 637	3 141
Kindereinträge in FL Reisepässe	983	802	701	498
Dienstpässe	6	7	14	4
Diplomatenpässe, inkl. Verlängerungen im Jahr	13	7	15	36
Identitätskarten	2 588	2 377	2 335	2 449
Staatsbürgerschaftsnachweise	184	192	227	208
Reiseausweise für anerkannte Flüchtlinge, inkl. Verlängerungen	20	20	6	21
Kostenpflichtige Ausflugscheine für den Kleinen Grenzverkehr FL - A und FL - D, ausgestellt durch das APA	18	52	14	36
kostenlose Ausflugscheine für den Kleinen Grenzverkehr FL - A und FL - D, ausgestellt durch das APA für Schulen- und Altersausflüge	88	82	70	53
Ausflugscheine für den Kleinen Grenz- verkehr FL -A und FL-D, ausgestellt durch die Grenzwachtposten	1 883	1 900	1 866	1 630
Bearbeitete Anträge für Schweizer Pässe und Identitätskarten	540	919	918	1 122

## Bewilligungen

Auf das Berichtsjahr hin wurde die neue Personenverkehrsverordnung (PVO) eingeführt. Damit verbunden waren Schulungen der Sachbearbeiter, die Anpassung von Formularen, Checklisten und des Internetauftrittes. Zugleich mussten die zentrale Personenverwaltung (ZPV) angepasst und fehlende Daten nachträglich erfasst werden.

Die Umsetzung der neuen PVO war arbeitsintensiv. Insgesamt waren vier Mitarbeiter während drei Monaten mit der Umsetzung und den sich daraus ergebenden Anpassungen beschäftigt. Für die Erledigung des Tagesgeschäftes standen nur noch acht Mitarbeiter zur Verfügung.

Die neue PVO beinhaltet nun auch die Integration von Ausländern. Dabei ist es das Ziel der Integration, dass die liechtensteinische und ausländische Wohnbevölkerung - auf der Basis gemeinsamer Grundwerte und der rechtsstaatlichen Ordnung - in gegenseitiger Achtung und Toleranz zusammen lebt. Eine grundlegende Voraussetzung hierfür ist es, dass sich die ausländischen Staatsangehörigen mit den gesellschaftlichen Verhältnissen in Liechtenstein auseinandersetzen und über ausreichende Sprachkenntnisse verfügen. Im Berichtsjahr wurde ein Projekt in die Wege geleitet, welches die Förderung der Integration in das wirtschaftliche, kulturelle und gesellschaftliche Leben von auf Dauer in Liechtenstein lebenden ausländischen Staatsangehörigen zum Ziel hat.

Im Berichtsjahr wurde auch das Projekt «Neuer Aufenthaltswaiver» gestartet. Der derzeitige Ausländerausweis soll durch einen neuen modernen Aufenthaltswaiver im Kreditkartenformat ersetzt werden. Es gibt mehrere Gründe, welche für die Schaffung eines neuen Aufenthaltswaiveres sprechen. Der derzeitige Ausweis ist in Sachen Fälschungssicherheit veraltet, hat ein unhandliches Format und die Beschriftung verklebt mit den Kunststoffhüllen. Der neue Aufenthaltswaiver wird die Anforderungen an einen modernen Ausweis erfüllen. Die Einführung des neuen Auswaiveres soll spätestens im Frühjahr 2007 erfolgen.

### Auslosung

Im Berichtsjahr fanden wiederum zwei Auslosungsrunden von Aufenthaltswaiverilligungen für EWR-Staatsangehörige statt. In beiden Ziehungen haben jeweils rund 220 Personen teilgenommen. Insgesamt hatten 38 EWR-Bürger das Glück, über die Auslosung eine Aufenthaltswaiverilligung für das Fürstentum Liechtenstein zu erlangen. Liechtenstein kommt mit den Auslosungen und der damit verbundenen Erteilung von Aufenthaltswaiverilligungen seinen EWR-rechtlichen Verpflichtungen im Sinne der ausgehandelten Sonderlösung, welche im Beschluss Nr. 191/1999 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses festgelegt wurde, nach.

### Verschiedene Bewilligungsarten im Vergleich zu den letzten Jahren

Nachfolgend wird die Entwicklung einiger Bewilligungen aufgezeigt. Die angegebenen Zahlen können von den in früheren Jahresberichten aufgeführten Zahlen abweichen. Dies deshalb, weil sich die Zahlen durch nachträgliche Korrekturen verändern können. Dies geschieht beispielsweise durch rückwirkende An- und Abmeldungen oder durch Bewilligungserteilungen, welche zum Zeitpunkt der Auswertung noch hängig waren.

### Unselbständige Grenzgänger (Grenzgänger meldebestätigungen, Grenzgänger bewilligungen, Nebenbewilligungen, Bewilligungen in Briefform)

Der Grenzgänger-Stand per 31.12.2005 belief sich auf 9.564 Personen. Per 31.12.2004 waren 8.939 Grenzgänger bzw. Grenzgängerinnen in Liechtenstein tätig. Trotz der Tatsache, dass im Jahr 2005 die neuen Grenzgänger meldungen um 471 Meldungen zurück gingen, ist im Vergleich zum Vorjahr ein Anstieg von Grenzgängern und Grenzgängerinnen um 7% zu verzeichnen. Der Grund hierfür liegt darin, dass ca. 75 % der Grenzgänger meldungen auf unbefristete Zeit bestätigt werden. Nur ein unwesentlicher Teil dieser Bewilligungen bzw. Bestätigungen sind durch Auflösung der Arbeitsverhältnisse seit der Ausstellung wieder erloschen bzw. ungültig geworden. Ebenso bleiben bei EWR-Grenzgängern die Grenzgänger meldebestätigung gültig, wenn das Arbeitsverhältnis endet und binnen fünf Wochen ein neues Arbeitsverhältnis in Liechtenstein eingegangen wird. Daher kann davon ausgegangen werden, dass auch in den nächsten Jahren Rückgänge bei den neu erteilten Meldebestätigungen zu verzeichnen sein werden.

Da sich schweizerische GrenzgängerInnen beim APA nicht zu melden haben, wird deren Bestand aufgrund der Meldungen beim liechtensteinischen Unternehmungsregister (LUR) beim Amt für Volkswirtschaft im Nachhinein eruiert. Die provisorische Anzahl per 31. 12. 2005 beträgt 4867 Personen.

Bestand GrenzgängerInnen in Liechtenstein (ohne Schweizer Staatsangehörige, mit Wohnsitz in der Schweiz und unselbständiger Tätigkeit in Liechtenstein)

per	Anzahl
31.12.2005	9 564
31.12.2004	8 939
31.12.2003	8 620
31.12.2002	7 958

Neue bestätigte bzw. bewilligte Grenzgängertätigkeiten pro Jahr

Jahr	Anzahl
2005	4 238
2004	4 709
2003	4 189
2002	4 380

### Selbständige Grenzgänger (Grenzüberschreitende Dienstleistungserbringung, Dauernde grenzüberschreitende Geschäftstätigkeit)

Gegenüber den Vorjahren wurden im Jahr 2005 im Bereich der grenzüberschreitenden Dienstleistungen wesentlich mehr Meldungen erstattet bzw. Gesuche gestellt. Die Anzahl der Bestätigungen nahm um 323% zu. Die Anzahl der Bewilligungen hingegen nahm um 85% ab. Der extreme Anstieg der Bestätigungen erfolgte, da die Dienstleistungserbringer nun auch die Möglichkeit haben, anstelle einer Bewilligung eine Bestätigung über eine längere Dauer zu erhalten. Dies ist allerdings nur möglich, wenn keine Übernachtungen in Liechtenstein erfolgen. Diese Möglichkeit besteht seit Einführung der neuen PVO.

Auch die dauernde grenzüberschreitende Geschäftstätigkeit nahm im Jahr 2005 erneut zu. Im Rahmen dieser Bestätigung ist es EWR-Grenzgängern möglich, in Liechtenstein Einzelunternehmen zu eröffnen und auf diese Art und Weise kontinuierlich am Geschäftsleben Liechtensteins teilzunehmen. 2004 waren 128 Personen im Rahmen dieser Bewilligung in Liechtenstein tätig, 2005 bereits 162. Dies bedeutet einen Anstieg um ca. 26,5 %.

Neue grenzüberschreitende Dienstleistungserbringungen (Bestätigungen und Bewilligungen) pro Jahr

Jahr	Anzahl Bestätigungen	Anzahl Bewilligungen	Total
2005	936	66	1 002
2004	290	430	720
2003	496	209	705
2002	117	230	347

Bestand von Personen, die mittels einer Bewilligung bzw. Bestätigung grenzüberschreitend und dauernd am Wirtschaftsleben Liechtensteins teilnehmen

per	Anzahl
31.12.2005	162
31.12.2004	128
31.12.2003	106
31.12.2002	76

### Saisonbewilligungen

Diese Berichtsspalte wird zum letzten Mal geführt. In Übereinstimmung mit den in der Personenverkehrsverordnung festgelegten Übergangsbestimmungen für EWR-Staatsangehörige bezüglich der Umwandlung aller Saison- in Aufenthaltsbewilligungen, wurden die Saisonbewilligungen über die letzten Jahre kontinuierlich abgebaut und im Jahr 2005, in welchem die Übergangsfrist endete, vollständig abgeschafft. Parallel zur Umwandlung der Saisonbewilligungen für EWR-Angehörige erfolgte auch die Umwandlung der Saisonbewilligungen für Schweizer Staatsangehörige und Angehörige eines Drittstaates. Die Umwandlung dieser Saisonbewilligungen war ebenfalls bis ins Jahr 2005 möglich.

Neu erteilte Saisonbewilligungen (inkl. Familiennachzug)	Umgewandelte Saisonbewilligungen in Jahresaufenthaltsbewilligungen (ohne Familiennachzug)
--	--

Jahr	Anzahl	Anzahl
2005	15	11
2004	73	34
2003	119	28
2002	236	57

Im Jahr 2006 werden also keine neuen Saisonbewilligungen mehr erteilt und auch keine mehr umgewandelt werden.

### Kurzaufenthalter

Die Zahl der neu erteilten Kurzaufenthaltsbewilligungen verringerte sich im Jahr 2005 gegenüber dem Vorjahr nur leicht. Während die an EWR-Staatsangehörige erteilten Kurzaufenthaltsbewilligungen in den letzten Jahren kontinuierlich abnahmen ist bei Angehörigen eines Drittstaates ein anhaltender Anstieg zu verzeichnen.

### Bestand L-Bewilligungen

	EU/EWR	CH	Drittstaaten	Total
2005	311	36	580	927
2004	380	26	522	928
2003	580	36	514	1 130
2002	707	30	462	1 199
2001	764	20	484	1 268

Aufgrund einer Abänderung der Personenverkehrsverordnung Mitte 2003 verlor die Kurzaufenthaltsbewilligung sowohl für ArbeitgeberInnen als auch für ArbeitnehmerInnen an Attraktivität. Diese weichen auf andere Bewilligungsarten oder Meldebestätigungen aus.

### Aufenthaltsbewilligungen

Im Berichtsjahr wurden 496 Aufenthaltsbewilligungen erteilt. Der grösste Teil davon macht der Familiennachzug aus, 127 Aufenthaltsbewilligungen wurden zum Stellenantritt, 28 zur erwerbslosen Wohnsitznahme in Liechtenstein erteilt. Aufgrund der bilateralen Verträge mit der Schweiz und dem EWR werden nur noch in sehr wenigen Fällen Aufenthaltsbewilligungen zur Erwerbstätigkeit an Angehörige eines Drittstaates - das sind Staaten, mit denen Liechtenstein keine Abmachungen bezüglich des Personenverkehrs kennt - erteilt.

**Erteilte B-Bewilligungen nach Grund und Herkunft**

	CH	EWR	Dritt	Total
Stellenantritt (Vergabe, Ersatzanstellung, Auslosung)	17	106	4	127
Familiennachzug (inkl. Lebenspartner)	82	160	99	341
erwerbslose Wohnsitznahme	11	16	0	28
<b>Total</b>	<b>110</b>	<b>282</b>	<b>104</b>	<b>496</b>

**Bestand an B-Bewilligungen**

per	Anzahl
31.12.2005	4 420
31.12.2004	4 409
31.12.2003	4 284
31.12.2002	4 014

**Niedergelassene**

Aus fremdenpolizeilicher Sicht bietet die Niederlassungsbewilligung, verglichen mit der Aufenthaltsbewilligung, im Falle des Beibehalts der Bewilligung sowie von aufenthaltsbeendenden Massnahmen Vorteile. Im privat- und gewerberechtlichen Bereich hingegen hat die Niederlassungsbewilligung für EWR- und Schweizer Staatsangehörige sehr an Attraktivität eingebüsst. Die Niederlassungsbewilligung stellt heute beispielsweise für diese Personengruppen keine Voraussetzung mehr für die Aufnahme einer selbständigen Erwerbstätigkeit oder etwa einen Eigentumserwerb dar. Der Wunsch, eine Niederlassungsbewilligung zu erhalten, hat daher bei EWR- sowie Schweizer Staatsangehörigen stark nachgelassen. Zudem wirken sich die Einbürgerungen, vor allem jene ausländischer Ehepartner und -partnerinnen von Liechtensteinern und Liechtensteinerinnen, direkt auf die Anzahl der Niederlassungsbewilligungen aus. Die Frist für den Erhalt der Liechtensteinischen Staatsbürgerschaft und diejenige für den Erhalt der Niederlassungsbewilligung weicht in diesen Fällen nur geringfügig voneinander ab. Der Antrag auf die Niederlassungsbewilligung bleibt deshalb öfters aus.

**Bestand C-Bewilligungen**

	EU/EWR	CH	Drittstaaten	Total
2005	3 122	2 726	1 397	7 245
2004	3 141	2 785	1 304	7 230
2003	3 114	2 719	1 233	7 066
2002	3 176	2 750	1 350	7 276

Sowohl Einbürgerungen als auch Abmeldungen von AusländerInnen beeinflussen die Anzahl der Niederlassungsbewilligungen direkt.

**Recht, administrative Massnahmen und internationaler Personenverkehr****Personenverkehr Schweiz - Liechtenstein**

Per 01. Januar 2005 trat der entsprechende Notenaustausch (LGBl. 2004 Nr. 311) mit der Schweiz in Kraft. Der bisherige Notenaustausch aus dem Jahr 1981 wurde formell aufgehoben, ebenso Artikel 3 der schweizerisch-liechtensteinischen Vereinbarung vom 06.11.1963 (LGBl. 1963 Nr. 38) über die damals gültige Freizügigkeit für beiderseitige Staatsangehörige. Der Personenverkehr erstreckt sich nun im Rahmen des Notenaustausches auch auf den Dienstleistungsverkehr in allen Bereichen. Der Zuzug nach Liechtenstein ist zahlenmässig begrenzt, jener in die Schweiz richtet sich nach dem Freizügigkeitsabkommen der Schweiz mit der EU.

**Personenverkehrsverordnung (PVO, LGBl. 2004 Nr. 253)**

Am 01.01.2005 ist die neue Personenverkehrsverordnung (PVO) in Kraft getreten. Diese Verordnung erfuhr im Jahr 2005 keine formelle Anpassung. Die Übergangsfristen für die zehn neuen EWR-Mitgliedstaaten beziehen sich auf den inländischen Arbeitsmarkt für unselbständig Erwerbstätige (Inländervorrang). Sie sind noch bis zum 30.04.2006 gültig.

**Kontrolltätigkeiten und Vollzug**

Der Aussendienst der Abteilung Recht bearbeitete 816 individuelle Abklärungen. Es ging um Ausreisekontrollen, amtliche Zustellungen, Anhörungen wegen Verdachts der Beschäftigung von Personen ohne Bewilligung, Baustellenkontrollen, Kontrollen zur Verhinderung der Wohnsitznahme im Inland ohne die erforderliche gültige Bewilligung für das Land und um Kontrollen der Lohn- und Arbeitsbedingungen in unterschiedlichen Wirtschaftszweigen. Der Aussendienst unterstützt die Abteilung zudem mit Anhörungen.

Die Abteilung verarbeitete 359 dem APA von der Landespolizei oder den Strafgerichten gemeldete Verfahren (Strafanzeigen oder strafgerichtliche Verurteilungen) wegen eines Verbrechens oder Vergehens:

- 82 Personen mit Wohnsitz im Inland mussten infolge strafgerichtlicher Verurteilung wegen eines Verbrechens oder Vergehens verwarnt (ermahnt) werden.
- 39 Verfahren von Personen mit Wohnsitz im Inland sind noch bei der Staatsanwaltschaft pendent.
- 16 Personen mit Wohnsitz im Ausland wurden zufolge einer strafgerichtlichen Verurteilung im Inland durch die zuständige Behörde in der Schweiz verwarnt.
- 51 Personen mit Wohnsitz im Ausland wurden zur Gewährleistung der inneren Ordnung und Sicherheit mit einer befristeten oder unbefristeten Einreisesperre für die Schweiz und Liechtenstein belegt.
- 171 inländische Strafverfahren wurden den zuständigen kantonalen Einwohnerdiensten und/oder der zuständigen Behörde in der Schweiz aufgrund der Abkommen über die Zusammenarbeit mit der Schweiz gemeldet.

### **Ordnungsbussen, Verwaltungsstrafbote und Exekutionsverfahren**

Die Abteilung verhängte 272 Ordnungsbussen wegen Missachtungen der Meldevorschriften für Grenzgänger oder infolge von Unterlassungen anderer Meldepflichten (Adressänderungen, Verlängerung der Bewilligung) nach den Vorschriften der PVO. Es wurden 82 Exekutionsverfahren wegen fälliger und unbezahlter Gebührenrechnungen durchgeführt.

### **Verwaltungsverfahren wegen Widerrufs oder Nichtverlängerung der Aufenthaltsbewilligung sowie wegen Ausweisung**

Der Abteilung Recht oblag die Durchführung von insgesamt 42 Verfahren im ordentlichen und weiteren 19 im vereinfachten Verfahren als erste Instanz. Ausserdem wurden 10 Verwaltungsverfahren betreffend Auslosungen von Aufenthaltsbewilligungen durchgeführt. In fast allen Verfahren wurden die Rechtsmittel an den Verwaltungsgerichtshof (VGH) ergriffen. Es mussten entsprechend viele Stellungnahmen des Amtes gegen die Beschwerden abgefasst werden. Die Anzahl der Verfahren mit beantragter Verfahrenshilfe im vollen Umfang war im Vergleich zum Vorjahr etwa halb so gross und belief sich auf fünf. Vermehrt wird nun seitens des APA versucht, die Kosten für den Beizug eines amtlichen Übersetzers der Partei zu übertragen, in der Überzeugung, dass über zwei Jahre im Inland lebende Einwohner dieses Landes ausreichende Kenntnis der Amtssprache besitzen sollten.

### **Einsatz in verschiedenen Gremien im In- und Ausland**

Auch im Jahr 2005 wurden Treffen im Bereich Personenverkehr besucht. Es handelte sich dabei um eine Sitzung der Arbeitsgruppe «Arbeitnehmerfreizügigkeit und Beschäftigung» sowie zwei Sitzungen des «Technischen Komitees» in Brüssel. Letztere Sitzungsteilnahme beschäftigte sich insbesondere mit der Erstellung eines Leitfadens zur praktischen Umsetzung der Übergangsvorschriften im Rahmen der EU-Osterweiterung. Die erstgenannte Arbeitsgruppe ist zusammen mit der Arbeitsgruppe «Soziale Sicherheit» und «Gegenseitige Anerkennung von Diplomen» dem Subkomitee III, Personenverkehr, zugeordnet. Schwerpunktmässig wurde dort die, allenfalls mit Anpassungen, ins EWR-Abkommen zu übernehmende Richtlinie 2004/38/EG vom 29. April 2004 über das Recht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten, bearbeitet und diskutiert.

Im Weiteren erfolgte eine Teilnahme an der Sitzung des CDMG (= Europäisches Komitee für Wanderarbeitnehmer), welches dem Europarat zugeordnet ist.

6 Sitzungen hatten den Kampf gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit in Liechtenstein zum Gegenstand. Die Arbeitsgruppe gleichen Namens wurde von der Regierung eingerichtet. Glücklicherweise muss bezüglich dieser Phänomene im Wesentlichen nur Präventionsarbeit geleistet werden.

An einer Sitzung besprach man sich mit Frau Dr. Helga Konrad, OSZE-Sonderbeauftragte für Menschenhandel, zu eben diesem Thema. Auf der Seite des APA und anderer Ämter ist das Problembewusstsein vorhanden, über offensichtliche Fälle von Menschenhandel musste nicht berichtet werden.

Eine zeitlich befristete Aufgabe nimmt der Amtsleiter als Vorsitzender der Subkomitees II (Freier Dienstleistungs- und Kapitalverkehr), III (Freier Personenverkehr) und IV (flankierende und horizontale Massnahmen) seit Beginn 2005 wahr. Damit hat Liechtenstein wieder einmal den Vorsitz in einem wichtigen Gremium des EWR, wo es im Wesentlichen um die inhaltlich und zeitlich korrekte Übernahme der Rechtsakte gemäss EWR-Abkommen durch die drei EFTA-Staaten Norwegen, Island und Liechtenstein geht.

Das APA nimmt auch intensiv an den Vorbereitungen der Verhandlungen zu einem allfälligen Beitritt Liechtensteins am Schengen/Dublin-Acquis teil. Dabei wurde im Vorfeld der formellen Verhandlungen versucht abzuklären, welche Vor- und Nachteile bzw. Rechte und Pflichten sich für Liechtenstein aus einer Teilnahme ergäben. In die Zuständigkeit des APA fallen insbesondere der Dublin-Acquis, d.h. die Frage nach dem zuständigen Land für die Durchführung eines Asylverfahrens, die Eurodac-Datenbank, das dublinet, sowie Teile des Schengen-Acquis, wie die Erteilung von Visa und die Grenzkontrollen.

### **Revision des Heimatschriftengesetzes**

Aufgrund der nötigen Einführung des Reisepasses mit biometrischen Merkmalen im Jahr 2006 mussten die nötigen rechtlichen sowie praktischen Vorkehrungen für eine Anpassung des Heimatschriftengesetzes, worin der Reisepass geregelt ist, getroffen werden. Bei dieser Gelegenheit wurden auch einige andere Punkte, welche v. a. den Reisepass betreffen, angepasst.

### **Asyl und Flüchtlinge**

#### **Rückgang der Asylgesuche hält an**

Im Jahre 2005 haben 53 Personen in Liechtenstein um Asyl angesucht, dies entspricht einem Rückgang von 21 Gesuchen (- 28.62 %) gegenüber 2004. Der Bestand der Personen im Asylbereich hat um 8 Personen (- 11.76 %) auf 60 abgenommen. Die Regierung hat im Dezember 2005 34 Personen per 1.1.2006 eine Jahresaufenthaltsbewilligung aus humanitären Gründen erteilt. Es handelt sich dabei um Personen, welche sich mehr als 5 Jahre im Asylbereich aufgehalten haben. Eine mögliche Rückkehr dieser Personen in ihren Heimatstaat musste aufgrund der weiteren Verfahrensdauer und dem Grad der Integration als nicht realisierbar erachtet werden. Auf Jahresanfang 2006 reduziert sich der Bestand damit auf 26 Personen.

Gesuchszahlen im Vergleich mit anderen westeuropäischen Ländern:

Schweiz	- 29.4 %
Österreich	- 11.5 %
Dänemark	- 29.4 %
Deutschland	- 23.6 %
Frankreich	- 8.3 %
Schweden	- 26.3 %
Belgien	+ 5.7 %
Niederlande	+ 38.7 %

(Anmerkung: Zahlen für EU-Mitgliedsstaaten gelten für den Zeitraum 1.1.2005 - 30.11.2005)

**Weiterhin Zunahme abgewiesener Asylbewerber aus EU-Staaten**

Erfolgt die Abgänge in den vergangenen Jahren mehrheitlich durch freiwillige und kontrollierte Ausreisen bzw. durch Untertauchen der Asylsuchenden, konnten im Jahre 2005 knapp die Hälfte der Abgänge durch Rückübernahmen nach Deutschland, Österreich und die Schweiz realisiert werden. Dies bestätigt die Feststellung vom vergangenen Jahr, dass in der EU abgewiesene Asylbewerber vermehrt versuchen, in Liechtenstein Asyl zu erlangen.

**Asylgesuche aus Afrika nehmen stark zu**

Die 2005 registrierten Gesuchsteller stammten aus 18 verschiedenen Staaten (2004: 17). Gesuchsteller aus Russland und den übrigen GUS-Staaten bilden weiterhin die Mehrheit (total 21 Gesuche), gefolgt von Gesuchstellern aus Afrika (13 Gesuche). Die meisten Asylgesuche wurden 2005 von Personen aus Somalia gestellt (11 Gesuche). Obwohl klar ist, dass ausnahmslos alle Gesuchsteller aus der EU nach Liechtenstein eingereist sind, ist eine Rückführung praktisch unmöglich. Diese Personen verfügen über gute Kenntnisse der Asylverfahren und verweigern meist jegliche Mitarbeit mit den Behörden.

**Renovation Aufnahmezentrum**

Im Hinblick auf den geplanten Neubau des Sicherheitszentrums wurden im Aufnahmezentrum in den vergangenen Jahren nur die absolut dringendsten Reparaturarbeiten ausgeführt. Ende 2005 wurde mit den notwendigen Sanierungsarbeiten begonnen. Diverse bauliche Massnahmen sind aufgrund geänderter Anforderungen bezüglich Sicherheit und feuerpolizeilicher Vorschriften notwendig.

Innerhalb von wenigen Jahren hat ein vollständiger Paradigmenwechsel statt gefunden. Praktisch ausnahmslos werden heute Asylgesuche nicht von Flüchtlingen gemäss Genfer Konvention gestellt, sondern von Menschen, welche auf der Suche nach Arbeit sind.

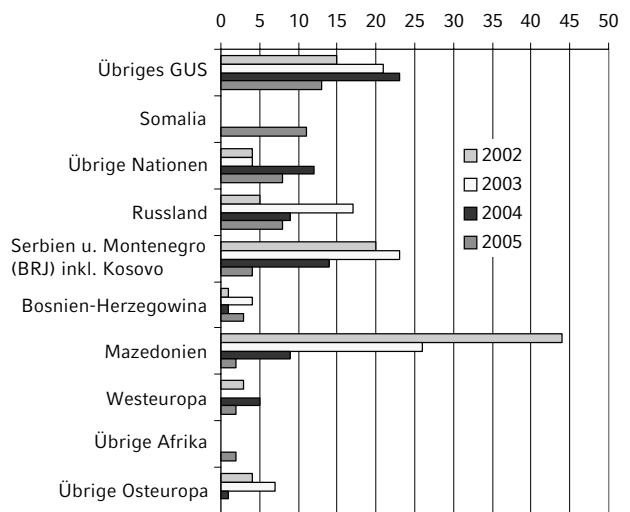
**Wiederaufbauhilfe**

Die Wiederaufbauhilfe konzentrierte sich weiterhin auf Bosnien-Herzegowina und den Kosovo. Die Schwerpunkte

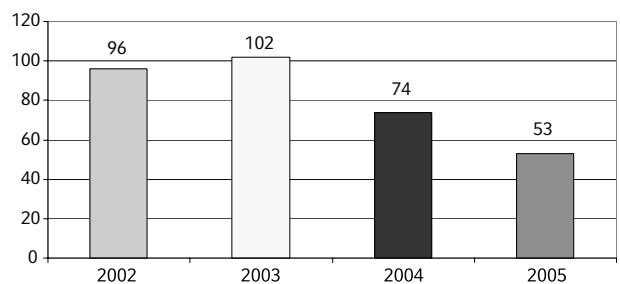
lagen wiederum in den Bereichen Grund- und Berufsausbildung, Schulbau und medizinische Versorgung. Minderheitenprojekte haben weiterhin eine hohe Priorität.

Die wichtigsten Projekte in Bosnien-Herzegowina waren Beiträge zum Wiederaufbau (Wohnraum für Rückkehrer), ein Förderprojekt für Hochschulen und die Krankenbetreuung im Raum Banja Luka. Im Kosovo bildeten Beiträge an ein Minderheitenprojekt, die Berufsfachschule Gjakova und ein Landwirtschaftsprogramm die Schwerpunkte.

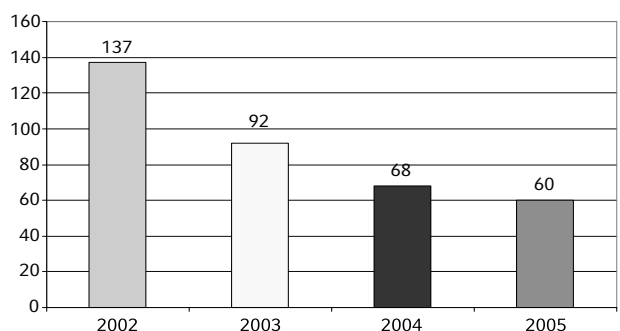
**Asylgesuche nach Herkunftsstaaten**



**Asylgesuche in absoluten Zahlen**

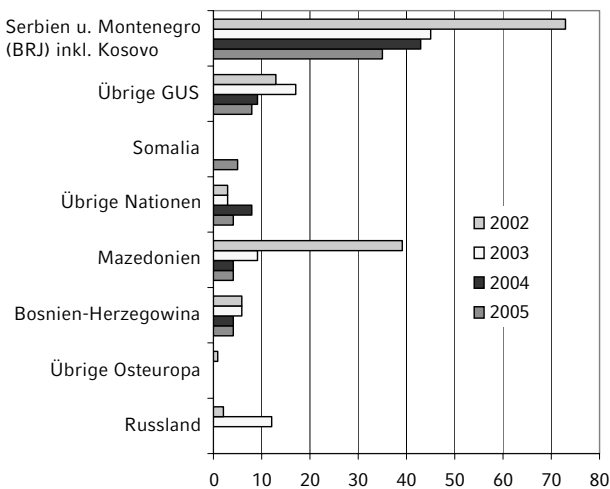


**Bestand in absoluten Zahlen**

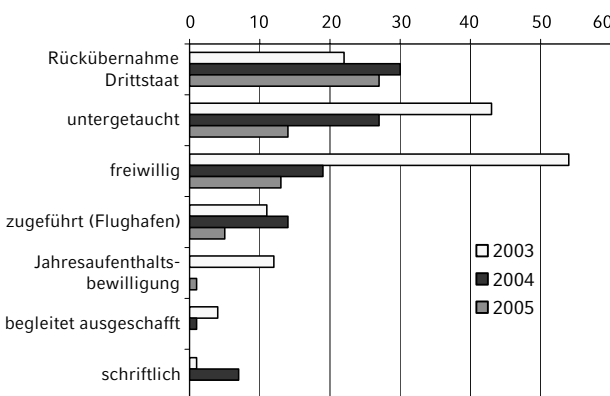




**Bestand nach Herkunftsstaaten**



**Abgänge nach Art (Detailzahlen erst ab 2003 verfügbar)**



**STABSSTELLEN**

**Regierungskanzlei**

**Stabsstellenleiter: lic. ès sc. pol. Norbert Hemmerle**

Im Berichtsjahr bildeten vor allem die politischen Volksrechte, aber auch der «Liechtenstein Dialog» Arbeitsschwerpunkte. Im Bereich der politischen Volksrechte wurde die Landtagswahl 2005 durchgeführt, wobei die Stimmberechtigten erstmals vom uneingeschränkten Briefwahlrecht profitieren konnten. Zudem wurde im November die Volksabstimmung über die Initiative «Für das Leben» und den Gegenvorschlag des Landtags durchgeführt. Die Führung der Geschäfte der Regierungskanzlei erfolgte selbständig durch den stellvertretenden Leiter, René Schierscher, unter der Aufsicht des Regierungssekretärs.

**Tagesgeschäfte**

Die Beratungen und Hilfeleistungen, die von allen Mitarbeitern der Regierungskanzlei, der Telefonzentrale

und der Registratur geleistet werden, können nicht oder nur schwer statistisch erfasst werden, sind aber ein sehr wichtiger Teil der täglichen Arbeit. Sie sind in den folgenden Ausführungen deshalb nicht enthalten.

**Drucksachen**

Die Regierungskanzlei koordiniert die Publikation des Rechenschaftsberichtes und des Staatskalenders:

- Der Rechenschaftsbericht 2004 wurde Anfang Mai 2005 fertig gestellt.
- Der Staatskalender wurde im Juli 2005 publiziert. Der Staatskalender wird auch im Internet in einer regelmässig aktualisierten Fassung als PDF-Download zur Verfügung gestellt. Auf der Internet-Seite [www.rk.llv.li](http://www.rk.llv.li) ist der Staatskalender das am häufigsten abgerufene Dokument.

Versand im Abonnement	2004	2005
(Anzahl Abonnenten per 31.12.2005)		
- LGBl.	316	275
- chronologische Sammlung (gebunden)	143	105
- Systematische Sammlung der liechtensteinischen Rechtsvorschriften (LR)	112	117
- EWR-Register	83	75
- Rechenschaftsberichte	215	222

In der Auflistung nicht erfasst sind alle Drucksachen, welche am Schalter bezogen oder telefonisch bestellt und verschickt wurden. Darunter fallen vor allem Landesgesetzblätter, Berichte und Anträge der Regierung an den Landtag, Vernehmlassungen, Publikationen der Regierung wie Staatskalender, Rechenschaftsberichte, EWR-Register, LR sowie diverse Antragsformulare, Listen und Verzeichnisse.

Beglaubigungen	2004	2005
- Apostillen	10 762	11 311
- Superbeglaubigungen	823	737
- Beglaubigungen Total	11 585	12 048

Bewilligungen	2004	2005
<i>Bewilligungen für das Offenhalten von Geschäften an Sonn- und Feiertagen</i>		
- Einzelbewilligungen	30	27
- Halbjahresbewilligungen	7	6
- Jahresbewilligungen	20	25
<i>Aufführungsbewilligungen</i>		
- Konzerte, Unterhaltungsanlässe, Sportveranstaltungen, Ausstellungen	69	91
- Tanzshows in Dancings (Monatsbewilligungen)	83	83
Lottomatches	148	102
Hausierbewilligungen	3	7
- Konzessionen für den Kleinhandel mit nicht gebrannten alkoholischen Getränken	53	52

Bewilligungen	2004	2005
- Konzessionen für den Kleinhandel mit gebrannten alkoholischen Getränken	45	45
<i>Wappengesetz</i>		
- Schriftliche Anfragen, Auskünfte, Ablehnungen	14	15
- Erteilte Bewilligungen	7	5

Im Berichtsjahr wurden drei neue Bewilligungen nach dem Gesetz über die Zulassung von Dolmetschern und Übersetzern vor liechtensteinischen Gerichten und Verwaltungsbehörden erteilt. Auf der von der Regierungskanzlei geführten und im Internet unter [www.rk.llv.li](http://www.rk.llv.li) publizierten Liste waren per 31. 12. 2005 somit elf Personen geführt, welche die Sprachen Englisch, Französisch, Italienisch, Russisch, Weissrussisch und Ukrainisch abdecken.

Rechtshilfe in Zivilsachen	2004	2005
- Weiterleitung an FL-Botschaft bzw. an ausländische Behörden	34	66
- Zustellungen	134	92
davon Amtshilfe	8	3

### Anerkennung ausländischer Zivilstandsereignisse

Im Ausland eingetretene Zivilstandsereignisse (Eheschliessung, Ehescheidung, Adoption, Vaterschaftsanerkennung) werden von der Regierungskanzlei anerkannt. Es handelt sich dabei um etwa 80 Ereignisse pro Jahr. Die genauen Zahlen können dem Bericht des Zivilstandsamtes entnommen werden.

## Politische Volksrechte

### Wahlen und Abstimmungen

Im Berichtsjahr wurden folgende Wahlen und Abstimmungen durchgeführt:

- Am 11. und 13. März 2005 die Landtagswahl 2005.
- Am 25. und 27. November 2005 die Volksabstimmung über das Initiativbegehren «Für das Leben» und über den Gegenvorschlag des Landtags zur Abänderung der Landesverfassung. Das Initiativbegehren «Für das Leben» wurde von der absoluten Mehrheit der gültig Stimmenden des ganzen Landes verworfen. Der Gegenvorschlag des Landtags wurde von der absoluten Mehrheit der gültig Stimmenden des ganzen Landes angenommen.

### Briefwahl

Bei der Landtagswahl 2005 hatten erstmals alle Stimmberechtigten die Möglichkeit, ihre Stimme brieflich abzugeben. Zuvor war für die briefliche Stimmabgabe ein schriftliches Gesuch notwendig. Die Stimmberechtigten erhielten alle für die briefliche Stimmabgabe notwendigen Unterlagen mit dem Versand des amtlichen Wahlmaterials zugestellt, inkl. das eigens für die Briefwahl geschaffene Zustellkuvert.

Die briefliche Stimmabgabe wurde von den Stimmberechtigten sehr positiv aufgenommen und hat die Erwartungen übertroffen. Anlässlich der Landtagswahl 2005 wurden 48.9% der Stimmen brieflich abgegeben, bei der Volksabstimmung vom November 2005 betrug der Anteil 56.5%.

### Elektronische Zählhilfe für die Wahlkommissionen

Anlässlich der Landtagswahl 2005 wurde ein EDV-Programm zur Unterstützung der Zählarbeiten in den Wahlkommissionen erstmals landesweit eingeführt, nachdem die mit diesem Programm gemachten Erfahrungen bei den Gemeindewahlen 2003 sehr positiv waren. Dabei konnte die Sicherheit erhöht werden; gleichzeitig konnten bedeutende Zeitersparnisse bei der Zählarbeit erreicht werden.

Die elektronische Erfassung der Stimmzettel erlaubt auch eine genauere Wahlanalyse. Die entsprechenden Dokumente sind im Internet unter [www.rk.llv.li](http://www.rk.llv.li) abrufbar.

## Diverses

### Liechtenstein Dialog

Am 27. und 28. Oktober 2005 wurde zum zweiten Mal der «Liechtenstein Dialogue on the Future of Financial Markets» durchgeführt, an dessen Organisation auch die Regierungskanzlei massgeblich beteiligt war. Entsprechend intensiv konzentrierten sich die Aufgaben für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Frühherbst des Berichtsjahres rund um diese Konferenz. Die Regierungskanzlei war im Steering Committee vertreten und war verantwortlich für Logistik, Teilnehmeradministration und Kommunikationsberatung.

### Mobilitätsmanagement

Der stellvertretende Leiter der Regierungskanzlei vertritt die Regierung in der Arbeitsgruppe «Pendelverkehr» der LIHK, welche anlässlich der europäischen Woche der Mobilität unter anderem die 12-Stunden Reportage zum Mobilitätsmanagement in liechtensteinischen Betrieben organisierte.

Er war zudem Vorsitzender einer internen Arbeitsgruppe, welche von der Regierung mit der Ausarbeitung eines Konzeptes zur Einführung des betrieblichen Mobilitätsmanagements in der Landesverwaltung beauftragt wurde. Der Schlussbericht wurde im Berichtsjahr von der Regierung zur Kenntnis genommen. Die Regierung hat dabei der Einführung des betrieblichen Mobilitätsmanagements für die Landesverwaltung grundsätzlich zugestimmt.

### Beratungs- und Beschwerdestelle

Die Beratungs- und Beschwerdestelle ist Anlauf- und Auskunftsstelle für rat- und hilfeschuchende Personen. Sie übernimmt meist die Funktion einer Triage zwischen der Bevölkerung und den zuständigen Regierungs- und Amtsstellen, wo qualifizierte Mitarbeiterinnen und

Mitarbeiter spezifische Auskünfte erteilen können. Es wenden sich aber auch Personen an die Beratungs- und Beschwerdestelle, welche auf Grund von Entscheidungen von Stellen nach deren Entscheidungsgrundlagen suchen. Sie möchten sich an einer «neutralen» Stelle nach den gesetzlichen Hintergründen erkundigen.

Die von der Beratungs- und Beschwerdestelle entgegengenommenen Anfragen betrafen vor allem Beratungen bei privaten Streitigkeiten sowie Anfragen zu Tätigkeiten in einzelnen Stellen. Weil auch die Regierungskanzlei oft Anlaufstelle für allgemeine Auskünfte ist und die Beratungs- und Beschwerdestelle personell in die Regierungskanzlei integriert ist, sind die Übergänge fließend. Viele Anfragen und Hilfeleistungen werden deshalb nicht statistisch erfasst.

### Rundtischgespräche für europäische Ombudsstellen

Der Leiter der Beratungs- und Beschwerdestelle nahm am 31. März und 1. April 2005 an den neunten Rundtischgesprächen für europäische Ombudsstellen in Kopenhagen teil. Dabei boten sich Gelegenheiten, internationale Kontakte zu knüpfen und interessante Vergleiche in Bezug auf die Ausgestaltungsmöglichkeiten der Beratungs- und Beschwerdestelle zu ziehen.

## Rechtsdienst der Regierung

**Stabstellenleiterin: Dr. iur. Marion Frick-Tabarelli**

*Die Aufgaben des Rechtsdienstes bestehen gemäss Verordnung LGBl. 1987 Nr. 5 idgF schwerpunktmässig aus den Bereichen 1. Ausarbeitung von Rechtsgutachten zuhanden der Regierung, 2. legistische Überprüfung von Rechtsvorschriften und 3. Publikation der Landesgesetzblätter. Daneben ist der Rechtsdienst für eine Vielzahl weiterer Angelegenheiten zuständig, wie bspw. für die innerstaatliche Umsetzung von Sanktionsmassnahmen, die Bereinigung der Anlagen zum Zollvertrag und zu den anderen Verträgen mit der Schweiz, die Kontrolle der Unterhaltsbevorzugungen als Vertreter des öffentlichen Rechts sowie die Aktualisierung und Betreuung der verschiedenen Rechtsdatenbanken, wie insbesondere diejenige für die Website [www.gesetze.li](http://www.gesetze.li). Schliesslich unterstützt der Rechtsdienst die Regierung durch seine Mitarbeit in zahlreichen Arbeitsgruppen und Kommissionen.*

*Im Berichtsjahr wurden wiederum zahlreiche Rechtsgutachten unterschiedlichen Umfangs erstattet. Sie standen meist in engem Zusammenhang mit Gesetzgebungsvorhaben oder aktuellen Fragestellungen der Regierung und betrafen sämtliche Bereiche der liechtensteinischen Rechtsordnung.*

*Im Legistikbereich sind vorrangig zu nennen die Totalrevisionen im Bereich des öffentlichen Auftragswesens*

*(ÖAWG, ÖAWSG, ÖAWV, ÖAWSV), der Kommunikation (Mediengesetz, Medienförderungsgesetz, Kommunikationsgesetz), der Vermessungsgesetzgebung, des Umweltschutzes (Gewässerschutzgesetzgebung), des Jugendschutzes (Kinder- und Jugendgesetz), des Arbeitsschutzes (Verordnung I, IV und V zum Arbeitsgesetz), der Finanz- und Wirtschaftsgesetzgebung (u.a. Aufgabenentflechtung Land-Gemeinden, Investmentunternehmen, Zinsbesteuerungsgesetz, Vermögensverwaltungsgesetz, Versicherungsvermittlungsgesetz und Marktmissbrauchsgesetz) sowie die Gesetzgebung im Bereich des Gesellschaftsrechts (u.a. Europäische Gesellschaft). Besonders hervorzuheben sind auch die zahlreichen Sanktionsmassnahmen gegenüber verschiedenen Staaten, die insbesondere wegen der bestehenden Sensibilität in Sachen Finanzplatz Liechtenstein und Terrorismusbekämpfung vom Rechtsdienst durch Ausarbeitung entsprechender Sanktionsverordnungen umgehend innerstaatlich umgesetzt wurden.*

*Als Gesetzgebungsprojekt, bei dem dem Rechtsdienst im Berichtsjahr die Federführung zukam, ist die Schaffung eines Opferhilfegesetzes zu nennen. Hier wurde besonderes Augenmerk auf die Klärung von praktischen Umsetzungsfragen im Zusammenhang mit der künftigen Opferhilfestelle gelegt und die Arbeiten am Bericht und Antrag fortgesetzt.*

### Statistische Kurzübersicht

Bearbeitete Akten	523
Herausgegebene Landesgesetzblätter	292
Begutachtete Rechtsvorschriften	311
Rechtsgutachterliche Stellungnahmen	71
Unterhaltsvorschussfälle	58
Nachlieferungen LR	4
Register zur LR	2
Bereinigung der Anlagen	2
Ausbildung Praktikanten	6

### Personalbestand

Das Rechtsdienst-Team umfasste im Berichtsjahr 2005 insgesamt sechs Juristinnen und Juristen zu 500 Stellenprozenten und eine Sekretärin/Sachbearbeiterin.

Der Rechtsdienst hat im Jahr 2005 sechs Rechtspraktikanten ausgebildet.

### Aufgaben gemäss Rechtsdienst-Verordnung

Im Berichtsjahr 2005 wurden vom Rechtsdienst insgesamt 523 neue Akten, insbesondere für rechtsgutachterliche Stellungnahmen, legistische Belange und grössere Verwaltungsaufgaben bearbeitet.

### Rechtsgutachterliche Stellungnahmen

Der Rechtsdienst hat 71 schriftliche Rechtsabklärungen (Gutachten, Stellungnahmen, Äusserungen zu Vernehmlassungsberichten, usw.) von unterschiedlichem Umfang erarbeitet. Es handelt sich dabei vor allem um Abklärungen zuhanden der Regierung bzw. der verschiedenen

Ressorts. Daneben wurde eine Vielzahl von mündlichen Beratungen und Auskunftserteilungen vorgenommen, die statistisch nicht eigens erfasst werden.

### Legistische Überprüfungen

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 311 Rechtsvorschriften (insbesondere Vernehmlassungsvorlagen, Vorlagen in Berichten und Anträgen, Verordnungsentwürfe usw.) legistisch begutachtet. Einige der wichtigsten und komplexesten Legistikprojekte wurden eingangs erwähnt. Die legistische Begutachtung durch den Rechtsdienst umfasst gemäss Regierungsbeschluss vom 17. Dezember 2002 (RA 2002/1905-0030) die formelle Überprüfung der definitiven Entwürfe zu Rechtsvorschriften auf der Grundlage der legistischen Richtlinien sowie die materielle Kontrolle in Bezug auf offensichtliche Unstimmigkeiten rechtlicher und inhaltlicher Natur. Damit verbunden sind regelmässige Besprechungen mit den zuständigen Sachbearbeitern/innen sowie die Mitarbeit in verschiedenen Kommissionen und Arbeitsgruppen.

Schliesslich wurden auch im Legistikbereich im Vorfeld der eigentlichen Begutachtung durch den Rechtsdienst eine Vielzahl von mündlichen Beratungen, Informationen und Auskünften vorgenommen, die nicht eigens vermerkt wurden.

### Herausgabe der Liechtensteinischen Landesgesetzblätter

292 Rechtsvorschriften (Gesetze, Verordnungen, Finanzbeschlüsse, Staatsverträge usw.) im Umfang von 2956 Seiten wurden legistisch aufbereitet, publikationstechnisch formatiert und im Liechtensteinischen Landesgesetzblatt (LGBl.) kundgemacht. Als besonders arbeitsintensiv erwiesen sich hierbei vor allem die Staatsverträge und Rechtsvorschriften mit tabellarischen Anhängen sowie die Umsetzung des EWR-Rechtes.

In Zusammenhang mit dieser Publikationstätigkeit hat der Rechtsdienst an allen Landtagssitzungen teilgenommen.

### Sanktionsmassnahmen der Vereinten Nationen und der Europäischen Union gegenüber anderen Staaten

Der Rechtsdienst hat die Aufgabe, im Rahmen der Umsetzung von Verpflichtungen aus Resolutionen des UN-Sicherheitsrates und aus Embargomassnahmen der EU Detailabklärungen hinsichtlich notwendiger Umsetzungsmassnahmen vorzunehmen, Entwürfe zu entsprechenden liechtensteinischen Rechtsvorschriften zu verfassen und dem Ressort Äusseres zur Antragstellung zu unterbreiten (RA 99/2929-9714.3/3/1).

Im Jahr 2005 waren einerseits die Sanktionen gemäss den Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen bzw. den Beschlüssen der UN-Sanktionskomitees gegenüber Personen und Organisationen mit Verbindungen zu Usama bin Laden, der Gruppierung «Al-Qaida» oder den Taliban, Liberia, Sudan, Côte d'Ivoire, Kongo, Irak und bestimmten Personen im Zusammenhang mit dem Attentat auf Rafik Hariri sowie andererseits die

Sanktionen aufgrund der Gemeinsamen Standpunkte des EU-Rates gegenüber Simbabwe umzusetzen. Der Rechtsdienst nahm die erforderlichen Überprüfungen vor und arbeitete zum Zwecke der innerstaatlichen Umsetzung insgesamt 28 Sanktionsverordnungen aus.

Aufgrund der staatsvertraglichen Bindungen mit der Schweiz mussten dabei insbesondere die gestützt auf den Zollvertrag, die Vereinbarung betreffend die Aufsicht über die Luftfahrt und die fremdenpolizeilichen Vereinbarungen in Liechtenstein anwendbaren schweizerischen Rechtsvorschriften miteinbezogen werden.

Nebst dieser rechtlichen Abstimmung mit der Schweiz berücksichtigte der Rechtsdienst auch die entsprechenden Umsetzungsbestimmungen der Europäischen Union, insbesondere die aufgrund Gemeinsamer Standpunkte des Rates erlassenen Durchführungsverordnungen, die von Liechtenstein mitgetragen wurden.

Die jeweiligen Resolutionen bzw. Beschlüsse wurden umgesetzt gegenüber:

- Personen und Organisationen mit Verbindungen zu Usama bin Laden, der Gruppierung «Al-Qaida» oder den Taliban mit Verordnungen vom 18. Januar 2005, 1. Februar 2005, 1. März 2005, 17. Mai 2005, 24. Mai 2005, 7. Juni 2005, 9. August 2005, 23. August 2005, 27. September 2005, 11. Oktober 2005, 18. Oktober 2005, 31. Oktober 2005, 8. November 2005, 13. Dezember 2005 und 20. Dezember 2005 (LGBl. 2005 Nr. 16, LGBl. 2005 Nr. 22, LGBl. 2005 Nr. 51, LGBl. 2005 Nr. 93, LGBl. 2005 Nr. 100, LGBl. 2005 Nr. 106, LGBl. 2005 Nr. 159, LGBl. 2005 Nr. 176, LGBl. 2005 Nr. 184, LGBl. 2005 Nr. 190, LGBl. 2005 Nr. 193, LGBl. 2005 Nr. 199, LGBl. 2005 Nr. 201, LGBl. 2005 Nr. 259 und LGBl. 2005 Nr. 266);
- Irak mit Verordnungen vom 28. Juni 2005 und 9. August 2005 (LGBl. 2005 Nr. 126 und LGBl. 2005 Nr. 160);
- Liberia mit Verordnungen vom 25. Januar 2005, 3. Mai 2005, 12. Juli 2005 und 13. Dezember 2005 (LGBl. 2005 Nr. 17, LGBl. 2005 Nr. 86, LGBl. 2005 Nr. 141 und LGBl. 2005 Nr. 258);
- Côte d'Ivoire mit Verordnung vom 25. Januar 2005 (LGBl. 2005 Nr. 19);
- der Demokratischen Republik Kongo mit Verordnungen vom 21. Juni 2005 und 8. November 2005 (LGBl. 2005 Nr. 116 und LGBl. 2005 Nr. 202);
- Sudan mit Verordnungen vom 25. Januar 2005 und 24. Mai 2005 (LGBl. 2005 Nr. 18 und LGBl. 2005 Nr. 101);
- bestimmten Personen in Zusammenhang mit dem Attentat auf Rafik Hariri mit Verordnung vom 20. Dezember 2005 (LGBl. 2005 Nr. 269).

Daneben wurden im Jahre 2005 auf der Grundlage von Gemeinsamen Standpunkten des EU-Rates und seiner Durchführungsverordnungen die bereits bestehenden Sanktionen gegenüber Simbabwe mit Verordnung vom 23. August 2005 (LGBl. 2005 Nr. 177) verschärft.

Im Zusammenhang mit der Terrorismusbekämpfung haben sich insbesondere hinsichtlich der Resolution 1373 (2001) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen

weitere Umsetzungsverpflichtungen ergeben, die auch im Jahre 2005 eine enge Zusammenarbeit des Rechtsdienstes mit der speziell hierfür eingesetzten Koordinationsgruppe «Terrorismusbekämpfung» erforderlich machten. Neben der Mitarbeit im Rahmen dieser Arbeitsgruppe waren insbesondere auch die Erstellung von Personenlisten im Bereich der Finanzsanktionen und die Ausarbeitung von Entwürfen für Umsetzungserlasse äusserst zeitintensiv.

Schliesslich ist noch auf die Mitarbeit des Rechtsdienstes in der von der Regierung am 11. März 2003 eingesetzten Arbeitsgruppe betreffend Neuregelung und Koordination des Vollzugs von Sanktionen hinzuweisen.

### **Gesetzgebungsprojekt**

Die Arbeiten am neu zu schaffenden Opferhilfegesetz wurden fortgesetzt. Die Redaktionskommission unter dem Vorsitz der Leiterin des Rechtsdienstes hat sich im Berichtsjahr zu einer Sitzung getroffen. Insbesondere die Frage nach der Organisationsstruktur der zukünftigen Opferhilfestelle gestaltete sich als komplex und bedurfte vertiefter Abklärungen. Im Berichtsjahr konnte ein Praxiskonzept zur möglichen Organisation der Opferhilfestelle vorgestellt und mit den auf diesem Gebiet bereits tätigen Institutionen diskutiert werden.

### **Bereinigung der Anlagen zu den Verträgen mit der Schweiz**

Im Rahmen der regelmässig stattfindenden Bereinigungen der Anlagen zum Zollvertrag, zum Währungsvertrag, zum Patentschutzvertrag, zu den Vereinbarungen über die Stempelabgaben und betreffend die Zusammenarbeit im Bereich der Zivilluftfahrt sowie zu den fremdenpolizeilichen Vereinbarungen wird vom Rechtsdienst in Zusammenarbeit mit den zuständigen Ämtern die Anwendbarkeit schweizerischen Rechts in Liechtenstein überprüft und die bereinigten Anlagen kundgemacht.

### **Zwölfte Bereinigung 2004/2005**

Schwerpunkte dieser mit LGBl. 2005 Nr. 117 bis 122 kundgemachten Anlagenbereinigung bildeten die noch offenen Diskussionspunkte zur Nationalbankgesetzgebung (Bestimmungen betreffend die Erstellung der Zahlungsbilanz und der Statistik über das Auslandsvermögen) sowie neue schweizerische Erlasse, wie insbesondere das Kernenergiegesetz und die Tierarzneimittelverordnung.

### **Dreizehnte Bereinigung 2005**

Auch die dreizehnte Bereinigung mit Stand 30. Juni 2005 konnte zum erfolgreichen Abschluss gebracht und am 30. Dezember 2005 publiziert werden (LGBl. 2005 Nr. 270 bis 275).

Wichtigste Themen dieser Bereinigung waren u.a. das Kulturgütertransfergesetz, die Safeguardsverordnung und die Influenza-Pandemieverordnung sowie die vorgezogene Bereinigung per 31. Dezember 2005 eines Teils

der schweizerischen Lebensmittel- und Landwirtschaftsgesetzgebung (Paket zur Übernahme des EU-Hygienerechts im Lebensmittelbereich und zur Neustrukturierung des Verordnungsrechts zum Lebensmittelgesetz).

### **Vertreter des öffentlichen Rechts gemäss Unterhaltsvorschussgesetz (UVG)**

Seit dem Jahre 1990 (Regierungsbeschluss vom 30. Januar 1990 zu RB 448/110/90 idF des Beschlusses vom 4. April 1995 zu RA 95/1313) übt der Rechtsdienst als Vertreter des öffentlichen Rechts das Beschwerderecht im Sinne des Unterhaltsvorschussgesetzes, LGBl. 1989 Nr. 47, aus und ist insbesondere auch für die Antragstellung bezüglich Rückzahlungs- und Ersatzpflichten zuständig.

Die Zahl der durch den Rechtsdienst als Vertreter des öffentlichen Rechts zu betreuenden Unterhaltsvorschussakten belief sich im Berichtsjahr auf 58 Fälle. Der Rechtsdienst erhob in einem Fall Rekurs und stellte in einem weiteren Fall Antrag auf Ersatz zu Unrecht gewährter Unterhaltsvorschüsse.

### **Systematische Sammlung der liechtensteinischen Rechtsvorschriften (LR)**

Dem Rechtsdienst obliegt die Koordination, insbesondere hinsichtlich der Ausführung (Form und Inhalt) der LR samt Nachlieferungen, des Registers zur LR sowie der Textausgaben.

Die mittlerweile insgesamt 38 Ordner umfassende Systematische Sammlung (22 Ordner Landesrecht, 16 Ordner Staatsvertragsrecht) wurde im Berichtsjahr mit 4 Nachlieferungen aktualisiert.

Ausserdem wurden zwei neue Register zu der Systematischen Sammlung der liechtensteinischen Rechtsvorschriften mit Stand 1. Juli 2005 (bis LGBl. 2004 Nr. 126) bzw. 1. Januar 2006 (bis LGBl. 2004 Nr. 292) erstellt.

### **Gesetzesdatenbank LILEX unter [www.gesetze.li](http://www.gesetze.li)**

Im Berichtsjahr konnte die Gesetzesdatenbank des Rechtsdienstes mit optisch verbesserter Benutzeroberfläche und erweiterten Optionen unter dem Namen LILEX auf der Gesetzeswebsite [www.gesetze.li](http://www.gesetze.li) angeboten werden. Die Aktualisierung des Datenbestandes erfolgte in regelmässigen Abständen und ermöglicht dem Rechtsanwender die unentgeltliche Volltextsuche im gesamten Bestand sowohl der Systematischen als auch der Chronologischen Sammlung des Liechtensteinischen Landes- und Staatsvertragsrechts.

## Stabsstelle EWR

**Stabsstellenleiterin: Dr. iur. Andrea Entner-Koch, LL.M.**

*Die Tätigkeiten der Stabsstelle EWR können vereinfacht in drei Hauptgruppen eingeteilt werden: Koordinationsaufgaben bei der Übernahme und der Umsetzung von neuem EWR-Recht, Ansprechstelle für die EFTA-Überwachungsbehörde und Unterstützung und Beratung der Regierung in EWR-Angelegenheiten. Die mit der Umsetzung von EWR-Recht zusammenhängenden Aufgaben stellen dabei längst nicht mehr den Hauptteil der Tätigkeiten der Stabsstelle EWR dar. Vielmehr fallen in sehr differenzierten und weiten Bereichen der Landesverwaltung EWR-bezogene Aufgaben an. Zur Erfüllung dieser Aufgaben wurden verschiedene Koordinierungsverfahren und -instrumente eingeführt, deren Überwachung und Steuerung der Stabsstelle EWR obliegen. Diese spielen sich nicht nur innerhalb der Landesverwaltung ab, sondern beziehen auch Interessenverbände, Experten und Behörden in anderen Mitgliedstaaten, insbesondere in Brüssel, mit ein.*

### Übernahme und Umsetzung von neuem EWR-Recht

#### Übernahme von EWR-Recht

Sämtliche zur Übernahme anstehenden EU-Rechtsakte werden von den Fachexperten der Ämter und ergänzend von der Stabsstelle EWR auf die jeweiligen faktischen und rechtlichen Auswirkungen hin überprüft. Wo erforderlich, werden im Zuge einer Übernahme in das EWR-Abkommen entsprechende Anpassungen an den Rechtsakten vorgenommen. Die Überprüfung der ins EWR-Abkommen zu übernehmenden EU-Rechtsakte umfasst auch die Abklärung, ob die Übernahme des betreffenden EU-Rechtsaktes die Zustimmung des Landtages erfordert. Alle Vorarbeiten für die EWR-Kommission des Landtages werden von der Stabsstelle EWR koordiniert und die entsprechenden Unterlagen bereitgestellt. Die EWR-Kommission des Landtages hat im Jahr 2005 insgesamt 308 EU-Rechtsakte behandelt.

Im Jahr 2005 wurden durch 156 Beschlüsse des Gemeinsamen EWR-Ausschusses insgesamt die genannten 308 EU-Rechtsakte übernommen, womit sich die Zahl der rechtsverbindlichen EU-Rechtsakte im EWR-Abkommen auf total 4404 erhöht hat. Darunter befanden sich insgesamt 9 EU-Rechtsakte, welche dem Zustimmungserfordernis des Landtages gemäss Art. 8 Abs. 2 Landesverfassung unterliegen. Dazu gehören insbesondere die Richtlinie zur Festlegung von Qualitäts- und Sicherheitsstandards für die Spende, Beschaffung, Testung, Verbreitung, Konservierung, Lager und Verteilung von menschlichen Geweben und Zellen, das Energiepaket, die Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente, die Richtlinie betreffend Übernahmeangebote und die Transparenzrichtlinie.

#### Umsetzungsquote

Die ins EWR-Abkommen übernommenen EU-Rechtsakte verlangen in vielen Fällen eine Umsetzung ins liechtensteinische Recht. Die Koordination der diesbezüglichen Arbeiten erfolgt über die zweimal jährlich erstellten Arbeitslisten, anhand welcher die Regierung den von der Stabsstelle EWR aufgezeigten Handlungsbedarf zur Kenntnis nimmt und die entsprechenden Massnahmen für eine rechtzeitige Umsetzung gutheisst. Es ist zu erwarten, dass die Umsetzungsquote des Jahres 2004 (97.3 %) für das Jahr 2005 merklich verbessert werden kann (der Jahresbericht der EFTA-Überwachungsbehörde für 2005, der dazu detaillierte Angaben enthält, liegt derzeit noch nicht vor), womit Liechtenstein verglichen mit den anderen EWR-Staaten weiterhin einen Platz im Mittelfeld einnimmt.

#### Umsetzungsdefizite

Umsetzungsdefizite bestehen derzeit in den Bereichen Gleichbehandlung von Männern und Frauen, Umwelt (schwere Unfälle mit gefährlichen Stoffen, Emissionen bei Farben und Lacken, Umgebungslärm sowie Umweltauswirkungen von Plänen und Programmen), Technische Vorschriften, Normen, Prüfung und Zertifizierung (verschiedene Richtlinien im Bereich Arzneyspezialitäten), Telekommunikation (Neues Telekompaket) und Finanzdienstleistungen (Marktmissbrauch, Versicherungsvermittlung, Finanzsicherheiten).

#### Umsetzungserfolge

Im Jahr 2005 konnten insbesondere folgende Umsetzungen abgeschlossen werden: Im Bereich Arbeitsrecht wurde im letzten Halbjahr eine ganze Reihe von ausstehenden EWR-Verpflichtungen in Angriff genommen. So erfolgte die Anpassung des Mitwirkungsgesetzes im Hinblick auf die Umsetzung der Richtlinie 2002/14/EG zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer, deren Umsetzungsfrist im Mai 2005 abgelaufen war. Des Weiteren wurde das ABGB im Hinblick auf die Teilzeitarbeit (Richtlinie 1997/81), die befristeten Arbeitsverträge (Richtlinie 1999/70) und den Elternurlaub (Richtlinie 96/34) EWR-konform angepasst und somit der Handlungsbedarf infolge bereits eingeleiteter Vertragsverletzungsverfahren erledigt.

Im Bereich Umwelt wurde mit der Abänderungsverordnung vom 5. Juli 2005 betreffend Verpackungen und Verpackungsabfälle die Richtlinie 2004/12/EG fristgerecht umgesetzt. Im Bereich Öffentliches Auftragswesen konnte mit den Gesetzen vom 21. September 2005 über das Öffentliche Auftragswesen (ÖAWG) sowie das Öffentliche Auftragswesen im Bereich der Sektoren (ÖAWSG) sowie den dazugehörigen Verordnungen vom 8. November 2005 eine alte Hypothek abgegolten werden und mehrere Rechtsakte aus den 90er-Jahren in der von der ESA gewünschten Form umgesetzt werden. Im Bereich Geistiges Eigentum konnte durch die Abänderung

des Gesetzes über das Urheberrecht und verwandte Schutzrechte (URG) die Richtlinie 2001/84/EG über das Folgerecht des Urhebers des Originals eines Kunstwerkes umgesetzt werden.

Im Bereich Finanzdienstleistungen konnte die Umsetzung der OGAW (Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren) Richtlinien abgeschlossen werden. Die Umsetzung erfolgte durch eine Totalrevision des Gesetzes über Investmentunternehmen (IUG) und der das Gesetz ergänzenden Verordnung (IUV). Ebenfalls wurde im Jahr 2005 die Umsetzung der 2. Geldwäsche Richtlinie 2001/97/EG durch die Änderung einer Reihe von Gesetzen (z.B. BankG, VersAG, IUG, SPG) erreicht. Durch die Abänderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes und der Versicherungsaufsichtsverordnung konnte auch die Umsetzung der Solvabilitätsrichtlinien (Richtlinie 2002/13/EG und Richtlinie 2002/83/EG) abgeschlossen werden.

Im Bereich Audiovisuelle Dienste gelang durch die Schaffung eines neuen Mediengesetzes die schon länger überfällige Vollumsetzung der Richtlinie 89/552/EWG in der Fassung der Richtlinie 97/36/EG über die Ausübung der Fernsehätigkeit.

#### **Ansprechstelle für die EFTA-Überwachungsbehörde**

Die EFTA-Überwachungsbehörde (ESA) kontrolliert die rechtzeitige und inhaltlich korrekte Umsetzung und Anwendung des EWR-Rechts in den EWR/EFTA-Staaten. Die Stabsstelle EWR fungiert in diesem Zusammenhang als direkter Ansprechpartner. Neben verschiedenen Auskunftersuchen eröffnete die ESA im Jahr 2005 insgesamt 25 neue offizielle Vertragsverletzungsverfahren, wobei Ende Dezember 2005 16 formelle Mahnschreiben (Letters of Formal Notice) und 9 begründete Stellungnahmen (Reasoned Opinions) gegen Liechtenstein hängig waren. Diese betrafen insbesondere die Bereiche Diplomanerkennung, Sozialversicherungen, Umwelt, Arzneimittelspezialitäten, Telekommunikation, Finanzdienstleistungen und Transport.

Ein gutes Abschneiden Liechtensteins bei der Erfüllung der EWR-Verpflichtungen liegt unbestritten im Gesamtinteresse des Landes. Vertragsverletzungsverfahren beeinträchtigen nicht nur das politische Ansehen des Landes, sondern verursachen auch einen enormen Arbeitsaufwand für die Stabsstelle EWR bzw. die Verwaltung allgemein. Die Stabsstelle EWR ist daher in ihrer Koordinationsaufgabe bemüht, die Zusammenarbeit innerhalb der Landesverwaltung zu intensivieren, sowie die internen Arbeitsabläufe laufend zu überprüfen und zu verbessern.

#### **Unterstützung und Beratung der Regierung in EWR-Angelegenheiten**

In einer vom Europarecht zunehmend tangierten Verwaltung ist die Stabsstelle EWR zentrale Anlaufstelle bei EWR-rechtlichen Fragen. Die Stabsstelle EWR erstellt in diesem Zusammenhang Gutachten im Auftrag der Regie-

rung oder wirkt in verschiedenen Arbeitsgruppen beratend oder als Vorsitz mit (z.B. Veterinärwesen/Landwirtschaft).

Eine weitere zentrale Aufgabe der Stabsstelle EWR liegt darin, EWR-rechtliche Kenntnisse all jenen Landesangestellten zu vermitteln, die durch ihre Arbeit mit dem Europarecht in Berührung kommen. Die Stabsstelle EWR führt zu diesem Zweck alljährlich eine allgemeine EWR-Schulung für die Landesangestellten bzw. laufend spezielle EWR-Schulungen für die Experten in den Ämtern durch. Des Weiteren wurde 2005 erneut ein LLV-interne Seminar zur aktuellen Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) organisiert.

Die Stabsstelle EWR vertritt die Regierung auch in Verfahren vor dem EFTA-Gerichtshof sowie dem Europäischen Gerichtshof (EuGH). Im Jahr 2005 behandelte der EFTA-Gerichtshof zwei liechtensteinische Fälle. Im ersten Fall (E-8/04) hat die ESA Beschwerde wegen des doppelten Wohnsitzerfordernisses in Art. 25 des Bankengesetzes beim EFTA-Gerichtshof eingereicht. Der EFTA-Gerichtshof entschied am 1. Juli 2005, dass dieses Wohnsitzerfordernis mit der Niederlassungsfreiheit gemäss EWR-Abkommen unvereinbar ist. Die vom liechtensteinischen Landgericht an den EFTA-Gerichtshof am 16. Dezember 2004 vorgelegte Frage, ob § 56 Abs. 2 ZPO mit dem EWR-Recht, insbesondere mit dem freien Dienstleistungsverkehr gemäss Art. 36 EWRA und dem freien Kapitalverkehr gemäss Art. 40 EWRA vereinbar ist (E-10/04), wurde vom EFTA-Gerichtshof in seinem Gutachten vom 1. Juli 2005 wie folgt beurteilt: Der Gerichtshof stellte generell fest, dass die Funktionsfähigkeit der Zivilrechtspflege und die damit zusammenhängende Sicherung eines effektiven Zuganges zu den Gerichten einen unverzichtbaren Teil der EWR-Rechtsordnungen darstellt. Es wurde festgehalten, dass es ein legitimes Interesse eines jeden Staates ist, Vorschriften zu erlassen, mit Hilfe derer die wirkungsvolle Betreibung von Verfahrenskosten sichergestellt werden kann. Diese Vorschriften müssen sich aber am Verhältnismässigkeitsprinzip messen lassen, sodass der vollständige Ausschluss jeglicher Sicherheitsleistung für Prozesskosten aus anderen EWR-Staaten nicht verhältnismässig und somit EWR-widrig ist. Allerdings erkennt der EFTA-Gerichtshof an, dass entscheidend ist, ob Verfahrenskosten ohne zusätzliche Schwierigkeiten eingebracht werden können. Die Beantwortung dieser Frage überlässt er dem nationalen Gericht. Die SEWR hat in beiden Fällen schriftlich Stellung genommen sowie mündlich vor dem EFTA-Gerichtshof interveniert.

Nicht unerwähnt bleiben sollen die zahlreichen Informations- und Dokumentationsdienstleistungen für die Öffentlichkeit, welche von der EWR-Dokumentation der Stabsstelle EWR wahrgenommen werden. Ihr obliegt u. a. die kontinuierliche Nachführung der EWR-Rechtsammlung und des EWR-Registers, die regelmässige Ausgabe des «SEWR-Newsletter», welcher aktuelle Themen zum EWR-Recht behandelt, sowie die Betreuung der

Internetseite der Stabsstelle EWR ([www.sewr.llv.li](http://www.sewr.llv.li)). Der Ende Juni 2003 lancierte Internet-Auftritt im Rahmen des e-Government Projekts der Landesverwaltung wurde konsequent weiterentwickelt und präsentiert sich in einer noch bürgerfreundlicheren Form. Zahlreiche Dokumente und Informationsmaterialien rund um das EWR-Abkommen wurden neu hinzugefügt, wie zum Beispiel wichtige Berichte und Anträge der Regierung an den Landtag sowie ausgewählte Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften und des EFTA-Gerichtshofs. Zudem wurde die Rubrik «EU-Programme» kontinuierlich erweitert: sämtliche EU-Programme, an denen Liechtenstein im Rahmen des EWR-Abkommens teilnimmt, sowie die dazugehörigen Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen gestalten sich neu und noch übersichtlicher. Ausserdem wurde der EWR-Teil des Liechtenstein-Portals ([www.liechtenstein.li](http://www.liechtenstein.li)), welcher ausführliche Informationen zum EWR (Entstehung des EWR, Mitgliedstaaten, Institutionen des EWR, etc.) enthält, in seiner zweisprachigen Version (Deutsch und Englisch) gründlich überarbeitet und aktualisiert. Neu steht unter anderem auch eine zweisprachige «EWR-Kurzzusammenfassung» im pdf-Format zum Ausdrucken zur Verfügung.

Darüber hinaus wird die Informationstätigkeit auch durch Vorträge bei öffentlichen und privaten Organisationen wahrgenommen. Zudem wurde letzten Frühling ein Informationsabend für den neu gewählten Landtag angeboten. Das System der EWR-Kontaktpersonen, bei welchem die Interessenverbände über neue Entwicklungen im EWR-Recht informiert werden bzw. die Möglichkeit haben, Stellungnahmen zu neuen EU-Rechtsakten abzugeben, wurde auch im Jahr 2005 mit Erfolg weitergeführt. Die Stabsstelle EWR ist zudem Kontaktstelle für Bürger und Bürgerinnen sowie Unternehmen, welche sich durch ausländische Behörden in ihren Rechten gemäss EWR-Abkommen beschränkt fühlen. In diesem Zusammenhang beteiligt sich die Stabsstelle EWR auch am EWR-weiten Problemlösungsnetz «SOLVIT».

---

## Stabsstelle für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

---

**Stabsstellenleiterin: Dr. Gerlinde Manz-Christ**

*Die mit RA 2001/2262-0333 vom 7. August 2001 eingerichtete Stabsstelle für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit ist dem Regierungschef direkt unterstellt.*

*Die Stabsstelle hat die nachhaltige Öffentlichkeitsarbeit für Liechtenstein kontinuierlich fortgesetzt und mit dem Kommunikationskonzept II (2005-2009) weiter ausgebaut. Der Schwerpunkt in der Umsetzung des Konzepts lag 2005 in der Präsentation liechtensteinischer Themen in den Zielmärkten bei Meinungsmittlern aus Politik und Wirt-*

*schaft, vermehrten Hintergrundgesprächen mit Medienvertretern und anderen Meinungsmittlern, Verankerung der Marke Liechtenstein, Verstärkung von Synergieeffekten der im Land vorhandenen Ressourcen im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit, Erarbeitung und Publikation zahlreicher zielgruppenspezifischer Informationstexte, Internetportal des Landes [www.liechtenstein.li](http://www.liechtenstein.li) in französischer Sprache sowie Erarbeitung themenspezifischer Kommunikationskonzepte. Dadurch konnte der Multiplikatoreffekt der professionellen Darstellung des Landes Liechtenstein wesentlich verstärkt und ein weiterer Anstieg positiver Medienberichte verzeichnet werden.*

### Kommunikationskonzept

Als oberstes Ziel des Kommunikationskonzeptes wurde zu Beginn die Nachhaltigkeit und verstärkte Integration aller Kräfte in der Öffentlichkeitsarbeit für das Fürstentum Liechtenstein definiert. Alle Massnahmen der Stabsstelle im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit stehen im Kontext zum vorliegenden gesamtheitlichen Kommunikationsmodell und sind entsprechend abgestimmt. Die sechs Kernbotschaften werden konsequent kommuniziert. Diese Grundsätze wurden im Kommunikationskonzept II für das Land Liechtenstein (2005-2009) bestätigt und konkrete Umsetzungsmassnahmen erarbeitet.

Die Stabsstelle hat im Jahr 2005 mit ca. 30 Präsentationen und Vorträgen zu Liechtenstein-Themen im In- und Ausland (European Association of Political Consultants, Clingendael Institute Den Haag, Sommercampus05 Wien, Euregia Friedrichshafen, Liechtenstein Colloquium, Schweizer Stagiaires des EDA, Hochschule Wallis, Junges Wirtschaftsforum Vaduz, Liechtensteinisches Gymnasium, u.v.m.) sowie 50 Hintergrundgesprächen mit hochrangigen Medienvertretern und anderen Meinungsmittlern, durch Lobbying und Networking nachweislich einen guten Multiplikatoreffekt in der Öffentlichkeitsarbeit bewirkt, positive Präsenz für das Land Liechtenstein erzielt und Liechtenstein einem neuen breiten Kreis von Multiplikatoren aus Politik und Wirtschaft näher gebracht.

### Basis-Informationsmaterialien

Diese Tätigkeit wurde ergänzt durch zahlreiche Informationstexte und Liechtenstein-Beiträge (Artikel und Gastkommentare in Printmedien und Radio, Basisartikel, bilaterale Informationen, Pressemitteilungen, Reden, Statements, Sprachregelungen) in deutscher und englischer Sprache, die die positive Präsenz Liechtensteins in den internationalen Medien weiter erhöhen. Im Jahr 2005 wurden 1 000 Liechtenstein CD-ROMs und DVDs, 15 000 Liechtenstein-Booklets, 20 000 Basisartikel und 2 500 bilaterale Ländervergleiche ausgegeben. Die bilateralen Ländervergleiche erfreuen sich zunehmender Beliebtheit im In- und Ausland, sodass 2005 aus aktuellem Anlass jeweils neu Ländervergleiche Liechtenstein und Italien, Andorra, China, Singapur, Türkei und EU ausgearbeitet wurden.



Die Stabsstelle überarbeitete Informationstexte zu Liechtenstein in deutsch- und englischsprachigen Websites und beantwortete monatlich ca. 80 Anfragen zu Liechtenstein allgemein sowie zum Finanzplatz Liechtenstein, die nicht der vertieften fachlichen Antwort der zuständigen Stellen bedürfen.

#### **Organisation von Informationsveranstaltungen**

Im Berichtsjahr übernahm die Stabsstelle wieder die inhaltliche Vorbereitung von diversen Informationsveranstaltungen.

Dazu wurden Projekte und Veranstaltungen im In- und Ausland selbst durchgeführt oder andere für Präsentationen zum Anlass genommen: z.B. Vortrag von Botschafter Dr. Herbert Kraus, Informationstag für die in Liechtenstein akkreditierten Botschaften.

#### **Beratung und Unterstützung der Regierung in informationspolitischen Angelegenheiten**

Die Stabsstelle für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit hat für die Regierung und diverse Stellen ca. zehn Kommunikationskonzepte erarbeitet und umgesetzt. Sie hat die Regierung und die Mitarbeiter der Regierung in der Öffentlichkeitsarbeit beraten und sie in der Durchführung von Massnahmen unterstützt. Der Stabsstelle oblag weiters die Organisation, inhaltliche Vorbereitung und Betreuung von Interviews sowie die inhaltliche Vorbereitung von Medienkonferenzen und das Verfassen von Presseausendungen.

#### **Stiftung Image Liechtenstein und Marke Liechtenstein**

Die Stabsstelle arbeitet im Stiftungsrat der Stiftung Image Liechtenstein mit und leitet das einmal monatlich tagende Expertengremium, das die Entscheidungen des Stiftungsrates inhaltlich vorbereitet. Der Geschäftsleiter setzt die im Gesamtkommunikationskonzept definierten Massnahmen gemeinsam mit der Stabsstelle um.

#### **Liechtenstein-Portal im Internet**

Die Stabsstelle hat das Liechtenstein-Portal [www.liechtenstein.li](http://www.liechtenstein.li) mit neuen Informationsinhalten wesentlich erweitert, eine Informationsdatenbank errichtet und durch die Einführung des Internet-Portals [www.liechtenstein.li](http://www.liechtenstein.li) sowie sämtlicher Informationsmaterialien in französischer Sprache die Liechtenstein-Informationen einem weiteren Zielpublikum erschlossen. Die Stabsstelle ist für Inhalt und Aktualhaltung des Liechtenstein-Portals verantwortlich.

#### **Auf- und Ausbau von Kommunikationsnetzwerken**

Durch den verstärkten systematischen Einbezug sowohl der liechtensteinischen Aussenstellen als auch der in Liechtenstein akkreditierten Botschaften und Konsulate in die Informations- und Kommunikationslinien bei Schwerpunktthemen der Regierung konnte die proaktive Öffentlichkeitsarbeit erheblich erweitert und intensiviert werden.

#### **Medienmässige Betreuung von Auslandsbesuchen**

Im Berichtsjahr übernahm die Stabsstelle die Betreuung von Auslandsbesuchen und -auftritten des Regierungschefs in Österreich, Deutschland und den USA.

#### **Mitwirkung in amtsstellenübergreifenden Arbeitsgruppen und Projekten**

Die Stabsstelle arbeitet in zahlreichen Arbeitsgruppen mit, wie neues Erscheinungsbild für die liechtensteinische Landesverwaltung, Erweiterung Liechtenstein-Portal, Terrorismusbekämpfung, etc.

---

## **Stabsstelle Öffentliches Auftragswesen**

---

**Stabsstellenleiter: Dipl. Ing. HTL Wendelin Lampert**

*Die Stabsstelle öffentliches Auftragswesen berät und informiert zu Fragen im Bereich des öffentlichen Auftragswesens. Sie bildet die zentrale Anlauf- und Beratungsstelle für sämtliche öffentliche Auftraggeber innerhalb der Landesverwaltung, die Gemeinden und für alle weiteren vom Gesetz erfassten Auftraggeber sowie die Auftragnehmer. Mit der Aufsicht über die öffentlichen Auftragsvergaben hat sie eine wichtige Kontrollfunktion. Die Schwerpunkte der Tätigkeiten der Stabsstelle lagen im Berichtsjahr bei der Erstellung der Stellungnahmen zu den anlässlich der ersten Lesung im Landtag aufgeworfenen Fragen betreffend die Abänderung des Gesetzes über das Öffentliche Auftragswesen (ÖAWG) sowie betreffend die Schaffung des Gesetzes über das Öffentliche Auftragswesen im Bereich der Sektoren (ÖAWSG), die Anpassung der Homepage [www.saw.llv.li](http://www.saw.llv.li) an die neuen gesetzlichen Bestimmungen, die Durchführung von Informationsveranstaltungen für sämtliche Auftraggeber und Auftragnehmer sowie die Erstellung von Formblättern, Berichte und Anträge an den Landtag und Entwürfe der Vernehmlassungsberichte für die neuen EU-Richtlinien. In der Auftragsstatistik wurden im Jahr 2004 gesamthaft Auftragsvergaben von CHF 95 Mio. erfasst. Der Vergleich zum Vorjahr zeigt einen Rückgang von 21 %.*

Kernaufgabe der Stabsstelle bildet die Beratung und Information sämtlicher Auftragnehmer und Auftraggeber im Bereich des öffentlichen Auftragswesens. Zu den Aufgaben der Stabsstelle gehört weiters die Entwicklung von Strategien, Konzepten, Massnahmen und Instrumenten für eine optimale Umsetzung und Weiterentwicklung des Sachbereiches Öffentliches Auftragswesen. Überdies erstellt sie jährlich eine Statistik der öffentlichen Auftragsvergaben und wertet diese aus. Ausserdem zählt zum Tätigkeitsbereich der Stabsstelle die Mitarbeit bei der Definition von Richtlinien der Europäischen Union sowie die Erarbeitung von Vorschlägen für deren Umsetzung in das nationale Recht.

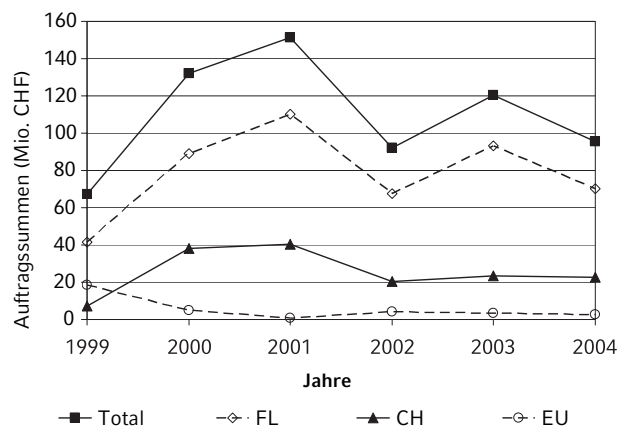
Die Stabsstelle nimmt auch die grenzübergreifende Koordination mit den Nachbarstaaten und Kantonen wahr und beobachtet die Weiterentwicklung des Auftragswesens in der Schweiz, in der WTO sowie im EWR. Die Mitarbeit in Arbeitsgruppen des Landes und insbesondere in grenzübergreifenden Arbeitsgruppen, wie beispielsweise im Forum «Beschaffungswesen» der Schweizerischen Bau-, Planungs- und Umweltschutzdirektorenkonferenz (BPUK) und in der Arbeitsgruppe «öffentliches Auftragswesen» der EFTA, erweist sich gerade im Hinblick auf die Dynamik des Auftragswesens und der öffentlichen Märkte als anspruchsvoll.

Der Stabsstelle oblag im Berichtsjahr insbesondere die Erstellung der Stellungnahmen zu den anlässlich der ersten Lesung im Landtag aufgeworfenen Fragen betreffend die Abänderung des Gesetzes über das Öffentliche Auftragswesen und betreffend die Schaffung des Gesetzes über das Öffentliche Auftragswesen im Bereich der Sektoren. Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit führte sie acht Informationsveranstaltungen durch, an welchen ca. 175 Auftragnehmer und 125 Auftraggeber teilnahmen. Schwerpunkt dieser Veranstaltungen bildete die Information zu dem am 1. Januar 2006 in Kraft tretenden Gesetz vom 21. September 2005 betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Vergabe öffentlicher Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge (Gesetz über das Öffentliche Auftragswesen, ÖAWG), LGBl. 2005 Nr. 218, sowie dem Gesetz vom 21. September 2005 über die Vergabe öffentlicher Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung (Gesetz über das Öffentliche Auftragswesen im Bereich der Sektoren, ÖAWSG), LGBl. 2005 Nr. 220, und den dazu erlassenen Verordnungen (ÖAWV, LGBl. 2005 Nr. 222 und Nr. 263 sowie ÖAWSV, LGBl. 2005 Nr. 223). Im Weiteren wurden die Formblätter für die beiden neuen Richtlinien 2004/17/EG (Sektoren-Auftraggeber) und 2004/18/EG (Standard-Auftraggeber), die entsprechenden EU-Verordnungen und ein Entscheid für die EWR-Kommission des Landtags erstellt sowie die Berichte und Anträge für die Übernahme der Richtlinien und die beiden Entwürfe für die Vernehmlassungsberichte erarbeitet und fortlaufend angepasst. Ferner musste infolge der Wechselkursschwankungen des Euros zum Schweizerfranken die Kundmachung der Schwellenwerte vom 30. März 2004 nach dem Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWRA) sowie nach dem Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen (WTO-Übereinkommen), LGBl. 2004 Nr. 91, angepasst werden. Bisher wurden sowohl die Allgemeinen Aufträge als auch die Aufträge im Bereich der Sektoren in dieser Kundmachung gemeinsam geregelt. Da es nunmehr zwei Gesetze gibt, nämlich das ÖAWG und das ÖAWSG, war es erforderlich, für beide Bereiche separat eine Kundmachung der Schwellenwerte zu erlassen, in concreto die Kundmachung der Schwellenwerte vom 20. Dezember 2005, LGBl. 2005 Nr. 264, und die Kundmachung der Schwellenwerte vom 20. Dezember 2005 im Bereich der Sektoren,

LGBl. 2005 Nr. 265. Überdies wurde die Homepage der Stabsstelle öffentliches Auftragswesen [www.saw.llv.li](http://www.saw.llv.li) umfassend an die neuen gesetzlichen Bestimmungen angepasst und der Onlineschalter- und Newsletterbereich ausgebaut.

Die Statistik über die öffentlichen Auftragsvergaben wurde termingerecht erfasst und an die zuständigen Stellen in Genf (WTO) und Brüssel (EFTA) weitergeleitet. Die gesamthaft erfassten Auftragssummen sind im Bezugsjahr 2004 um ca. 21 % zurückgegangen. Dabei wurden 73 % sämtlicher Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge an liechtensteinische Auftragnehmer erteilt. Von den restlichen 27 % aller Aufträge wurden 14 % an Auftragnehmer aus der Schweiz und 13 % an Auftragnehmer aus der EU vergeben.

#### Vergleich Auftragssummen 1999 bis 2004



## Stabsstelle Protokoll

### Stabsstellenleiter: Wilfried Hoop

Gemäss Verordnung vom 21. April 2005 über die Geschäftsverteilung und den Ressortplan der Regierung wurde die Stabsstelle Protokoll neu dem Ressort Äusseres zugeteilt (bisher Ressort Präsidium).

Oberstes Ziel des Protokolls ist es, einen reibungslosen Ablauf zwischenstaatlicher Begegnungen zu garantieren. Zu den primären Aufgaben gehört es, den äusseren Rahmen, aber vor allem eine günstige Atmosphäre für den erfolgreichen Verlauf von politischen Gesprächen zu schaffen. Daher ist das Protokoll ein wichtiges politisches Instrument, insbesondere für die Aussenbeziehungen.

Das Protokoll befasst sich in erster Linie mit der Organisation und Durchführung von eingehenden Besuchen ausländischer Staatsoberhäupter, Regierungsmitglieder und weiterer hochrangiger Gäste.

Einen weiteren wichtigen Teilbereich des Aufgabengebiets stellt die Betreuung diplomatischer und konsularischer Vertretungen dar. Das Protokoll ist die erste Anlaufstelle

für rund 70 Botschaften und über 40 Konsulate. Es organisiert die Akkreditierung neuer Botschafter und die Exequaturerteilung (Zulassung) an Konsuln. Zu den wichtigsten Anlässen für das Diplomatische Korps gehören der Neujahrsempfang auf Schloss Vaduz sowie eine jährliche Informationsveranstaltung der Regierung zu aktuellen liechtensteinischen Themen.

Weitere Anlässe, in deren Organisation und Durchführung das Protokoll in unterschiedlichem Masse involviert ist, sind u.a. die Jungbürgerfeier, die Landtagseröffnung, der Staatsfeiertag, verschiedene Anlässe des Fürstenhauses (z.B. Geburtstage, Hochzeiten, Todesfälle) sowie Vereidigungen von Landtagsabgeordneten, Regierungsmitgliedern, Richtern, Gemeindevorstehern und Polizisten. Die wichtigsten Besuche und Anlässe des Berichtsjahres sind nachstehend aufgeführt.

#### Jährliche Anlässe

Neujahrsempfang auf Schloss Vaduz, Geburts- und Namens-tage I.I.D.D. Fürst Hans-Adam II. und Fürstin Marie, Geburtstage S.D. Erbprinz Alois und I.K.H. Erbprinzessin Sophie, Landtagseröffnung, Staatsfeiertag, Jungbürgerfeier.

Im Jahr 2005 überreichten 15 Botschafter ihr Beglaubigungsschreiben an S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein, an 3 Konsuln wurde das Exequatur übergeben.

#### Eingehende Besuche

##### Ebene Staatsoberhaupt / Regierung

29. Januar	Höflichkeitsbesuch Seiner Hoheit Scheich Salman bin Hamad Al Khalifa, Kronprinz des Königreichs Bahrain
2. Mai	Besuch S.E. Herrn Luc Frieden, Justiz-, Haushalts-, Schatz- und Verteidigungsminister des Grossherzogtums Luxemburg
11. Mai	Besuch S.E. des Bundesministers für Wirtschaft und Arbeit der Republik Österreich, Herrn Dr. Martin Bartenstein
23. Juni	Besuch S.E. des Vizekanzlers und Bundesministers für Verkehr, Innovation und Technologie der Republik Österreich, Herrn Hubert Gorbach
30. Juni	Besuch I.E. der Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten der Republik Österreich, Frau Dr. Ursula Plassnik
11./12. Dez.	Besuch I.E. der Bundesministerin für Justiz der Republik Österreich, Frau Mag. Karin Gastinger

##### Vertreter Internationaler Organisationen

31. Aug./1.Sept.	Besuch der OSZE-Beauftragten zur Bekämpfung des Menschenhandels, Frau Dr. Helga Konrad
3./4. November	Besuch von Vertretern des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarates

#### Weitere eingehende Besuche

20. Januar	Besuch von Herrn Landesrat Siegmund Stemer, Präsident des Landesschulrates von Vorarlberg
3. Februar	Besuch von Frau Regierungsrätin Heidi Hanselmann, Vorsteherin des Gesundheitsdepartementes des Kantons St. Gallen
25.-27. Febr.	Besuch einer Gruppe von U.S. Kongress-Mitgliedern in Liechtenstein
3./4. März	Treffen der «British Liechtenstein Parliamentary Group» in Liechtenstein
22. März	Höflichkeitsbesuch von Herrn Gerhard Mayer-Vorfelder, Kultur- und Finanzminister a.D. von Baden-Württemberg
6. April	Höflichkeitsbesuch von Herrn Dr. Walter Scheel, Altbundespräsident der Bundesrepublik Deutschland
6./7. April	Besuch des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages
27./28. April	Besuch der Stagiaires des schweizerischen diplomatischen Dienstes
3. Mai	Besuch von Frau Dr. Barbara Hendricks, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen der Bundesrepublik Deutschland (im Rahmen des 9. Liechtensteiner Europa-Symposiums)
13. -17. Juni	Besuch einer chinesischen Delegation anlässlich der Herausgabe von Gemeinschaftsbriefmarken China – Liechtenstein
23. August	Besuch der Regierung des Kantons Appenzell Ausserrhoden
21. September	Besuch des Vorstehers des Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartements des Kantons Graubünden, Herrn Claudio Lardi
1. Dezember	Höflichkeitsbesuch von Herrn Joschka Fischer, Bundesaussenminister a.D. der Bundesrepublik Deutschland, bei Regierungschef Otmar Hasler
2. Dezember	Höflichkeitsbesuch von Herrn Joschka Fischer, Bundesaussenminister a.D. der Bundesrepublik Deutschland, bei S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein
23. Dezember	Höflichkeitsbesuch des Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg, Herrn Günther H. Oettinger

#### Vereidigungen

14. April	Eröffnung und Vereidigung des Landtags durch S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein
21. April	Vereidigung der Regierung
13. Oktober	Vereidigung der Richter des Verwaltungsgerichtshofes
13. Dezember	Vereidigung der Richter des Obersten Gerichtshofes, des Obergerichts, des

Kriminalgerichts, des Schöffengerichts und des Jugendgerichts

22. November Offizieller Arbeitsbesuch S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein bei S.E. Bundespräsident Samuel Schmid in Bern

## Konferenzen

- 9. Juni Informationsveranstaltung der Regierung für die in Liechtenstein akkreditierten Leiter diplomatischer Missionen
- 27./28. Juni EFTA-Ministertreffen in Liechtenstein (mit Parlamentariertreffen und Konsultativkomitee)
- 5. Oktober Treffen der Umweltminister Liechtensteins, Österreichs, Deutschlands und der Schweiz in Liechtenstein
- 27./28. Oktober «Liechtenstein Dialogue on the Future of Financial Markets»  
Auf Ebene Staatsoberhaupt/Regierung nahmen teil:  
I.E. die Präsidentin der Republik Lettland, Frau Vaira Vike-Freiberga  
S.E. der Aussenminister der Republik Slowenien, Herr Dimitrij Rupel  
S.E. Herr Bundesrat Christoph Blocher, Schweiz

## Weitere Anlässe

- 21. Februar Verleihung des Liechtenstein-Preises 2004 für wissenschaftliche Forschung an der Leopold-Franzens Universität Innsbruck in Innsbruck
- 8. März Preisübergabe Chancengleichheit 2005
- 8. April Beisetzung Seiner Heiligkeit Papst Johannes Paul II., Teilnahme I.I.D.D. Fürst Hans-Adam II. und Fürstin Marie von und zu Liechtenstein
- 13. April Präsentation der Ergebnisse der Forschungsarbeiten der Unabhängigen Historikerkommission
- 15. April Beisetzung Seiner Hoheit des Souveränen Fürsten von Monaco, Rainier III., Teilnahme S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein und I.D. Prinzessin Isabelle von und zu Liechtenstein
- 30. April Abendessen, gegeben von Regierungschef Otmar Hasler, anlässlich des 60-jährigen Bestehens des Liechtensteinischen Roten Kreuzes
- 19. Mai Beisetzung von Herrn alt Regierungsrat Cyrill Büchel
- 12. August Abendessen, gegeben von Regierungsrätin Rita Kieber-Beck anlässlich des Jubiläums «75 Jahre Postmuseum des Fürstentums Liechtenstein»
- 24. Oktober Teilnahme S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein am Treffen der Staatsoberhäupter der deutschsprachigen Nachbarländer in Salzburg
- 5. November Preisübergabe der Binding Stiftung

---

## Staatsanwaltschaft

---

### Leitender Staatsanwalt: Dr. Robert Wallner

*Die Staatsanwaltschaft hat alle Offizialdelikte, die zu ihrer Kenntnis kommen, von Amts wegen zu verfolgen (§ 21 StPO) und in Rechtshilfeverfahren mitzuwirken sowie die Interessen des Landes zu wahren. Im Jahr 2004 sind insgesamt 2639 Straffälle angefallen, das sind um 150 weniger als im Vorjahr. Weiters sind 258 Rechtshilfeersuchen aus dem Ausland eingelangt.*

### Geschäftsausweis

Der Gesamtanfall von Straffällen gegen bekannte und unbekannte Täter ist im Jahr 2005 mit 2639 Fällen unverändert hoch und im Vergleich zum Vorjahr nur geringfügig um 150 Fälle zurück gegangen. Der Rückgang betrifft hauptsächlich die Straffälle wegen Übertretungen und Vergehen, die von 2079 im Vorjahr auf 1980 zurückgegangen sind. Bei den Verfahren wegen Verbrechen und Vergehen, die mit einer 6 Monate übersteigenden Freiheitsstrafe bedroht sind, also bei den schweren Straftaten, ist der Anfall von 443 auf 423, also nur um 20 Verfahren gefallen. Bei den Rechtshilfeersuchen ist nach einem Anstieg um 19 Fälle im Vorjahr ein exakt gleich hoher Rückgang um wiederum 19 Ersuchen im Berichtsjahr zu verzeichnen, sodass wieder der Stand des Jahres 2003 mit 258 Ersuchen erreicht ist.

2005 wurden 25 Anklageschriften, 104 Strafanträge und 1151 Bestrafungsanträge eingebracht. Staatsanwälte haben im Berichtsjahr an insgesamt 301 Verhandlungen und Tagsatzungen vor dem Landgericht und Obergericht teilgenommen. Auffallend ist der Anstieg der Haftfälle von 18 im Vorjahr auf 32 im Berichtsjahr, wobei darin 13 Ausschaffungshaft und 5 Auslieferungshaft enthalten sind.

Straffälle (Geschäfte) im Berichtsjahr neu angefallen	Anzahl	davon Haftfälle
ST	423	14
UT	236	13 Ausschaffungshaft 5 Auslieferungshaft
SU	1980	
<b>Gesamt</b>	<b>2639</b>	<b>32</b>

<b>Straffälle St gegen bekannte Täter (Geschäfte)</b>	<b>Anzahl</b>
(Vergehen mit Strafdrohung von 6 Monaten bis 3 Jahre Freiheitsstrafe und Verbrechen)	

1 aus dem Jahre 2004 unerledigt übernommen	259
<b>2 im Berichtsjahr neu angefallen</b>	<b>423</b>
3 Gesamtzahl der Straffälle	682
4 im Berichtsjahr von der StA erledigt	455
5 unerledigt geblieben am 31.12.2005	227

<b>Straffälle UT gegen unbekannte Täter</b>	<b>Anzahl</b>
(Vergehen mit Strafdrohung von 6 Monaten bis 3 Jahre Freiheitsstrafe und Verbrechen)	

1 aus dem Jahre 2004 unerledigt übernommen	35
<b>2 im Berichtsjahr neu angefallen</b>	<b>236</b>
3 Gesamtzahl der Straffälle	271
4 im Berichtsjahr von der StA erledigt	249
5 unerledigt geblieben am 31.12.2005	22

<b>Straffälle Su gegen bekannte und unbekannte Täter (Übertretungen und Vergehen mit Strafdrohung bis sechs Monate Freiheitsstrafe)</b>	<b>Anzahl</b>

1 aus dem Jahre 2004 unerledigt übernommen	109
<b>2 im Berichtsjahr neu angefallen</b>	<b>1 980</b>
3 Gesamtzahl der Straffälle	2 089
4 im Berichtsjahr von der StA erledigt	1 959
5 unerledigt geblieben am 31.12.2005	130

<b>Anklageschriften</b>	<b>Anzahl</b>	<b>davon Haftfälle</b>
Im Berichtsjahr neu eingebracht	25	4

<b>Strafanträge</b>	<b>Anzahl</b>	<b>davon Haftfälle</b>
Im Berichtsjahr neu eingebracht	104	2

<b>Bestrafungsanträge (ST und SU)</b>	<b>Anzahl</b>
(Übertretungen und Vergehen mit Strafdrohung bis zu 6 Monaten)	
Im Berichtsjahr neu eingebracht	1 151

<b>Einstellungen (ST und SU)</b>	<b>Anzahl</b>
§ 1 Abs. 2 StPO	9
§ 21 Abs. 2 StPO	31
§ 22 Abs. 2 StPO	1 022
§ 64 StPO	14
§ 42 StGB	87

<b>Erledigungen anderer Art</b>	<b>Anzahl</b>
§ 283 und 294 StPO (Abrechnungen)	494
Vereinigungen	52
Abtretungen	11

<b>Rechtshilfeverfahren (RSt)</b>	<b>Anzahl</b>
Anfall im Berichtsjahr	258

<b>Rechtsmittel (von StA eingebracht)</b>	<b>Anzahl</b>
Berufungen	6
Beschwerden	12
Revisionen	4
Revisionsbeschwerden	11
Einspruch gg. Strafverfügung	0

<b>Justizverwaltungssachen (Jv)</b>	<b>Anzahl</b>
Anfall im Berichtsjahr	178

<b>Geschäftsfälle Nst</b>	<b>Anzahl</b>
Anfall im Berichtsjahr	29

<b>Ersuchen um Übernahme der Strafverfolgung</b>	<b>Anzahl</b>
Im Berichtsjahr gestellt	32

### Internationale Kontakte

Auch im Berichtsjahr wurden in mehreren komplexen Verfahren Arbeitsbesprechungen mit ausländischen Staatsanwälten zum Zwecke der Koordination der gegenseitigen Rechtshilfe und der jeweiligen Inlandsverfahren durchgeführt. In 32 Verfahren hat die Staatsanwaltschaft gemäss Art 74 RHG über das Ressort Justiz die Übernahme der Strafverfolgung durch ausländische Behörden erwirkt.

Der Leitende Staatsanwalt hat Liechtenstein am 11. UNO Kongress für Verbrechenverhütung und Strafrechtspflege vom 18. bis 25. April 2005 in Bangkok vertreten. Er nahm als Panellist an einem Workshop zum Thema «Methoden zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität einschliesslich Geldwäsche» teil und hielt im Plenum des Kongresses eine Rede, in der er unter anderem die Bedeutung der Rechtsstaatlichkeit bei der Verbrechen- und Terrorismusbekämpfung betonte. Vom 29. bis 31. Mai 2005 vertrat er Liechtenstein an der Konferenz der Europäischen Generalstaatsanwälte in Budapest und vom 28. August bis 01. September 2005 an der Jahrestagung der Internationalen Vereinigung der Staatsanwälte in Kopenhagen. Die Stellvertreterin des Leitenden Staatsanwaltes und je ein weiterer Staatsanwalt haben die am 18. und 19. Mai 2005 abgehaltene Konferenz der Schweizer Staatsanwälte in Neuchâtel und am 22. und 23. September 2005 die Konferenz der Ostschweizer Staatsanwälte in Konstanz besucht. Staatsanwalt Dr. Baur hat als liechtensteinischer Experte des Europarates in der Zeit vom 13. bis 19. November 2005 an der Evaluation von Malta durch das Select Committee Moneyval teilgenommen.

Der Leitende Staatsanwalt begleitete Regierungschef-Stellvertreter Dr. Klaus Tschüscher zu einem Arbeitsge-

spräch mit Bundesrat Christoph Blocher in der Schweiz. Weiters nahm er in Vaduz an Arbeitsgesprächen anlässlich der Besuche des luxemburgischen Justizministers Luc Frieden am 2. Mai 2005 und der österreichischen Justizministerin Mag. Karin Gastinger am 12.12.2005 teil.

Am 30.06.2005 besuchten die Bediensteten des Untersuchungsamtes in Altstätten die Liechtensteinische Staatsanwaltschaft zu einem Erfahrungsaustausch.

### Zusammenarbeit mit inländischen Behörden

Im Berichtsjahr fanden regelmässige Koordinationssitzungen des Leitenden Staatsanwaltes mit dem Leiter der Kriminalpolizei, dem Leiter der Stabsstelle FIU, einem Vertreter der Untersuchungsrichter und dem Vorsitzenden der Geschäftsleitung der Finanzmarktaufsicht Stephan Ochsner statt.

### Mitarbeit in Kommissionen und Arbeitsgruppen der Regierung

Wie bereits in den vergangenen Jahren haben der Leitende Staatsanwalt, seine Stellvertreterin und andere Staatsanwälte in Arbeitsgruppen mitgearbeitet, wobei diese Tätigkeit neuerlich eine beträchtliche Arbeitsbelastung verursachte. Als Vorsitzender der Arbeitsgruppe zur Umsetzung der II. EU-Geldwäscherei-Richtlinie, der Palermo Konvention und der revidierten 40 Empfehlungen der FATF hat der Leitende Staatsanwalt an der Endredaktion des Vernehmlassungsberichtes mitgearbeitet und am 13.12.2005 an einer Informationsveranstaltung für die Verbände teilgenommen. Der Leitende Staatsanwalt hat darüber hinaus in den Arbeitsgruppen Koordinationsgruppe Terrorismus Finanzierung, Korruptionsbekämpfung, «Oil for Food», Schengen, Reform des Haftrechtes, und in der Vorbereitungsgruppe Finanzplatz Liechtenstein mitgearbeitet.

Die Stellvertreterin des Leitenden Staatsanwaltes ist weiterhin Mitglied der Arbeitsgruppe Gefangenenbetreuung und Strafvollzug, Staatsanwalt Mag. Thomas Patterer vertritt die Staatsanwaltschaft in der Arbeitsgruppe zur Überprüfung des Revisionsbedarfes des strafprozessualen Vorverfahrens, Staatsanwalt Dr. Frank Haun ist Mitglied der Gewaltschutzkommission, Staatsanwalt Dr. Dietmar Baur arbeitet in der Arbeitsgruppe Jugendschutz und in der Arbeitsgruppe zur Umsetzung des Vertrages zwischen Liechtenstein und der Schweiz betreffend die gemeinsame Nutzung von polizeilichen Datenbanken mit. Staatsanwältin lic.iur. Brigitte Kaiser ist Mitglied der Drogenkommission.

Die Liechtensteinische Staatsanwaltschaft hat zuhanden der Regierung Stellungnahmen zur Cyber-Crime Convention (Schaffung eines Gesetzes über die elektronische Kommunikation [Kommunikationsgesetz; KomG] sowie die Abänderung weiterer Gesetze), zum Gesetz über die Vermögensverwaltung und zur Verordnung der Regierung über das Praktikum beim Landgericht und der Staatsanwaltschaft Stellungnahmen abgegeben.

## KOMMISSIONEN

### Beschwerdekommision für Verwaltungsangelegenheiten

**Präsident:** lic.iur. Christian Ritter

#### Zuständigkeit

Die Beschwerdekommision wurde auf Grund des Beschwerdekommisionengesetzes vom 25. Oktober 2000, LGBL. 2000 Nr. 248, eingerichtet. Die Beschwerdekommision für Verwaltungsangelegenheiten besteht aus fünf Mitgliedern, welche vom Landtag gewählt werden; der Präsident und der Vize-Präsident müssen rechtskundig sein. Mit Wirkung per 15.06.2005 wurde die Beschwerdekommision für Verwaltungsangelegenheiten für die Mandatsperiode 2005 – 2009 wie folgt neu bestellt:

- lic.iur. Christian Ritter, Präsident
- lic.iur. Daniel Tschikof, Vize-Präsident
- Dipl.Ing.ETH Gerald Marxer;
- Dipl.Arch.ETH Christian Näff;
- Dipl.Arch.FH Dagobert Oehri;
- Eric Marxer (Ersatz);
- Dr. iur. Roger Quaderer (Ersatz).

Die Beschwerdekommision ist zuständig für Beschwerden gegen Verfügungen und Entscheidungen im Bereich:

- Bauwesen
- Strassenverkehr
- Telekommunikation und elektronische Signaturen
- Wohnungswesen
- Hochschulwesen

#### Beschwerdefälle 2005

Im Berichtszeitraum wurden 62 Fälle, davon 59 Beschwerden und 3 Vorstellungen, anhängig, welche sich auf nachfolgende Rechtsgebiete erstreckten:

- Bauwesen: 25
- Strassenverkehr: 29
- Telekommunikation und elektronische Signaturen: 0
- Wohnungswesen: 8
- Hochschulwesen: 0

Im Jahre 2005 wurden alle 15 hängigen Beschwerdefälle aus dem Jahre 2004 verhandelt und entschieden.

In der ersten Hälfte des Berichtsjahres sind 31 Fälle anhängig geworden; in der zweiten Hälfte ebenfalls 31.

Im Zeitpunkt der Neubestellung (15.06.2005) waren neben den restlichen Fällen aus dem Jahre 2004 von den bis zu diesem Zeitpunkt anhängigen 31 Fällen 20 Fälle von der «alten Besetzung» verhandelt und entschieden worden; die Beschwerdekommision für Verwaltungsangelegenheiten in ihrer neuen Besetzung übernahm daher elf Pendenzen. Zusammen mit den in der zweiten Hälfte des Berichtsjahres noch angefallenen 31 Fällen hatte die Beschwerdekommision für Verwaltungsangelegenheiten in der neuen Besetzung 42 Fälle zu behandeln. Davon

wurden 28 im Berichtsjahr verhandelt und entschieden;  
14 Pendenzen sind auf das nächste Jahr vorzutragen.

### Behandlung der Beschwerdefälle

Die im Berichtsjahr anhängig gewordenen Fälle sind bei der Beschwerdekommission für Verwaltungsangelegenheiten wie folgt behandelt worden.

Nummer	Gegenstand	Erledigung	Stand / Entscheid
VBK 2005/01	Führerausweisenzug	19.05.2005	Beschwerde abgewiesen
VBK 2005/02	Baubewilligung	19.05.2005	Beschwerde stattgegeben
VBK 2005/03	Führerausweisenzug	19.05.2005	Beschwerde verworfen
VBK 2005/04	Führerausweisenzug	19.05.2005	Beschwerde abgewiesen
VBK 2005/05	Baubewilligung	27.10.2005	Beschwerde stattgegeben
VBK 2005/06	Landesvermessung	14.06.2005	Beschwerde zurückgewiesen
VBK 2005/07	Baubewilligung	14.06.2005	Beschwerde stattgegeben
VBK 2005/08	Baubewilligung	19.05.2005	Vorstellung nicht stattgegeben
VBK 2005/09	Baubewilligung	27.10.2005	Beschwerde abgewiesen
VBK 2005/10	Mietbeihilfe	27.10.2005	Beschwerde abgewiesen
VBK 2005/11	Mietbeihilfe	19.05.2005	Beschwerde stattgegeben
VBK 2005/12	Mietbeihilfe	19.05.2005	Beschwerde stattgegeben
VBK 2005/13	Kontrollschildenzug	23.05.2005	Beschwerde verworfen
VBK 2005/14	Mietbeihilfe	19.05.2005	Beschwerde abgewiesen
VBK 2005/15	Mietbeihilfe	19.05.2005	Beschwerde abgewiesen
VBK 2005/16	Führerausweisenzug	14.06.2005	Beschwerde abgewiesen
VBK 2005/17	Mietbeihilfe	19.05.2005	Beschwerde abgewiesen
VBK 2005/18	Führerausweisenzug	14.06.2005	Beschwerde abgewiesen
VBK 2005/19	Führerausweisenzug	14.06.2005	Beschwerde abgewiesen
VBK 2005/20	Mietbeihilfe	19.05.2005	Beschwerde abgewiesen
VBK 2005/21	Baubewilligung	14.06.2005	auf Vorstellung nicht eingetreten
VBK 2005/22	Führerausweisenzug	14.06.2005	Beschwerde abgewiesen
VBK 2005/23	Strassensignalisation	24.11.2005	Beschwerde abgewiesen
VBK 2005/24	Strassensignalisation	24.11.2005	Beschwerde abgewiesen
VBK 2005/25	Führerausweisenzug	24.08.2005	Beschwerde abgewiesen
VBK 2005/26	Baubewilligung		Verfahren hängig
VBK 2005/27	Wohnbauförderung	25.08.2005	Beschwerde stattgegeben
VBK 2005/28	Baubewilligung	24.11.2005	Beschwerde abgewiesen
VBK 2005/29	Baubewilligung	29.09.2005	Beschwerde abgewiesen
VBK 2005/30	Führerausweisenzug	25.08.2005	Beschwerde abgewiesen
VBK 2005/31	Führerausweisenzug	29.09.2005	Beschwerde stattgegeben
VBK 2005/32	Führerausweisenzug	29.09.2005	Beschwerde abgewiesen
VBK 2005/33	Baubewilligung	27.10.2005	Beschwerde abgewiesen
VBK 2005/34	Führerausweisenzug	29.09.2005	Beschwerde abgewiesen
VBK 2005/35	Führerausweisenzug	29.09.2005	Beschwerde abgewiesen
VBK 2005/36	Führerausweisenzug	27.10.2005	Beschwerde abgewiesen
VBK 2005/37	Führerausweisenzug	29.09.2005	Beschwerde stattgegeben
VBK 2005/38	Führerausweisenzug	27.10.2005	Beschwerde abgewiesen
VBK 2005/39	Strassensignalisation	27.10.2005	Beschwerde abgewiesen
VBK 2005/40	Führerausweisenzug	27.10.2005	Beschwerde abgewiesen
VBK 2005/41	Baubewilligung	27.10.2005	Beschwerde stattgegeben
VBK 2005/42	Bauvorschriften		Verfahren hängig
VBK 2005/43	Perimeterkosten		Verfahren hängig
VBK 2005/44	Perimeterkosten		Verfahren hängig
VBK 2005/45	Perimeterkosten		Verfahren hängig
VBK 2005/46	Perimeterkosten		Verfahren hängig
VBK 2005/47	Perimeterkosten		Verfahren hängig
VBK 2005/48	Verwaltungsstrafbot	27.10.2005	Beschwerde abgewiesen

Nummer	Gegenstand	Erledigung	Stand / Entscheid
VBK 2005/49	Perimeterkosten		Verfahren hängig
VBK 2005/50	Führerausweisenzug	24.11.2005	Beschwerde abgewiesen
VBK 2005/51	Führerausweisenzug	27.10.2005	Beschwerde abgewiesen
VBK 2005/52	Perimeterkosten		Verfahren hängig
VBK 2005/53	Strassensignalisation	24.11.2005	Beschwerde abgewiesen
VBK 2005/54	Baubewilligung	24.11.2005	Beschwerde abgewiesen
VBK 2005/55	Führerausweisenzug	15.12.2005	Beschwerde abgewiesen
VBK 2005/56	Führerausweisenzug	27.10.2005	auf Vorstellung nicht eingetreten
VBK 2005/57	Baubewilligung	15.12.2005	Beschwerde stattgegeben
VBK 2005/58	Baubewilligung		Verfahren hängig
VBK 2005/59	Führerausweisenzug		Verfahren hängig
VBK 2005/60	Führerausweisenzug		Verfahren hängig
VBK 2005/61	Baubewilligung		Verfahren hängig
VBK 2005/62	Baubewilligung		Verfahren hängig

## Personalkommission

Die Personalkommission, welche sich paritätisch aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern beiderlei Geschlechts zusammensetzt, schlichtet auf Antrag einer Mitarbeiterin oder eines Mitarbeiters bei allen Streitigkeiten, die im Zusammenhang mit der Zuordnung der Stelle, der Festlegung der Besoldung oder der Bewertung der Leistung stehen. In der Berichtsperiode wurde ein Schlichtungsantrag bei der Personalkommission anhängig gemacht. Gegenstand des noch nicht abgeschlossenen Schlichtungsverfahrens ist die Zuordnung einer Stelle.

## Prüfungskommission für Rechtsanwälte

**Vorsitzender: Dr. Hilmar Hoch**

*Die Prüfungskommission für Rechtsanwälte hat im Berichtsjahr zwei Prüfungssessionen (Frühjahr und Herbst 2005) abgehalten.*

### Frühjahrssession 2005

Für die im Frühjahr abgehaltene Rechtsanwaltsprüfung meldeten sich sieben Kandidaten an. Die schriftlichen Prüfungen wurden vom 14. bis 21.03.2005 und die mündlichen Prüfungen am 25. und 26.04.2005 abgehalten. Fünf Kandidaten haben die Prüfung bestanden.

### Herbstsession 2005

Für die im Herbst abgehaltene Rechtsanwaltsprüfung meldeten sich zehn Kandidaten an. Die schriftlichen Prüfungen wurden vom 05. bis 12.09.2005 und die mündlichen Prüfungen am 17. und 18.10.2005 abgehalten. Acht Kandidaten haben die Prüfung bestanden.

## Prüfungskommission für Treuhandler

**Vorsitzender: Dr. Walter Kert**

*Die Kommission hat im Jahre 2005 insgesamt zwei Sitzungen abgehalten.*

*Die Treuhandlerprüfungen wurden in der Zeit vom 17. bis 24.10.2005 (schriftlich) und am 21.11.2005 (mündlich) abgehalten. Von den sieben angetretenen Kandidaten haben vier die Prüfung bestanden.*

## Prüfungskommission für Wirtschaftsprüfer

**Vorsitzender: Bernhard Büchel, Mauren**

*Die schriftliche Prüfung fand am 26. Oktober 2005 und die mündliche Prüfung am 1. Dezember 2005 statt. Zur Prüfung wurden fünf Kandidaten zugelassen, davon haben vier Kandidaten die Prüfungen bestanden. Ein Kandidat erreichte bei den schriftlichen Prüfungen die erforderliche Punktezahl nicht und wurde somit zur mündlichen Prüfung nicht eingeladen. Alle Kandidaten sind in der Schweiz wohnhaft. Die Prüfung ist als Zusatzprüfung anzusehen, da von den Kandidaten ein ausländisches Diplom als Wirtschaftsprüfer oder ein gleichwertiger Ausbildungsnachweis als Zulassungsbedingung gefordert wird.*

### Prüfungskommission

Als Mitglieder der Prüfungskommission für die Mandatsperiode 2005 bis 2009 wurden die nachfolgenden



Personen von der Regierung bestellt: Bernhard Büchel, Mauren, als Vorsitzender; Arno Catrina, Haldenstein, und Martin Nigg, Landrichter, als Mitglieder. Ersatzmitglieder sind: Roger Frick, Triesen, Uwe Öhri, Landrichter, und Hans-Peter Urscheler, Laax.

Nebst den Sitzungen vor und nach den Prüfungen fanden am 30. August, 10. und 14. November 2005 Treffen statt. An den Sitzungen wurden die definitiven Termine, die Prüfgebiete und verschiedene organisatorische Abläufe festgelegt. Die Erstellung der Prüfungsaufgaben und die Korrektur der Prüfungen wurde unter den Mitgliedern aufgeteilt.

### **Prüfung**

Die schriftliche Prüfung dauerte 5.75 Stunden und umfasste die Prüfungsfächer «Revision und Gesellschaftsrecht», «Gesellschafts- und Sachenrecht» oder «Steuerrecht und Abgabenrecht», je nach Wahlfach des Kandidaten. Die mündliche Prüfung dauerte ca. 50 Minuten und umfasste das Pflichtfach «Berufsrecht» und das jeweilige Wahlfach «Gesellschafts- und Sachenrecht» oder «Steuerrecht und Abgabenrecht» sowie diejenigen Gebiete aus der schriftlichen Prüfung, die der Kandidat nicht genügend beantworten konnte.

Die Prüfungsaufgaben konzentrierten sich auf liechtensteinische Begebenheiten, jedoch wurden ebenfalls Fragen in Bezug auf Revisionen geprüft.

### **Diplomübergabe**

Die Diplome wurden am 20. Dezember 2005 an die erfolgreichen Kandidaten übergeben.

### **Versicherungsmathematische Bilanz per 1.1.2005**

Die versicherungsmathematische Bilanz per 1. Januar 2005 wurde vom Stiftungsrat in der Sitzung vom 14. Juni 2005 zur Kenntnis genommen.

### **Revision des Gesetzes über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal**

In verschiedenen Sitzungen befasste sich der Stiftungsrat mit der Frage einer Revision des Pensionsversicherungsgesetzes.

Das bestehende Gesetz über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal ist in mancherlei Hinsicht nicht mehr zeitgemäss. Die Rahmenbedingungen in Fragen der Altersvorsorge und deren Finanzierung haben sich generell geändert. Neben Finanzierungsfragen muss auch der Leistungsteil aufgrund der gestiegenen Lebenserwartung kritisch hinterfragt werden. Durch die Auslagerung staatsnaher Betriebe und den Schritt in die Privatisierung ergeben sich zusätzliche Fragestellungen und Probleme. Eine Revision drängt sich nach Auffassung des Stiftungsrats auf.

Zur Vorbereitung eines entsprechenden Projektes bestimmte der Stiftungsrat in der Sitzung vom 20. Januar 2005 eine Arbeitsgruppe. Diese hatte die Aufgabe, die grundsätzlichen Fragen, welche sich im Rahmen einer Revision stellen, zu klären und einen Projektauftrag zu Händen des Stiftungsrates und der Regierung zu formulieren. Der Stiftungsrat stimmte in seiner Sitzung vom 6. Juli 2005 den Grundzügen einer Neuausrichtung zu und leitete das Geschäft der Regierung weiter. Diese genehmigte in der Sitzung vom 20. September 2005 den von der vorbereitenden Arbeitsgruppe erarbeiteten Projektauftrag.

## **STIFTUNGEN**

### **Pensionsversicherung für das Staatspersonal**

**Präsident: Peter Mella**

**Geschäftsführer: Engelbert Schädler**

#### **Aus dem Stiftungsrat**

Der Stiftungsrat traf sich im Berichtsjahr zu 4 Sitzungen, in welchen insgesamt 22 Traktanden behandelt wurden. Schwerpunktmässig befasste sich der Stiftungsrat mit folgenden Geschäften:

#### **Jahresrechnung und Jahresbericht, Revisionsbericht für das Jahr 2004**

Der Stiftungsrat genehmigte in der Sitzung vom 14. Juni 2005 die Jahresrechnung und den Jahresbericht für das Jahr 2004. Gleichzeitig nahm der Stiftungsrat den Revisionsbericht der Ostschweizerischen Treuhandgesellschaft zur Kenntnis.

**Statistisches**

**Bestand und Veränderung der aktiven Versicherten und der Pensionsbezüger:**

**Aktive Versicherte**

	31.12.2003		31.12.2004		31.12.2005	
Männer	1 400	+3.2%	1 477	+5.5%	1 523	+3.1%
Frauen	1 090	+2.5%	1 301	+19.4%	1 358	+4.4%
<b>Total</b>	<b>2 490</b>	<b>+2.9%</b>	<b>2 778</b>	<b>+11.6%</b>	<b>2 881</b>	<b>+3.7%</b>

**Pensionsbezüger**

Pensionsart	31.12.2003	31.12.2004	31.12.2005
<b>Alterspensionen</b>			
Männer	166	179	198
Frauen	72	91	99
<b>Invalidentpensionen</b>			
Männer	39	45	42
Frauen	25	35	41
Witwen/Witwer	99	100	105
Waisen/Kinder	43	34	36
<b>Totale</b>	<b>444</b>	<b>484</b>	<b>521</b>

**Vermögensentwicklung**

Die bereits im Vorjahr festgestellte positive Vermögensentwicklung hat sich im Jahre 2005 erfreulicherweise fortgesetzt. Per Ende 2005 beträgt der Vermögensstand der Kasse inkl. Immobilien rund 460 Mio. Franken.

Die Gesamtrendite im Jahre 2005 beträgt unter Einbezug der Immobilien rund 11 Prozent.

**Vermögensentwicklung von 2000 – 2005**

